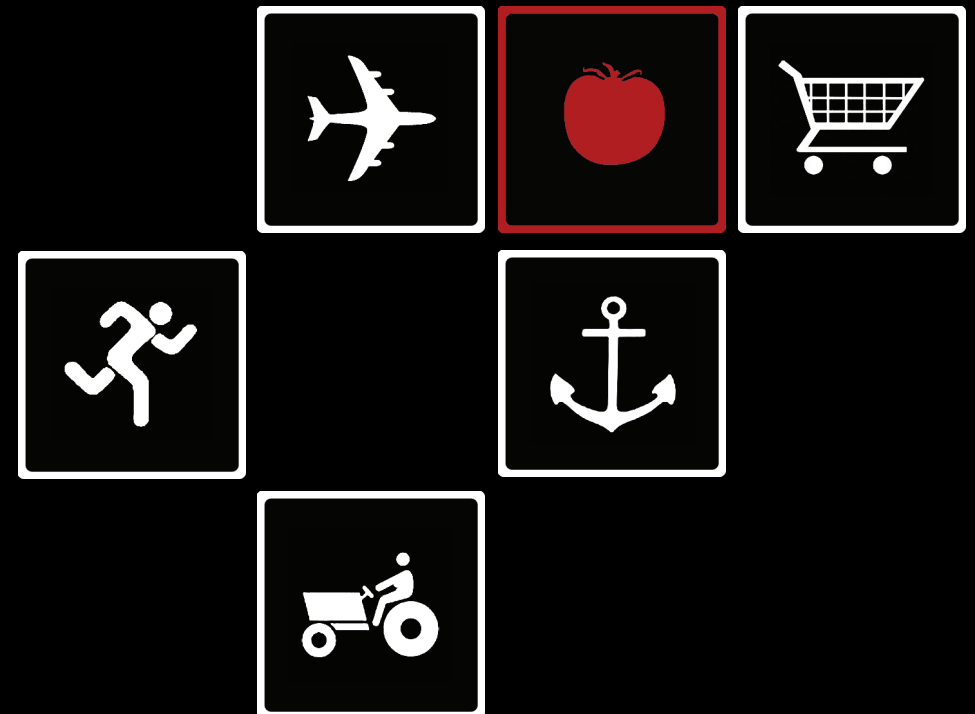


Ob Hungerrevolten im globalen Süden, wütende Proteste von Milchbauern und -bäuerinnen in Deutschland oder weltweiter Widerstand gegen gentechnologisch manipuliertes Saatgut - es liegt schon lange zurück, dass landwirtschaftspolitische Fragestellungen derart viel Beachtung in den (Massen-) Medien erfahren haben wie zur Zeit. Auf diese Weise wird der ebenso simple wie grundsätzliche Umstand in Erinnerung gerufen, dass im Kapitalismus selbst die Produktion von Nahrungsmitteln der schnöden Logik des Profits gehorcht. Einer der diesbezüglich markantesten Sachverhalte ist zweifelsohne das komplexe Verhältnis zwischen Landwirtschaft und Migration - ihm soll in dieser Broschüre nachgegangen werden.

No Lager Bremen, Europäisches BürgerInnenforum (Hg. Innen) PERIPHERIE & PLASTIKMEER

PERIPHERIE & PLASTIKMEER

Globale Landwirtschaft - Migration - Widerstand



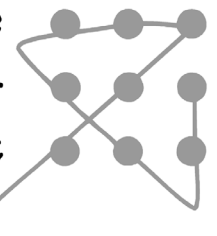


Die SOC-SAT ist eine andalusische LandarbeiterInnengewerkschaft. Sie setzt sich nicht nur für die sozialen Rechte von LandarbeiterInnen ein. Zu ihrer Agenda gehören auch antirassistische Aktivitäten, nicht zuletzt die offensive Unterstützung papierloser MigrantInnen in der agrarindustriellen Obst- und Gemüseproduktion Südspaniens. Diese doppelte Ausrichtung der SOC-SAT ist in Europa nahezu einzigartig. Wir rufen deshalb dazu auf, die Arbeit der SOC-SAT mit Spenden zu stärken:

Bankverbindung: Posojilnica-Bank Železna Kapla/Bad Eisenkappel BLZ: 39130
 Konto: Verein Europäisches BürgerInnenforum/Österreich, Nr.: 8.055.451
 IBAN: AT94 3913 0000 0805, BIC: VSGKAT2K130
 Betreff: SOC-SAT Kampagne

REMYonik

die grüne
 bildungs-
 werkstatt



PERIPHERIE & PLASTIKMEER

Globale Landwirtschaft - Migration - Widerstand

HerausgeberInnen: NoLager Bremen, Europäisches BürgerInnenforum
2008



Impressum:

HerausgeberInnen: NoLager Bremen, Europäisches BürgerInnenforum

V.i.S.d.P.: Lisa Bolyos & Dieter Behr

c/o Europäisches BürgerInnenforum

Lobnik 16

A-9135 Eisenkappel/Železna Kapla

Erscheinungsort und -jahr: Wien 2008

Herstellerin: REMAprint, 1160 Wien

Layout: Lisa Bolyos

Fotografien: Lisa Bolyos, Haidy Damm, Leona Goldstein

Übersetzungen: Trixie Graf, Nathali Eschenbacher, Conni Gunnser, Sarah Prehlsler, Dieter Behr, Steffi Weiss, Lisa Bolyos, Kathi Hahn, Peter Gerber

Technische Unterstützung: Michi Bigus

Nachweise: Einige der Texte sind bereits in folgenden Zeitungen bzw. Zeitschriften erschienen: Archipel, Zeitung des Europäischen BürgerInnenforums; Hinterland, Zeitschrift des Bayrischen Flüchtlingsrates; ak – analyse & kritik – Zeitung für linke Debatte und Praxis; Frankfurter Rundschau. Lediglich im Fall der Reportage „Gekentert im Plastikmeer“ ist es uns nicht gelungen, die Autorin direkt zu kontaktieren und eine Abdruckgenehmigung zu erfragen. Im Interesse der Sache haben wir uns dennoch für einen Abdruck entschieden.

Copyright: Die Inhalte von „Peripherie & Plastikmeer“ stehen, außer wenn anders angegeben, unter der GNU-Lizenz für freie Dokumentation

■ Inhalt ■■

Editorial	7
1. Teil: MigrantInnen in der Landwirtschaft	11
Was hat Gemüse mit Migration zu tun?	12
<i>Lebens- und Arbeitsbedingungen von MigrantInnen in der europäischen Landwirtschaft</i>	
Lisa Bolyos, Dieter Behr/Europäisches BürgerInnenforum	
Das Rote Goldfieber	15
<i>Die Logik der Erdbeerproduktion in Huelva, Südspanien</i>	
Sissel Brodal/Europäisches BürgerInnenforum	
Gekentert im Plastikmeer	20
<i>Eine Reportage über die Arbeitsbedingungen der TagelöhnerInnen in Almería</i>	
Shelina Islam	
„Hier bist du nur zum Arbeiten – das ist alles“	24
<i>Erfahrungen einer polnischen Saisonarbeiterin in Südspanien</i>	
Interview: Emmanuelle Hellio/Volontärin des Austauschprogramms „echanges et partenariats“	
„Wir hätten alles, was wir brauchen...“	26
<i>Erfahrungen rumänischer ArbeiterInnen in Südspanien</i>	
Interview: Silvia Perez Vitoria	
Bittere Erdbeeren	28
<i>Rekrutierung von marokkanischen ArbeiterInnen zur Erdbeerernte nach Südspanien</i>	
Lucile Dumas/ATTAC Marokko	
Saftige Tomaten, aber nicht für alle...	31
<i>Agrar-industrielle Tomatenproduktion in Süditalien</i>	
Cristina Brovia/Volontärin des Austauschprogramms „echanges et partenariats“	

„Eine Saison in der Hölle“ <i>Arbeitsbedingungen in der süditalienischen Landwirtschaft</i> Zusammenfassung eines Berichts von Ärzte ohne Grenzen Italien, Steffi Weiss	34
2. Teil: Hintergründe von Migration	39
Wenn sich die Blicke Richtung Senegal wenden <i>Weshalb junge SenegalesInnen immer wieder die Bootspassage über den Atlantik wagen</i> Spitou Mendy/SOC-SAT	40
„Wir haben Werte und wir haben Reichtümer“ <i>Zur Ausplünderung des Kongo durch transnationale Konzerne, IWF & Co</i> Interview: Dieter Behr/Europäisches BürgerInnenforum	44
Globale Landwirtschaft, Migration & Mega-Cities <i>8 Thesen zur Geschichte eines komplexen Verhältnisses</i> Gregor Samsa/NoLager Bremen	51
Wo das Meer die Söhne verschlingt <i>Selbsthilfe ist für viele Frauen im Senegal das Gebot der Stunde</i> Haidy Damm/Medienkombinat Berlin	58
Peripherie als schwarzes Loch <i>Gesellschaftliche Entwicklungen in Mitteleuropa seit 1989</i> Gregor Samsa/NoLager Bremen	61
Fotoessay Senegal Haidy Damm	66
Fotoessay Burkina Faso Leona Goldstein	70
Fotoessay Andalusien Lisa Bolyos	76

3. Teil: Strategien des Widerstands	85
¡Tierra y Libertad! <i>Landbesetzungen und migrantische Selbstorganisation</i> Lisa Bolyos, Dieter Behr/Europäisches BürgerInnenforum	86
„Revolución“ im Treibhaus <i>Pestizid-Kampagne von Greenpeace zeigt erste Wirkungen</i> Greenpeace Deutschland	89
Nervosität bei der Plastiklobby <i>Spanische Agrarunternehmen machen LandarbeiterInnengewerkschaft für Greenpeace-Kampagne verantwortlich</i> Nicholas Bell/Europäisches BürgerInnenforum	91
Arbeitskämpfe im Gerichtssaal <i>LandarbeiterInnen in Südfrankreich klagen gegen OMI-Verträge</i> Nicholas Bell/Europäisches BürgerInnenforum	93
Contratos en origen <i>Gewerkschaftliche Aktion in Südspanien gegen Saisonier-Verträge</i> Nicholas Bell/Europäisches BürgerInnenforum	99
„Das war ein Schwein...“ <i>Von der Erntearbeit zur Gewerkschaft: Magda erzählt ihre Geschichte</i> Interview: Cristina Brovia/Volontärin des Austauschprogramms „echanges et partenariats“	102
Höfesterben und moderne Sklaverei – Was tun? <i>Anmerkungen anlässlich einer Delegationsreise</i> Nicolas Duntze/Confederation Paysanne	104
Supermärkte und Globalisierung <i>Vom Ausverkauf sozialer Rechte durch EU, Lidl & Co.</i> NoLager Bremen	106
Anhang	109

Liebe LeserInnen,

ob Hungerrevolten im globalen Süden, wütende Proteste von Milchbauern und -bäuerinnen in Deutschland oder weltweiter Widerstand gegen gentechnologisch manipuliertes Saatgut – es liegt schon lange zurück, dass landwirtschaftspolitische Fragestellungen derart viel Beachtung in den (Massen-)Medien erfahren haben wie zur Zeit. Wir begrüßen das – bei aller Dramatik des Anlasses. Wird doch auf diese Weise der ebenso simple wie grundsätzliche Umstand in Erinnerung gerufen, dass im Kapitalismus auch die Produktion von Nahrungsmitteln der schnöden Logik des Profits gehorcht. Einer der diesbezüglich markantesten Sachverhalte ist zweifelsohne das komplexe Verhältnis zwischen Landwirtschaft und Migration. Ihm möchten wir im Rahmen dieser Broschüre auf drei Ebenen nachgehen:

a) Spätestens seit Anfang der 1990er Jahre ist es im weltweiten Einzelhandel zu enormen Konzentrationstendenzen gekommen. Hierdurch haben insbesondere Supermarktketten eine geradezu aberwitzig anmutende Marktmacht erlangt. Konkreter: Mittels Preisdiktaten werden ZuliefererInnen massiv unter Druck gesetzt – wer nicht pariert, bleibt auf der Strecke. Eines der prominentesten Beispiele ist zweifelsohne die agrarindustrielle Obst- und Gemüseproduktion in Europa. Vor allem deshalb, weil sie ohne die billige und flexible Arbeitskraft von MigrantInnen – viele von ihnen ohne Papiere – überhaupt nicht denkbar wäre. Wir haben deswegen im ersten Teil des Readers Texte zusammengestellt, die sich mit der Situation von migrantischen LandarbeiterInnen beschäftigen, und zwar vornehmlich in Italien und Spanien, woher ein beträchtlicher Teil des hiesigen Obstes und Gemüses stammt. Selbstredend ist dies nicht möglich, ohne das Modell landwirtschaftlicher Intensivproduktion als solches näher in den Blick zu nehmen – einschließlich der gezielten Rekrutierungsstrategien von MigrantInnen als SaisonarbeiterInnen bzw. TagelöhnerInnen.

b) Ist von Migration die Rede, stehen in aller Regel die Verhältnisse in den so genannten Aufnahmegesellschaften im Mittelpunkt – bisweilen auch die katastrophalen, ja tödlichen Bedingungen auf den Flucht- bzw. Migrationsrouten. Demgegenüber bleibt weitgehend unbesprochen, weshalb MigrantInnen überhaupt aufbrechen und was dies mit jenen Prozessen zu tun hat, welche gemeinhin unter dem Schlagwort der Globalisierung firmieren. In diesem Sinne haben wir für den zweiten Teil des Readers Texte und Interviews ausgewählt, welche exemplarisch

die gesellschaftlichen Hintergründe von Migration ausleuchten. Mit landwirtschaftlichen Perspektiven hängt all dies insofern zusammen, als in großen Teilen des globalen Südens Landwirtschaft und Migration die beiden Seiten derselben Medaille darstellen.

c) Die Arbeits- und Lebensbedingungen von LandarbeiterInnen in Europa sind zwar krass, mitunter auch verstörend. Dennoch regt sich schon seit langem Widerstand. Hervorgehoben sei insbesondere die andalusische LandarbeiterInnen-Gewerkschaft SOC-SAT, in welcher viele Hundert MigrantInnen – insbesondere aus afrikanischen Ländern – organisiert sind. Unterstützt wird die SOC-SAT seit vielen Jahren durch das Europäische BürgerInnenforum. So ist es etwa durch eine europaweite Spenden-Kampagne gelungen, zwei von der SOC-SAT betriebene soziale bzw. gewerkschaftliche Zentren mitten in den Gemüseanbaugebieten rund um Almeria zu finanzieren. Hierzulande ist dieser Impuls von unterschiedlicher Seite aufgenommen worden, unter anderem während der G8-Proteste vergangenes Jahr in Heiligendamm. Stellvertretend sei etwa eine Kundgebung vor einer Filiale der Discounter-Kette Lidl im Rahmen des Migrationsaktionstages am 4. Juni erwähnt – im übrigen unter Beteiligung eines Vertreters der SOC-SAT. Hierzu passt, dass aktuell mehrere Gruppen – darunter die HerausgeberInnen dieses Readers – mit der Frage befasst sind, wie eine längerfristig angelegte Kampagne zu Supermärkten aussehen könnte, auch in Hinblick auf die bereits laufende Lidl-Kampagne der deutschen Dienstleistungsgewerkschaft ver.di. Kurzum: Im dritten Teil des Readers wird es um Widerstandspraxen gehen – aktuelle wie zukünftige.

In Sachen Supermarkt-Kampagne findet Mitte Mai 2008 in Bremen eine erste größere Veranstaltung statt – unter dem Motto „Supermärkte und Globalisierung. Vom Ausverkauf sozialer Rechte durch EU, Lidl & Co.“. Neben einer Lidl-Kampagnerin von ver.di – sowie weiteren Gästen – wird an dieser Veranstaltung auch Spitou Mendy von der SOC-SAT teilnehmen. Das ist insofern bedeutsam, als sich erst vor diesem Hintergrund die konkreten Zielsetzungen benennen lassen, welche wir mit der Erstellung dieses Readers verbinden: Erstens möchten wir die Arbeit der SOC-SAT politisch und materiell unterstützen – der ausdrückliche Verweis auf das diesbezügliche Spendenkonto (vgl. Umschlaginnenseite) ist deshalb mehr als bloße Solidaritätsfolklore! Zweitens möchten wir uns für Kooperationsprojekte entlang so genannter Wertschöpfungsketten stark machen – etwa zwischen Lidl-Beschäftigten in Deutschland und papierlosen LandarbeiterInnen in Südsanien. Ein Unterfangen – so viel dürfte sich von selbst verstehen – welches nur gelingen wird, so denn Differenzen und Widersprüche offen angegangen werden: etwa die Debatte um die von antirassistischer Seite propagierte Forderung nach globaler Bewegungsfreiheit (verwiesen sei in diesem Zusammenhang auch auf die Initiative www.globale-soziale-rechte.de). Drittens möchten wir einen Beitrag zur Forcierung transnationaler Organisationsprozesse leisten. Exemplarisch sei das Interview

mit dem kongolesischen Via Campesina-Aktivisten Victor Nzuzi hervorgehoben oder der Bericht einer transnational zusammengesetzten Gewerkschaftsreise nach Rumänien.

Der hier vorgelegte Reader ist keineswegs vom Himmel gefallen, er steht vielmehr in unmittelbarem Zusammenhang mit früheren, wärmstens empfohlenen Publikationen: Zum einen mit zwei vom Europäischen BürgerInnenforum herausgegebenen Sammelbänden: "Bittere Ernte - Die moderne Sklaverei in der industriellen Landwirtschaft Europas/2004" und „Anatomie eines Pogroms - z.B. El Ejido: Bericht einer Delegation europäischer Bürgerinnen und Bürger über die rassistischen Ausschreitungen vom Februar 2000 in Andalusien“. Zum anderen mit dem vom „Aktionsnetzwerk globale Landwirtschaft“ anlässlich des G8-Gipfels erstellten Reader „Widerstand ist fruchtbar. Analysen und Perspektiven für eine nicht-kapitalistische Landwirtschaft“. Ihr findet genauere Angaben zu diesen und vielen anderen Publikationen und Links im letzten Teil der Broschüre.

Last but not least: Wir möchten all jenen InterviewpartnerInnen danken, die von ihren eigenen Erfahrungen in der Saisonarbeit berichtet haben! Denn meist sind es erst solche Berichte, welche überhaupt einen Zugang zu der in den reichen Industrieländern gemeinhin verdrängten Welt landwirtschaftlicher Produktion ermöglichen.

Wien/Bremen, im April 2008

■ 1. Teil: MIGRANTiNNEN IN DER LANDWIRTSCHAFT ■■

Was hat Gemüse mit Migration zu tun?/Lisa Bolyos, Dieter Behr ★ Das Rote Goldfieber/Sissel Brodal ★ Gekentert im Plastikmeer/Shelina Islam ★ „Hier bist du nur zum Arbeiten – das ist alles“/Interview: Emmanuelle Hellio ★ „Wir hätten alles, was wir brauchen...“/Interview: Silvia Perez Vitoria ★ Bittere Erdbeeren/Lucile Dumas ★ Saftige Tomaten, aber nicht für alle.../Cristina Brovia ★ „Eine Saison in der Hölle“/Zusammenfassung von Steffi Weiss

■ Was hat Gemüse mit Migration zu tun? ■■

Lebens- und Arbeitsbedingungen von MigrantInnen in der europäischen Landwirtschaft

Soziale Entrechtung von LandarbeiterInnen, die offene rassistische Stimmung und die fortgesetzte Umweltzerstörung im südspanischen Almería geben nach wie vor Anlass, sich über die industrielle Landwirtschaft in Europa kritische Gedanken zu machen.

In der Region, die sich über ca. hundert Kilometer entlang der Mittelmeerküste erstreckt, bedingt der intensive Obst- und Gemüsebau die Anstellung einer Vielzahl entrechteter LandarbeiterInnen aus afrikanischen, lateinamerikanischen und osteuropäischen Ländern. Aber auch im landwirtschaftlichen Sektor anderer europäischer Länder existieren Strukturen der Ausbeutung, von denen ArbeitsmigrantInnen betroffen sind. Dagegen regt sich an vielen Orten Widerstand.

Der Anlass zum Beginn von Recherchen und Solidaritätsarbeit zum Thema Arbeitsmigration in der Landwirtschaft war ein alarmierender: In den ersten Februartagen des Jahres 2000 ereigneten sich in der Provinz Almería während drei Tagen gewalttätige Pogrome gegen marokkanische ArbeitsmigrantInnen, die in der intensiven Gemüseproduktion der Region beschäftigt waren. EinwohnerInnen der Stadt El Ejido, die nahe an der andalusischen Mittelmeerküste liegt, jagten MigrantInnen mit Baseballschlägern durch die Straßen, zerstörten ihre Geschäfte, Lokale, ihre Kultstätten und ihre ärmlichen Behausungen. Das Europäische BürgerInnenforum¹ (im folgenden EBF) organisierte daraufhin die erste internationale Menschenrechts-Delegation, die die Hintergründe für den Rassismus zu ergründen versuchte. Noch im Herbst des Jahres 2000 erschien die Publikation „El Ejido – Anatomie eines Pogroms“.

Das EBF beobachtet seitdem die Situation in der Region aufmerksam und unterstützt die LandarbeiterInnengewerkschaft SOC-SAT² (Syndicato dos Obreras/os del campo) im Kampf um Arbeits- und Sozialrechte sowie für die Legalisierung von papierlosen Migrantinnen und Migranten. In den letzten Jahren wurde eine Solidaritätskampagne in mehreren europäischen Ländern lanciert, um in der Region die Einrichtung zweier Gewerkschaftslokale für ArbeitsmigrantInnen zu ermöglichen.

Strukturelle Hintergründe

Auf mehr als fünfunddreißigtausend Hektar erstrecken sich die Plastikgewächshäuser im „Poniente“, der Region zwischen El Ejido und Almería im südspanischen

Andalusien. Auf dieser Fläche wird für jeden und jede EuropäerIn mehr als zehn Kilo Treibhausgemüse im Jahr produziert. Es handelt sich um die größte Konzentration von Gemüse- und Obstanbau unter Plastik weltweit. Während der Hochsaison im Winter verlassen täglich rund tausend Lastwagen das „Plastikmeer“, um die Ware an die Supermärkte in ganz Europa auszuliefern. Eine zerstörte Umwelt, eine von Pestiziden und üblen Gerüchen gesättigte Luft, eine Landschaft ohne Grünflächen, ohne Bäume, ohne sauberes Wasser, kurzum, eine industrielle Einöde, das ist der Preis.

ArbeitsmigrantInnen, die aus afrikanischen, lateinamerikanischen oder osteuropäischen Ländern kommen, sind unerlässlich für die Aufrechterhaltung dieses „Wirtschaftswunders“. Von den rund 90.000 übers Jahr Beschäftigten sind ca. 96% MigrantInnen, viele davon illegalisiert. Die ArbeiterInnen müssen jederzeit zu Verfügung stehen und leben nach den Vorstellungen der Patrons am besten in Rufweite in einem Plastikverschlag. Prekäre Arbeitsverhältnisse und Illegalisierung schaffen eine Situation, in der die MigrantInnen ohne soziale Absicherung nach Belieben eingestellt und wieder entlassen werden können. Eine verschärfte Konkurrenz zwischen den verschiedenen MigrantInnengruppen, soziale Ausgrenzung und Rassismus sind feste Bestandteile dieses Systems. Unzweideutig manifestiert sich der Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital, zwischen sklavereiähnlichen Lebens- und Arbeitsbedingungen für migrantische LandarbeiterInnen und agroindustrieller Gewinnabschöpfung.

Aufbau von Forschungs- und Solidaritätsnetzwerken

Ab dem Jahr 2000 organisierte das EBF auch Arbeitstreffen und Symposien, bei denen die europäische Dimension des Themas „Arbeitsmigration in der Landwirtschaft“ diskutiert wurde. In diesem Netzwerk waren von Anfang an Bauern und Bäuerinnen, WissenschaftlerInnen, GewerkschafterInnen und VertreterInnen von MigrantInnenorganisationen aus Frankreich, Spanien, Deutschland, der Schweiz, Österreich, den Niederlanden, England und Polen vertreten.

Ascen Uriarte vom Europäischen BürgerInnenforum schrieb in der Oktoberausgabe 2001 des „Archipel“, der Monatszeitung des EBF, über ein Treffen in der südfranzösischen Provinz Bouches du Rhône vom August desselben Jahres: „Die vom EBF durchgeführten Nachforschungen über die Ereignisse in El Ejido bestätigen die Tatsache, dass die Ausbeutung von ImmigrantInnen und Rassismus feste Bestandteile des herrschenden Wirtschaftssystems sind. Es genügt jedoch nicht, nur die Situation im Süden Spaniens anzuprangern, weil diese Art von Ausbeutung im Sektor Obst und Gemüse auch in den anderen Ländern der Europäischen Union praktiziert wird. (...) Mehrere Gruppen haben sich gebildet, welche diese Untersuchungen auf europäischer Ebene weiterführen werden“ (Archipel Nr. 87, Oktober 2001).

Auf der Basis dieser Zusammenarbeit entstand 2004 die Publikation „Bittere Ernte

– die moderne Sklaverei in der industriellen Landwirtschaft Europas“, die Beiträge aus Spanien, Frankreich, den Niederlanden, der Schweiz, Österreich, Deutschland und Polen umfasst sowie die Rolle der Supermärkte beleuchtet.

Die AutorInnen gingen von der These aus, dass die Entwicklungen im „Plastikmeer von Almería“, aber auch im gesamten Obst- und Gemüsektor in ursächlichem Zusammenhang stehen mit der Umsetzung von agroindustriellen Leitlinien durch die gemeinsame Agrarpolitik der EU. Das in Europa dominierende Landwirtschaftsmodell des „Wachsens oder Weichens“ bringt in verschiedenen Ländern ähnliche Strukturen hervor, ob auf den Pfirsichplantagen Südfrankreichs, in den holländischen High-Tech-Glashäusern, im süditalienischen Apulien oder auf den Spargel- und Erdbeerefeldern des ostösterreichischen Marchfelds. Um gewinnbringend zu wirtschaften und konkurrenzfähig zu bleiben, müssen die modernen Agrarunternehmen über eine Reservearmee von billigen, möglichst rechtlosen ausländischen Arbeitskräften verfügen können. Die Arbeitskräfte stellen meist den einzigen variablen Kostenfaktor im Produktionsprozess dar.

Gleichzeitig entwickelt sich aber auch Widerstand, und Prozesse der Selbstorganisation von MigrantInnen beginnen sichtbar zu werden. Eingebettet in transnationale Netzwerke artikulieren die AkteurInnen ihre Forderungen und setzen der Zersplitterung und Ausbeutung ihre Solidarität und Kampfbereitschaft entgegen.

Lisa Bolyos, Dieter Behr/Europäisches BürgerInnenforum

- 1 Das EBF wurde einige Monate nach dem Fall der Berliner Mauer gegründet. Die Initiative ging von Menschen aus Ost- und Westeuropa aus, die bereits im Rahmen des Europäischen Komitees zur Verteidigung der Flüchtlinge und ArbeitsmigrantInnen (C.E.D.R.I.), der Europäischen Föderation Freier Radios (F.E.R.L.) und der Europäischen Kooperative Longo Mai zusammengearbeitet hatten. Das EBF organisierte zahlreiche Projekte mit JournalistInnen, GewerkschafterInnen, WissenschaftlerInnen, freien Radiostationen und selbstverwalteten Kooperativen aus und außerhalb von Europa.
- 2 Die SOC (Syndicato de obreros/as del campo) schloss sich im Jahr 2007 mit der Gewerkschaft „autonomia obrera“ zum Gewerkschaftsbund SAT zusammen (Syndicato Andaluz de trabajadoras/os). Je nach Kontext schreiben wir in der vorliegenden Broschüre „SOC“ bzw. „SOC-SAT“.

■ Das rote Goldfieber ■■

Die Logik der Erdbeerproduktion in Huelva, Südspanien

Im März 2005 besuchte eine Delegation des Europäischen BürgerInnenforums¹ zuerst Almería und danach Huelva, das Zentrum der spanischen Erdbeerproduktion. Dort verbrachte die Gruppe einige Tage in Begleitung von VertreterInnen der SOC-SAT, sah die Arbeits- und Wohnbedingungen und sprach mit den SaisonarbeiterInnen und den UnternehmerInnen.

Die Anbauggebiete der Provinzen Almería und Huelva sind durch eine 400 km lange Straße verbunden, gesäumt von Monokulturen, Tourismuszentren und unendlichen Getreidefeldern, Zitrus- und Olivenplantagen. Der größte Reichtum Andalusiens ist seine landwirtschaftliche Produktion. 90 Prozent derjenigen, die diesen Reichtum erzeugen, sind spanische und ausländische SaisonarbeiterInnen.

Der erste Eindruck von der Erdbeerregion ist weniger erschreckend als der von Almería, wo die Gewächshäuser riesige Plastikhallen sind und den ganzen Raum zwischen Meer und Gebirge zudecken. In Huelva sind die Gewächshäuser normale Tunnel, die nicht bis zum Atlantikufer reichen. Dazwischen wachsen noch Wälder, die ehemals diese sandige Gegend bedeckten. Sehr schnell aber wird klar, dass die Wolken am Horizont keinen Regen bringen, sondern aus den chemischen Fabriken aufsteigen, die in der Stadt Huelva Dünger und „Pflanzenschutzmittel“ erzeugen. In Bezug auf Umweltverschmutzung nimmt Huelva eine Spitzenposition in Spanien ein. Hier kommt die Sonne niemals ganz durch. Ganz in der Nähe befindet sich ein Naturschutzgebiet, das aber kaum geschützt wird, obwohl es von entscheidender Bedeutung für die Zugvögel ist, welche die Meerenge von Gibraltar überqueren.

In Huelva wie in Almería sind die Landwirte nicht Großgrundbesitzer wie sonst in Andalusien, sondern ehemalige Kleinbauern und -bäuerinnen bzw. TagelöhnerInnen, die sich in den 1970er Jahren dort angesiedelt haben. Die „Landerobertung“ hat mit der Besetzung und dem Roden des öffentlichen Waldes angefangen, ohne dass irgendjemand versucht hat, dies zu verhindern. Eine Düngemittelfirma hat als erste Erdbeeren angepflanzt und dabei kalifornische Methoden angewandt². Fast sofort hat sich dies als lukratives Geschäft erwiesen, und andere sind dem Beispiel gefolgt. Dank der Technisierung der Anbau- und Bewässerungsmethoden, dem massiven Einsatz einer Vielfalt von chemischen Produkten und dem Überschuss an billigen Arbeitskräften stieg die Produktion von 6500 Tonnen Ende der 1970er Jahre auf fast 350.000 Tonnen im Jahr 2004.

Die Produktion ist seit einigen Jahren stabil, die Anzahl der Hektar – heute etwa 7000 – sinkt aber (um 30 Prozent in fünf Jahren), ebenso die Anzahl der Betriebe. Der Grund dafür ist, dass für jede Etappe dieses Anbaus viel Geld nötig ist: 30 Prozent der Erdbeeren wachsen unter gewöhnlichen Tunnels, die restlichen 70 Prozent unter „Mikro-Tunnels“. Schwarzes Plastik bedeckt den Boden. Dieses wird jedes Jahr ausgewechselt, die Tunnels können zwei bis drei Jahre halten. Das jährliche Gesamtgewicht dieser Abfälle beträgt etwa 15.000 Tonnen, nur ein Teil davon wird wirklich entsorgt. Um Krankheiten und Parasiten zu vermeiden, wird der Boden mit einem Mittel desinfiziert, das seit 2005 von der EU verboten ist. Für die Regionen Almería und Huelva wurde aber eine Ausnahme gemacht, weil bisher kein so effizientes und weniger schädliches Mittel erfunden wurde.

Die Pflanzen stammen alle aus der Davis-Universität in Kalifornien, die auch Patentgebühren erhebt. Sie werden ein erstes Mal in der Region von Segovia eingepflanzt, wo das kühle Klima sie resistent macht, um dann im Oktober nach Huelva verpflanzt zu werden. Pro Hektar werden 70.000 Pflanzen gesetzt. Jede davon trägt etwa 800 bis 900g Erdbeeren. Sie müssen regelmäßig gegen ihre zwei Todfeinde, die rote Spinne und „Threts“ behandelt werden, einmal alle 14 Tage mit „traditionellen“, heute aber verbotenen Mitteln, oder aber zwei bis dreimal die Woche mit zugelassenen Mitteln.

Die Ernte dauert normaler Weise von Februar bis Ende Mai. Die Pflanzen werden dann ausgerissen, wenn sie am meisten produzieren, weil der einzige Vorzug der „Erdbeere aus Huelva“ ist, dass sie früher als alle anderen auf dem Markt ist. Der Verkauf innerhalb von Spanien beträgt weniger als ein Drittel der Gesamtproduktion. Deutschland ist der größte Abnehmer, darauf folgen Großbritannien, Frankreich und Italien. Der Handel wird über Zwischenhändler abgewickelt, welche die Ware in 70 bis 80 Prozent der Fälle an Großketten verkaufen. Die landwirtschaftlichen Betriebe haben dabei gar nichts zu sagen. Die Abnehmer bestimmen den Preis. Zu Beginn der Saison können sie bis 3,50€ pro Kilo zahlen und am Ende nur noch 0,50€. Die Erdbeeren sind eine heikle Ware, und ist der Abnehmer nicht zufrieden, kann es passieren, dass er gar nichts zahlt. In der Obst- und Gemüseketten macht derjenige am meisten Profit, der am weitesten von der Produktion entfernt ist.

Die vielen BesitzerInnen von zwei bis drei Hektaren sind oft sehr verschuldet. Ihr finanzielles Gleichgewicht ist so anfällig, dass sie meistens nur ein einziges schlechtes Jahr überstehen können. Viele müssen aufgeben. Nur die, die schon groß sind, wachsen weiter. Sie sind es auch, die hinter der einzigen wirklichen Konkurrenz für die „Erdbeere aus Huelva“ stehen – der Erdbeere aus Marokko. Dort ist die Sonne noch wärmer und die Arbeitskraft noch billiger. Die großen Unternehmer aus Huelva siedeln sich dort an und produzieren Erdbeeren zur Hälfte der Kosten. 90 Prozent der marokkanischen Erdbeeren sind spanisch und werden oft als solche verkauft, über dieselben Kanäle. In Huelva fördern die gleichen Unternehmer die

Diversität: Auf Hunderten von Hektaren blühen jetzt Pflirsiche, Himbeeren und anderes Kleinobst. Auch das erfordert große Investitionen.

Die Produktionskosten für ein Kilo Erdbeeren belaufen sich auf 0,80€. Davon sind bis 70 Prozent Lohnkosten. Dies ist der einzige Posten des Budgets, bei dem die UnternehmerInnen einen gewissen Spielraum haben. Unter solchen Umständen verwandelt sich der Arbeitsmarkt schnell in ein Schlachtfeld, auf dem alle Methoden, von denen man annimmt, dass sie die Kosten senken werden, zum Einsatz kommen. Das älteste und wirksamste Mittel ist, einen Überschuss an Arbeitskräften zu schaffen.

In Almería ist der Boom des Sommergemüses in Winterzeiten vor allem durch die ausländischen ArbeiterInnen möglich geworden. Die Erdbeeren hingegen wurden während Jahren von spanischen TagelöhnerInnen geerntet. Jede Provinz verhandelt die Kollektivverträge separat aus. In den beiden Provinzen, Almería und Huelva, sind die Arbeitsbedingungen die schlimmsten, die Löhne die niedrigsten, die Kollektivverträge werden am wenigsten eingehalten. Die Arbeit in den Erdbeerplantagen ist gänzlich saisonbedingt, und die Mehrheit der ArbeiterInnen kommt nur für die Ernte. Dies erschwert jegliche gewerkschaftliche Organisation.

Diejenigen spanischen TagelöhnerInnen, die eine Wahl treffen können, ziehen daher andere Ernten vor oder arbeiten auf dem Bau. Seit etwa zehn Jahren haben AfrikanerInnen und andere MigrantInnen ihren Platz eingenommen. Anfänglich sind diese Saisoniers, ob „legal“ oder „illegal“, eher desorientiert und relativ leicht auszubeuten, mit der Zeit werden sie aber unbequemer und stellen Forderungen. Im Jahr 2001, nach langen und harten Kämpfen, vor allem von Seiten der Marokkaner, erhielten mehrere Tausend von ihnen eine Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigung. Dann plötzlich, im Jahr 2002, brauchten die UnternehmerInnen sie nicht mehr – sie hatten 7.000 Frauen aus Polen und Rumänien mit Herkunftsverträgen kommen lassen. Männer aus dem Süden standen auf einmal unter unbeschreiblichen Bedingungen da: keine Arbeit, keine Wohnung, kein Geld, keine Lebensmittel.

Seither ist diese Organisation zur Regel geworden: Auf der einen Seite die spanischen TagelöhnerInnen und mehr und mehr Frauen aus Osteuropa und Marokko mit Herkunftssverträgen, auf der anderen die Reservearmee, vor allem Männer aus dem Süden mit oder ohne gültige Papiere. Sie hausen in Chabolos, zusammengestückelte Unterkünfte aus Plastik und anderen Abfällen. In Perioden mit wenig Arbeit geschieht es oft, dass Wächter und Polizei die Unterkünfte niederreißen und die BewohnerInnen in den Wald jagen, damit niemand sie sieht. Auf dem Höhepunkt der Saison wird es toleriert, dass sie sich in der Nähe der Höfe wieder niederlassen. Die UnternehmerInnen holen sie zur Arbeit für eine lächerliche Summe, wenn es viel zu ernten gibt, am Abend, an Sonntagen oder ganz einfach, wenn sie den anderen klar machen wollen, dass es immer noch eine Reserve gibt, die bereit

ist zu arbeiten – egal zu welcher Zeit und zu welchem Preis.

Die ErdbeerpflückerInnen werden von Jahr zu Jahr zahlreicher, für das Jahr 2005 nimmt man an, dass es 70.000 sind. Die Anzahl der Frauen mit Herkunftsverträgen steigt auch, von 7.000 in 2002 auf 22.000 in 2005. Als Grundlage dieser Verträge dienen bilaterale Abkommen, die Spanien mit sieben Ländern, darunter Marokko, Polen, Rumänien und Bulgarien, abgeschlossen hat. Sie ähneln sehr den schweizerischen Saisonarbeiterverträgen, die heute abgeschafft sind, und den französischen „OMI-Verträgen“, die häufig zur Anwendung kommen. Die SaisonarbeiterInnen unterschreiben den Vertrag, auf Spanisch geschrieben, in ihrem Ursprungsland, für eine Dauer von zwei bis neun Monaten. Die UnternehmerInnen verpflichten sich, die Reise zu zahlen und die Unterkünfte zur Verfügung zu stellen. Meistens sind die Wohnquartiere bescheidene Zimmer, um einen Innenhof angelegt, wo mehrere Frauen in einem Zimmer zusammenrücken müssen. Kollektive Duschen, Waschmaschinen und Kücheneinrichtung gehören zur Ausrüstung. Dafür muss jede 10 Prozent ihres mageren Lohnes von 31,14€ pro Arbeitstag von sechseinhalb Stunden abgeben.

Die VertreterInnen der SOC-SAT meinen, dass kein einziges Unternehmen die Kollektivverträge voll respektiert. Die Frauen, die es wagen, sich an die Gewerkschaft zu wenden, bringen zahlreiche Klagen vor: über Chefs, die ihre Pässe und Rückfahrkarten beschlagnahmen, die die Zimmerschlüssel bei sich behalten und in den Zimmern ein- und ausgehen, die „Polizeistunde“ festlegen und Besuche auf den Zimmern verbieten, die sich aufführen, als ob sie Inhaber eines Harems wären. Die Arbeit ist hart, nicht alle schaffen es, die (illegal) vorgeschriebenen 40 Kisten von 4-5kg Erdbeeren pro Tag zu ernten. Viele arbeiten aber auch nicht jeden Tag, weil der Chef ständig auswählt, wer arbeiten „darf“. Dies schafft ein Klima der Unsicherheit und provoziert Feindschaften unter den Frauen, weil einige versuchen, dem Chef genehm zu sein, um so oft wie möglich „arbeiten zu dürfen“. Sie werden nur für getane Arbeit entlohnt, müssen aber monatlich 60€ für Rente und Arbeitslosigkeit abgeben, obwohl sie nie davon profitieren werden. Einige zahlen nicht, ganz einfach deswegen, weil sie nicht wissen, dass sie es müssen, aber eines Tages kommt die Rechnung. Sie kann ganz schön gesalzen ausfallen, vor allem für diejenigen, die sich für neun Monate verpflichtet haben (von den Pflanzungen bis zum Ausreißen der Pflanzen) und nur die Hälfte oder weniger von der Zeit gearbeitet haben. Möglichkeiten, anderswo (legale) Arbeit zu suchen, gibt es nicht. Manchmal sind die Frauen bei ihrer Rückfahrt ärmer als bei der Ankunft. Deswegen versuchen viele, sich im informellen Sektor durchzuschlagen und bleiben in Spanien. Das Leben setzt sich durch. Trotz allen Anstrengungen, Kontakte zwischen spanischen Männern und migrantischen Frauen zu verhindern, nimmt die Anzahl der gemischten Ehen zu.

Die Erdbeerfelder erwecken den Eindruck eines riesigen Experimentierfelds, wo moderne Methoden der Arbeitsorganisation ausprobiert werden und wo die einen die anderen durch ein ständiges Hin und Her ersetzen: Die MigrantInnen ersetzen die „Ansässigen“, die „Illegalen“ die „Legalen“, die Frauen die Männer, die „Legalen“ die „Illegalen“, und neue Varianten werden noch dazukommen. Die „contratos en origen“, die Herkunftsverträge werden als ein Mittel gegen die Schattenwirtschaft und die „illegale“ Arbeit dargestellt. Sie sind keineswegs eine spanische Erfindung, ähnliche Verträge gibt es unter anderen Namen in vielen europäischen Ländern. Die Vorteile sind auffallend: Die ArbeiterInnen, die einen solchen Vertrag unterzeichnen, haben fast gleich wenig Rechte wie Illegalisierte, dazu kommen einige Verpflichtungen, vor allem an die Staatskasse. Dies ist der Preis der Legalität. Oft sind die Verträge aber der erste Schritt in die „Illegalität“. Um dies zu verhindern, reicht es nicht, wie es in Huelva der Fall ist, Frauen auszuwählen, die Mann und Kinder zu Hause haben, im Gegenteil: Besonders sie müssen Geld mit nach Hause bringen und so kommt es, dass sie sich oft in anderen Sektoren verdingen. Für die Saison 2005 haben mehr als 800 Frauen aus Marokko Herkunftsverträge unterschrieben³. Die marokkanische Presse war beunruhigt: Wie werden sie sich verhalten? Werden sie nach Hause zurückkehren? Werden sie verstehen, dass der Ruf Marokkos als Lieferant von Arbeitskräften auf dem Spiel steht? Um diesen Ruf zu schützen, „muss Marokko alles tun, um die illegale Immigration zu verhindern“ (vgl. Maroc Hebdo, 2.1.2005). So wie es die Europäische Union auch tut. Im April 2005 hat sie 9.600 Millionen Euros des Budgets 2007-2012 für den „Kampf gegen den Terrorismus und für die Sicherheit“ bewilligt. Der größte Posten? Der „Kampf gegen die illegale Immigration“ – fast 6 Milliarden Euro. Die marokkanischen Männer stehen hier hoch oben auf der Liste, in dem einen Fall wie im anderen.

Sissel Brodal/Europäisches BürgerInnenforum

- 1 An der Delegation nahmen teil: Ryszard Strycharczuk, D-Berlin; Sandra Blessin, Agrarreferentin bei der BUKO Agrar Koordination, D-Hamburg; Heidemarie Rest-Hinterseer, Nationalratsabgeordnete „Die Grünen“, ÖBV (Österreichische Bergbauern- und BergbäuerinnenVereinigung), A-Dorfgastein; Abdeslam Mahmoudi, Politikwissenschaftler, Übersetzer, Asylkoordination Österreich, A-Graz; Kathi Hahn, EBF Österreich, Longo maï, A-Eisenkappel/Železna Kapla; Urs Sekinger, Koordinator Solifonds, Präsident VPOD-NGO, mandatiert von UNIA, CH-Zürich; Raymond Gétaz, Forum Civique Européen, CH-Undervelier; Sissel Brodal, CEDRI, Comité Européen pour la Défense des Réfugiés et des Immigrés, N-Fjerdingby
- 2 Vgl. „Das kalifornische Modell“ in „Bittere Ernte. Die moderne Sklaverei in der industriellen Landwirtschaft Europas“. EBF, 2004
- 3 Im Jahr 2008 waren es bereits 12.000 ArbeiterInnen aus Marokko. Siehe auch Artikel „Bittere Erdbeeren“ von Lucile Dumas

■ Gekentert im Plastikmeer ■■

Eine Reportage über die Arbeitsbedingungen der TagelöhnerInnen in Almería

Wenn es in Europa Winter wird, finden KonsumentInnen hierzulande beim Gang in den Supermarkt trotz der Jahreszeit in der Obst- und Gemüseabteilung ein reiches Angebot vor. Frische Paprika, Tomaten und Zucchini füllen die Auslagen der Discounter. Doch der mediterrane Sommersalat zur Vorweihnachtszeit wird teuer bezahlt: ArbeitsmigrantInnen aus Ländern des Maghreb, Subsahara- Afrika und Osteuropa schuften in den Gewächshäusern Südspaniens, wo ihnen die fundamentalsten Menschenrechte verwehrt werden.

Es ist sieben Uhr morgens im südspanischen El Ejido. Der Boulevard am Ortsausgang liegt im gelben Licht der Nachtlaternen, die Rollläden der Häuser und Geschäfte sind noch geschlossen. Kaum einer sieht das Schattenspiel, das sich allmorgentlich vor den Fenstern neu inszeniert. Aus dem Schutz der Dunkelheit tauchen sie auf, die Kapuzen tief ins Gesicht gezogen, stumm, unauffällig. In kleinen Gruppen sammeln sie sich am Straßenrand und auf der Tankstelle am Boulevard. Das Licht der Straßenlaternen erhellt hier und da ein müdes Gesicht, es fallen kaum Worte. Vans fahren im Schrittempo den Boulevard hinauf, einer hält vor einer versprengten Gruppe. Ein Fenster wird heruntergekurbelt, Bewegung kommt in die Wartenden. Ein kurzer Wortwechsel, sie steigen ein und der Van entfernt sich so lautlos, wie er gekommen ist. Als der Tag anbricht und sich hektische Geschäftigkeit in den Straßen breit macht, sind die MigrantInnen aus der Stadt verschwunden.

Täglich warten im Intensivanbaugebiet von Almería tausende TagelöhnerInnen auf ihre Anwerbung durch die Patrones, um in einem der Gewächshäuser einen Tagesjob als ErntehelferIn zu ergattern. Die meisten von ihnen sind papierlose MigrantInnen aus dem Maghreb oder aus Ländern südlich der Sahara, die in Booten vor den Kanarischen Inseln aufgegriffen werden. Nur selten protestieren sie nach den durchgestandenen Strapazen noch gegen die Lebensbedingungen, die sie erwarten, wenn sie spanisches Festland erreichen. Doch was sich für die ProduzentInnen als gutes Geschäft mit billiger Arbeitskraft herausstellt, bezahlen die ArbeiterInnen teuer. Und den EndverbraucherInnen ist selten klar, unter welchen Produktionsbedingungen die günstigen Obst- und Gemüseangebote in ihren Supermärkten zustande gekommen sind.

Auch Abdelkader Chacha kam vor dreißig Jahren aus Marokko nach Almería, um in den Gewächshäusern zu arbeiten. Heute ist er Mitarbeiter der LandarbeiterInnengewerkschaft SOC-SAT, die sich für die Rechte der papierlosen ArbeitsmigrantInnen einsetzt und gegen ihre Ausbeutung durch die Unternehmen kämpft. "Die MigrantInnen, die unter dem Plastik arbeiten, sind die Sklaven von heute. Die Bauern verdienen ihr gutes Geld an uns, aber sie behandeln uns wie Dreck." Abdelkaders Blick schweift über die schmutzigweißen Plastikplanen, die um die Mittagszeit träge im heißen Wind flattern. Wolkenverhangene Berge begrenzen das Meer aus Plastik, das sich bis in die Ausläufer der Sierra de Gádor hinaufschiebt. Lastwagen aus dem südspanischen Anbaugebiet rollen täglich über die Autobahnen Richtung Norden, um Supermärkte in ganz Europa mit billigem Obst und Gemüse zu beliefern. Mittlerweile werden mehr als 350 Quadratkilometer der Provinz Almería von den Treibhausplantagen bedeckt. Sie reichen bis an die Häuser der Wohnviertel heran, säumen die Schnellstraßen und umschließen die Ortschaften wie eine Schicht aus silbrig glänzendem Tüll. Mitten im so genannten Plastikmeer liegt die Kleinstadt El Ejido mit ihren sauber gefegten Straßen, Glasfassaden und sorgfältig angelegten Blumenrabatten. Sie zeugen von einem Reichtum, den die Gewächshauskultur vor 25 Jahren in die ehemals ärmste Region Spaniens brachte. Heute zählt El Ejido 76.000 EinwohnerInnen, besitzt 71 Bankfilialen und verfügt über eines der höchsten Pro-Kopf-Einkommen des Landes. Die MigrantInnen bilden einen beträchtlichen Teil der ansässigen Bevölkerung, doch sie leben an den Rand der Städte gedrängt. Rassismus und Xenophobie haben in El Ejido Angst und Hass geschürt, die sich im Februar 2000 in einer Welle von Gewalt entluden. Drei Nächte lang zog ein Mob vermummter Bauern und Jugendlicher plündernd und brandschatzend durch die Stadt, nachdem ein geistig verwirrter Marokkaner eine junge Spanierin getötet hatte. Mit Baseballschlägern und Eisenstangen bewaffnet jagten die Angreifer die MigrantInnen durch die Straßen und setzten ihre Häuser in Brand. Die Polizei schritt erst ein, als die Schläger drohten, eine Gruppe Marokkaner zu lynchen, die in einer Cafeteria Zuflucht gesucht hatte. Bis dahin waren die Einsatzkräfte der strikten Anweisung gefolgt, nicht einzugreifen. "Die MigrantInnen sind hier nicht gern gesehen", erklärt Abdelkader.

Auch die MitarbeiterInnen der Gewerkschaft sind immer wieder Einschüchterungsversuchen ausgesetzt. Bei einem Übergriff erstachen Jugendliche im Jahr 2006 den 40-jährigen Azzouz Hosni, als dieser eine Bar verließ. Der Marokkaner war Mitglied der SOC-SAT. Die GewerkschafterInnen vermuten, dass es sich bei dem Mord um eine politisch motivierte Tat handelte. El Ejidos Bürgermeister Juan Enciso Ruiz von der konservativen PP folgt derweil unbeirrt seine populistische Linie und wird nicht müde, seinen Leitspruch zu zitieren: MigrantInnen ja. Aber außerhalb der Stadt.

Außerhalb der Stadt, das ist zwischen den Gewächshäusern. Jeden Abend kehren diejenigen, die tagsüber Arbeit gefunden haben, in ihre Unterkünfte im Plastikmeer zurück. Die Abendsonne geht hinter den Gewächshäusern unter, während die ArbeiterInnen auf ihren Fahrrädern die staubigen Hauptstraßen entlang radeln. An ihren Lenkern baumeln Wasserkanister und Plastiktüten mit Essen. Enciso Ruiz, der seit über zehn Jahren seinen Sitz im Rathaus hält, lächelt von Werbeplakaten auf sie herunter. „Vertraue dem, der Dir nie den Rücken zuwenden wird – 100% im Interesse der Stadt.“ Ein paar Meter weiter das Zuhause derer, die Enciso am liebsten aus seinem Blickfeld verbannt wüsste: Auf einem verlassenen Platz, der als Müllabladefläche dient, haben marokkanische Arbeiter Hütten aus notdürftig zusammengezimmerter Paletten gebaut. Plastikplanen überdecken die Konstruktion, als Einrichtung dient ein klappriges Bettgestell. Draußen schwelt eine Feuerstelle, der Gestank nach verfaultem Gemüse liegt in der Luft. Fliegen schwirren über einem Haufen von verrottendem Treibhausmüll. Trinkwasser und Elektrizität gibt es hier nicht. „Wasser zum Wäschewaschen und Kochen holen wir uns aus der Balsa“. In den Wasserbassins, die der Bewässerung der Gewächshäuser dienen und meist die einzige Wasserquelle der Chabola-BewohnerInnen sind, schwimmen alte Pestizidkanister. „Prohibido bañarse“ steht am Beckenrand, und Bauer Juan Alonso erregt sich, dass die ArbeiterInnen trotzdem hinein steigen, um Wasser zu holen. „Irgendwann schafft es einer nicht mehr raus, das kennen wir doch, und dann ist es mein Becken, in dem er verreckt.“

Die Elendsbehausungen der MigrantInnen sind auch der lokalen Regierung ein Dorn im Auge. Am 3. März unterschrieb Evangelina Naranjo, Ratsmitglied der Gemeindeverwaltung von El Ejido, gemeinsam mit Bürgermeister der Region ein Protokoll zur Räumung illegaler Siedlungen und kündigte an, das Entstehen neuer Chabolas zu verhindern. Stunden später rollte ein Bagger in eine Chabola-Siedlung nahe El Ejido und zerstörte die Behausungen von fünfzehn Immigranten. Als die BewohnerInnen von der Arbeit kamen, fanden sie ihre Habseligkeiten unter den Trümmern begraben. „So was passiert hier so häufig, dass wir schon fast daran gewöhnt sind“, sagt Abdelkader.

LehrerInnen, Bauern oder Bäuerinnen, FischerInnen, StudentInnen – egal, welchem Beruf die Leute in ihrem Herkunftsland nachgingen, hier durchleben alle dasselbe. „An den Gewächshäusern kommst du nicht vorbei, sie sind für die Papierlosen das Tor nach Spanien. Nur hier wird es von offizieller Seite geduldet, Illegalisierte zu beschäftigen. Kontrollen gibt es kaum, wir haben nur fünf Inspektoren für die gesamte Provinz, und die kommen nur, wenn es Probleme gibt. Außerdem werden die Kontrolleure vorher angekündigt und der Patrón sorgt dann dafür, dass alles sauber ist, bevor sie eintreffen.“ Spitou Mendy war siebzehn Jahre lang Professor für Sprachen im Senegal, bevor er hierher kam, um in den Gewächshäusern sein Glück zu suchen. „Die Situation der ArbeiterInnen ist

fatal. Sie werden ausgebeutet und leben mit der ständigen Angst, abgeschoben zu werden. Obwohl der Vertrag für TagelöhnerInnen in der Landwirtschaft auch für die Papierlosen gilt, wird mit ihren Rechten Schindluder getrieben. Die Patrones überziehen willkürlich die Arbeitszeit und zahlen viel zu wenig. Die Leute spritzen Pestizide ohne Schutzkleidung und leiden an Hautausschlag und Kopfschmerzen, manche bekommen Krebs.“

„Die ArbeiterInnen weigern sich, Schutzkleidung zu tragen. Wieso sollte ich sie dazu zwingen?“ Juan Andrés, Sozio einer großen Treibhausplantage, demonstriert den GewerkschafterInnen zwei Gasmasken und dazugehörige Schutzanzüge in seinem Werkschrank. „Außerdem, was soll's. Wenn sie wirklich durchs Sprühen kontaminiert werden, dann sind sie es eh längst.“ Dreißig seiner ArbeiterInnen befinden sich seit den Morgenstunden im Streik und fordern sauberes Trinkwasser, Atemschutzmasken und den vertraglich festgelegten Stundenlohn. Sie stehen in der sengenden Mittagssonne vor der Halle, Staub bedeckt ihre Füße, einige tragen Sandalen, dazu T-Shirts, abgetragene Hosen. Mohammed hat seine Papiermaske in die Stirn geschoben. „Seit vier Monaten sprühe ich Tag für Tag Gift. Immer nur mit dieser Maske aus Papier. Manchmal arbeite ich sechzehn Stunden am Tag und bekomme dafür 36 Euro.“ Mit verschränkten Armen stehen sie ihrem Patrón gegenüber. „Mehr kann ich nicht zahlen“, wettet Juan Andrés, er schwitzt, sein Bauch quillt über den Hosenbund. Mehr Geld, dafür weniger Leute, das ist sein Angebot. „Sehen sie, was die mit mir machen. Die Produktion muss heute noch raus!“ Vor der Halle steht ein BMW-Luxusmodell.

Bei Agrupaejido, einer der größten Versteigerungsplattformen für Obst- und Gemüse in der Region, herrscht sechs Tage in der Woche geschäftiges Treiben. Fünftausend Bauern und Bäuerinnen setzen hier pro Jahr ihre Treibhausprodukte ab, die an Abnehmer in ganz Europa gehen. Durch Billigdiscounter und Supermärkte landen die Produkte ohne Umwege auf den Tischen der VerbraucherInnen. Auch wenn einige der Produkte einer gewissen Kontrolle durch lokale Behörden und Zertifizierungsinstanzen wie EurepGAP unterliegen, reicht das noch lange nicht aus, um die menschenunwürdige Situation der ArbeiterInnen vor Ort zu verbessern. Die Umweltschutzorganisation Greenpeace setzt sich schon seit langem für Umweltstandards in der Agrarindustrie ein. Seitdem hat sich auch das Bewusstsein vieler KonsumentInnen über die Qualität ihrer Lebensmittel geschärft. Doch während Normen für einen ökologisch verantwortungsvollen Umgang in der Landwirtschaft langsam Fuß fassen, bleibt die Sorge um menschenwürdige Lebens- und Arbeitsbedingungen der ArbeiterInnen auf der Strecke. Initiativen wie die der BSCI („Business Social Compliance Initiative“) für verbesserte Arbeitsbedingungen gibt es bereits. Doch bislang fehlt der nötige Druck auf Anbieter und Institutionen, diese auch zu implementieren und umzusetzen.

Shelina Islam (Rechte bei der Autorin)

■ „Hier bist du nur zum Arbeiten - das ist alles“ ■■■

Erfahrung einer polnischen Saisonarbeiterin in Südsanien

M. aus Polen hat zwei Jahre während der Erdbeersaison in Spanien mit Herkunftsverträgen gearbeitet. Nach einem Streik weigerte sich ihr Arbeitgeber, den Vertrag für das nächste Jahr zu verlängern.

Das erste Mal bin ich 2004 hierher gekommen, um von März bis September zu arbeiten. Wenn du in Spanien angekommen bist, kommen die Unternehmer zur Kooperative und sagen „Hier, ich brauche zehn.“ Und um ihre Wahl zu treffen, sehen sie dich an und beurteilen dich nach deinem Aussehen und deiner Statur. Mein Chef kam mit zwei Polinnen, damit sie ihn beraten, welche Frauen er nehmen soll. Es war unglaublich, ich hatte so etwas noch nie zuvor in meinem Leben miterlebt, wir waren wie... Tiere, zum Verkauf.

Hier bist du nur da zum Arbeiten, Arbeiten, Arbeiten – das ist alles. Du darfst dir nicht erlauben, etwas zu sagen, du darfst keinen Freund haben oder ausgehen. Solche Dinge haben wir nur im Geheimen gemacht. Der Chef kontrollierte unser ganzes Leben, die Art wie du arbeitetest, wo du hin gingst, wie du dich gekleidet hast. Er wollte alles kontrollieren, alles, als ob du sein Eigentum wärest. Wenn ein Mädchen ihm gefiel, wurde er übergriffig. Hier sagen die Chefs: „Wenn du nicht mit mir schläfst, gehst du. Heute Nacht schlafe ich mit dir.“

Wir arbeiteten jeden Tag auf den Feldern, von Montag bis Sonntag, und wir machten unbezahlte Überstunden, ein, zwei oder drei Überstunden pro Tag, je nach Zeit und Reife der Erdbeeren. Wenn die Erntezeit richtig einsetzt, gibt es keine Feiertage mehr. Und das kann zwei Monate so gehen. Wenn du nur einen Tag aufhörst zu arbeiten, sagen sie dir: „Du wirst die nächsten drei Tage nicht arbeiten.“

Sie bestrafen dich auf diese Art und Weise. Wenn du krank wirst oder deine Arbeit schlecht machst, ist es dasselbe: „Heute arbeitest du nicht. Und morgen wirst du auch nicht arbeiten.“ Sie sagen dir auch, dass du eine größere Anzahl an Kisten mit Erdbeeren pflücken musst. Aber es ist unmöglich, mehr zu tragen, als deine Kräfte erlauben. Wir arbeiteten bereits mit vier Holzkisten, die jeweils zweieinhalb Kilo wiegen, das macht zusammen zehn Kilo.

Jeden Tag schlug der Patron eine Stunde, eineinhalb Stunden, zwei Stunden drauf. Alle waren müde – niemand kann so viele Stunden arbeiten. An einem Tag haben wir dann gestreikt. Aber dieser Streik hat folgendermaßen ausgesehen: Wir haben einfach gearbeitet wie normal vorgesehen: Sieben Stunden; und das war's dann, wir sind rausgefliegen. Aufgrund dieses Vorfalls wurden dann auch unsere Verträge für das nächste Jahr nicht erneuert.

Die Unternehmer benehmen sich gegenüber den Frauen sehr schlecht, sie respektieren sie nicht. Sie erpressen sie und nützen sie körperlich aus. Das habe ich von vielen Frauen gehört und das muss sich unbedingt ändern. Es ist wichtig, diese Dinge öffentlich zu machen, im Radio oder im Fernsehen, oder wo es auch sei, damit das ein Ende hat. Die Frauen werden gedemütigt und sie müssen die Situation oftmals ertragen, denn sie haben zu Hause in Polen Kinder, oder sie sind in schwierigen Situationen und können sich nicht erlauben, ihre Arbeit zu verlieren. Ich will, dass es Kontrollen gibt und dass jemand auf die Felder kommt, die nachsieht, wie es den Frauen geht. Dafür sollte eine bezahlte Stelle eingerichtet und ein Büro aufgemacht werden. Wenn du protestierst, sagen sie dir: „Du kennst ja deine Rechte ohnehin nicht“ und die Mädchen glauben, dass das tatsächlich stimmt. Ich wollte gegen das Unternehmen Anzeige erstatten, damit sie mir die unbezahlten Überstunden abgelten, all die Samstage, Sonntage, aber kein Mensch hat mich unterstützt. Wenn du aussagst, wird dich dein Chef in der nächsten Saison nicht mehr einstellen.

Interview: Emmanuelle Hellio/Volontärin des Austauschprogramms „echanges et partenariats“

■ „Wir hätten alles, was wir brauchen...” ■■

Erfahrungen rumänischer ArbeiterInnen in Südspanien

Arbeiterin:

Die Unternehmer verlangten von uns eine bestimmte Arbeitsleistung. Alle sechs Stunden mussten wir eine bestimmte Menge erzielt haben. Aufgrund der Tatsache, dass die Arbeit extrem anstrengend war, traf ich die Entscheidung, die rumänische Botschaft in Spanien anzurufen. Ich telefonierte mit einer sehr netten Frau, die sehr entgegenkommend war. Am Tag darauf wurde ich allerdings von den Unternehmern gerufen. Sie haben mir gedroht, mich nach Rumänien zurückzuschicken, denn sie seien mit der rumänischen Botschaft gut befreundet. Es war ein Fehler, die rumänischen Behörden in Spanien zu kontaktieren. Nach diesem Ereignis wurde ich wie ein Mensch ohne jegliche Würde behandelt. Ich konnte keine meiner Rechte mehr geltend machen. Die Unternehmer haben mich komplett ignoriert.

Arbeiter:

Ich habe in Spanien gearbeitet. Die Arbeitsbedingungen waren vorzüglich und die Unterbringung war in Ordnung. Meine Frau allerdings, die noch immer in Spanien ist und mit mehreren Verträgen gearbeitet hat, trifft nicht auf dieselben Umstände wie ich. Ihre Arbeitsbedingungen sind schlecht. Das Verhältnis zwischen den Frauen, die arbeiten, und den Unternehmern ist nicht gut. Meine Frau hatte keine Möglichkeit, mit jemanden zu sprechen, die/der ihr hätte helfen können. Gemeinsam mit anderen Frauen hat sie sich dann an einem Streik beteiligt. Nachdem sie diesen Streik gemacht hatten, sind die Verhältnisse zwischen ihnen und den Unternehmern, die ohnehin schon sehr schlecht waren, noch schlechter geworden. Aufgrund dieses Ereignisses wurden all diese Frauen rausgeworfen und mussten sich anderswo Arbeit suchen.

Ich habe mich entschieden, aus Rumänien wegzugehen. Ich würde zwar gerne dort bleiben, aber die Löhne sind zu niedrig. Ich weiß, was es heißt wegzugehen. Es bedeutet, dass du deiner Familie den Rücken kehrst. Ich habe ein Kind, das bereits groß ist, aber ich kenne Leute, die weggehen und die kleine Kinder haben, die ihre Eltern nicht kennen. Sie haben sie nur auf Fotos oder in kleinen Videoaufnahmen übers Internet gesehen. Wir leben in einem schönen Land und es bewegt uns innerlich sehr, dass wir weggehen müssen. Es bleibt aber nichts anderes, aufgrund der schlechten Löhne. Wir hätten hier in Rumänien alles was wir brauchen, aber nicht alle können darüber verfügen.

Arbeiterin:

Ich gehe nach Spanien, um Geld zu verdienen. Hier arbeite ich sehr sehr viel, aber ich verdiene nicht genug Geld. Ich arbeite auf meinem Grund und Boden. Wir haben vier Kühe, sechs Schweine und einige Hühner. Es fehlt aber an Geld für Investitionen. Ich verkaufe etwas Milch. Das Geld reicht gerade zum Überleben, aber weder, um das Haus instand zu halten, noch um ein Auto oder eine Waschmaschine zu kaufen. Ich kann einfach gar nichts kaufen.

Die Zukunft ist sehr ungewiss. Wenn sich die Regierung der Landwirtschaft annehmen würde und Geld dafür übrig hätte, könnten wir hier leben, aber da es keine Subventionen gibt, können wir nicht bleiben.

Das Geld, das ich hier verdiene, dient in erster Linie dazu, den Kindern die Ausbildung zu bezahlen und sie mit Essen zu versorgen. Das Geld fließt auch in das Haus – ich bräuchte eine Waschmaschine, ich müsste das Haus streichen. Einen weiteren Ausgabenpunkt stellt der Diesel für die landwirtschaftliche Arbeit dar. Ich möchte nicht, dass meine Kinder in der Landwirtschaft arbeiten. Meine zwei Kinder leben in Bukarest, denn hier ist es unmöglich, seinen Lebensunterhalt zu bestreiten.

Was Spanien betrifft: Nicht alle Unternehmer sind schlecht, manche sind nett und helfen uns. Aber für viele Patronos sind wir nichts. Sie sind niemals zufrieden, sie wollen immer mehr und sagen niemals, dass man gut gearbeitet hat. Wir hören immer: „Du arbeitest nicht gut“, „mach schneller“. Das ist das einzige, was sie zu dir sagen. Immer nur „Los! Schneller!“

Das erste Jahr ist meistens das schwierigste für die Frauen. Sie sprechen die Sprache nicht, sie wissen nicht Bescheid, wo man zu Essen kauft, oder Wasser, oder einfach nur Brot. Niemand hilft ihnen, und es gibt keine Transportmittel. Viele von ihnen enden auf der Straße.

Interview: Silvia Perez Vitoria, auf einer Delegationsreise durch Rumänien
von 18. bis 25. Februar 2008 (Rechte bei der Autorin)
siehe auch Artikel „Höfesterben und moderne Sklaverei – Was tun?“

■ Bittere Erdbeeren¹ ■■

Rekrutierung von marokkanischen ArbeiterInnen zur Erdbeerernte nach Spanien

12.000 marokkanische ArbeiterInnen sind im Jahr 2008 im Rahmen bilateraler Verträge, die Spanien und Marokko abgeschlossen haben, in die Region Huelva in Süds Spanien zur Erdbeerernte gekommen. Hafid Kamal, der Direktor des Arbeitsamts (ANAPEC), reibt sich die Hände. Er verwaltet die Anwerbungen marokkanischer Saisonniers, die in diesem Jahr vier Mal so hoch sind wie zwei Jahre zuvor. Damit die andalusischen LandwirtInnen die unzähligen Tonnen an glänzendem Gemüse zu billigen Preisen verkaufen können, bemüht er sich darum, eine geeignete Anzahl an Arbeitskräften aufzutreiben, um diese zu ernten.

Hafid Kamal ist überall hingegangen, um Arbeitskräfte anzuwerben: Nach Khénifra, Azrou, Midelt, Meknès, Zerhoun, Berrechid, Oujda, Beni Mellal...in jeder Provinz haben die Büros der ANAPEC eine Stelle für diese weitreichende Aktion der Rekrutierung eingerichtet.

Aber Vorsicht: Spanien ist anspruchsvoll und es ist notwendig, sich diesen Ansprüchen zu beugen: Um in der „Extremadura“ Erdbeeren pflücken zu dürfen, musst du eine Frau sein, außerdem arm, im Alter zwischen 18 und 40 Jahren, verheiratet und Mutter von Kindern, die unter 14 Jahren alt sind. Mensch fragt sich zurecht: Was haben all diese Bedingungen mit einer fachlichen Eignung für diese Arbeit zu tun? Gar nichts. Frau Rabbaj, Mitarbeiterin der ANAPEC in Tanger bestätigt dies: „Bei den Gesundheitskontrollen der ArbeiterInnen – die die Grundlage für die Auswahl der ArbeiterInnen bilden – spielt die Schulausbildung bzw. die Berufserfahrung keine Rolle.“ Wie in guten alten Zeiten geht es lediglich darum, sich zu versichern, dass die Arbeitskraft in gutem physischen Zustand ist. Sie muss kräftig sein, im besten Alter und sie muss Durchhaltevermögen besitzen. Immerhin wird ja auch erwartet, dass eine Arbeiterin zwischen 130 und 160 kg Erdbeeren pro Tag pflückt.

Wenn der Arbeitsvertrag endet, endet auch die Aufenthaltsbewilligung in Spanien. Diese Frauen kommen zum Arbeiten und es stellt sich nicht die Frage, ob sie nach dem Ende ihres Vertrages noch einen Tag länger bleiben. Der spanischen Staat ist beinahe besessen davon, die Rückkehr der ArbeiterInnen in ihr Herkunftsland unter allen Umständen sicher zu stellen. Um gut Erdbeeren pflücken zu können, musst du also verheiratet sein und zu Hause kleine Kinder haben, damit du dich nicht zu lange auf den spanischen Feldern herumtreibst. Hier schert sich also niemand mehr darum, dass die Bedingungen der Anstellung sowohl nach spanischem als auch nach marokkanischem Recht dem Nicht-Diskriminierungs-Gesetz

widersprechen. Ebenso wenig spielt eine Rolle, dass diese Verhältnisse den Grundbedürfnissen der Kinder der ArbeiterInnen widersprechen, die ihre Mütter um sich haben wollen. Damit wir uns richtig verstehen: Diese Bedürfnisse werden bei den Armen als zweitrangig eingestuft – es sind Privilegien der Reichen!

Als Arbeiterin ist es auch notwendig, fügsam zu sein – sonst gibt's im nächsten Jahr keinen Vertrag mehr. Als Konsequenz kann sich der marokkanische Staat damit brüsten, einen hohen Prozentsatz an RückkehrerInnen aufzuweisen: ca. 90 % aller ArbeiterInnen. Herr Kamal ist darauf sehr stolz. In der Zeitung „Aujourd'hui le Maroc“ wird er zitiert: „Diese Regelung wird oft als Vorbild für ein funktionierendes Modell der zirkulären Migration angeführt.“

Fürwahr, ein funktionierendes Modell.... Der Vertrag wird über 3 bis 6 Monate ausgestellt, ohne Garantie für die nächste Saison. Die ArbeiterInnen verdienen offiziell zwischen 30 und 35 Euro am Tag. Darüber hinaus ist die Rekrutierung so organisiert, dass selten davon ausgegangen werden kann, dass eine Arbeiterin während ihrer Anstellung jeden Tag Beschäftigung hat: Viele Aussagen von ArbeiterInnen, die von der Gewerkschaft SOC-SAT aufgenommen wurden, lassen erahnen, welche brutale Konkurrenz zwischen den Saisonniers marokkanischer, rumänischer, polnischer oder senegalesischer Herkunft herrscht.

In der marokkanischen Presse wird vorgegeben, dass die ArbeiterInnen gratis untergebracht werden. Dies scheint weit ab der Realität zu sein, denn meist wird für die Unterbringung ein bestimmter Betrag vom Lohn abgezogen. Immerhin ist dieses Jahr eine offizielle marokkanische Delegation losgezogen, um sich des „Komforts“ der Unterbringung ihrer Landsleute zu versichern. Hier ein Auszug aus dem Bericht über den Besuch im marokkanischen Wochenblatt „La vie économique“: „Die Delegation wird in der Barackensiedlung mit „Youyou“- Schreien empfangen. Niemals zuvor haben marokkanische ArbeiterInnen im Ausland eine derart wichtige Delegation empfangen. Zwei Minister stehen an ihrer Spitze: Arbeitsminister Jamal Rhmani und Mohammed Ameur, der das Réseau MRE leitet (Marocains Residents à l'Étranger – Ministerium für die Angelegenheiten der AuslandsmarokkanerInnen). Der Anblick der Behausungen, in denen die Arbeiterinnen leben, verdunkelt allerdings den herzlichen Empfang: Über mehrere hundert Meter stehen da ca. dreißig Baracken, aus Blech zusammengezimmert, jeweils in der Größe eines kleinen Containers. Darin schmutzige Stockbetten und zusammengebastelte Möbel. Keine Toiletten, keine Duschen, keine Küchen – all das findet sich draußen. Angesichts der Bedingungen, unter denen die Frauen hier leben, wollten einige Arbeiterinnen auf der Stelle nach Hause zurückkehren.“ Großmütig erklärten die beiden Minister nach ihrem Besuch, dass sie Garantie über den Bau neuer Unterbringungen für die nächste Saison bekommen hätten. Tja, wir werden sehen!

Herr Kamal vom ANAPEC legt unterdessen in seiner Propaganda noch eins drauf:

„Mittels der Saisonarbeit können die Arbeiterinnen pro Jahr ca. 30.000 bis 40.000 Dirhams verdienen. Mit dieser Summe konnten einige Frauen bereits Mikrokredite aufnehmen und somit neue Gewinne erzielen.“ Wir haben bereits ausgeführt, wie unwahrscheinlich es ist, dass die Frauen tatsächlich diese Summe Geld verdienen. Wie auch immer dem sei, die „Caixa de Catalogne“ übernimmt in Zusammenarbeit mit der „Banque Populaire marocaine“ den Transfer des Geldes nach Marokko. In den Zeiten des Liberalismus wird das Ersparte der MigrantInnen gut betreut! Es gibt also die absurde Vorstellung, dass die Frauen mit dem verdienten Geld nicht nur sich selbst und ihre Kinder versorgen sollen; sie werden von den Banken noch dazu aufgefordert, Mikro- Kredite für die Entwicklung ihres Landes aufzunehmen! Erstaunlich, was mit einem so mageren Gehalt in Marokko alles erreicht werden kann! Hochtrabend wird das alles als „Co-Development“ bezeichnet.

Das ist also die Art, wie Europa, das sich als Vorreiter für Frauenrechte in muslimischen Ländern präsentiert, mit Arbeitsrechten umgeht: Hier werden junge Frauen von ihren Kindern getrennt und sämtliche Nicht-Diskriminierungsgesetze verletzt. So werden die schlimmsten Arbeitsbedingungen geschaffen: Unterwerfung und Ausbeutung müssen akzeptiert werden, um in der nächsten Saison wieder auf andalusischen Feldern arbeiten zu dürfen. Die Arbeiterinnen können als „legale Sans Papiers“ bezeichnet werden. Dass die Arbeitsrechte sowie die Rechte der MigrantInnen hier dermaßen mit Füßen getreten werden, ist übrigens nur mittels des Einsatzes von Steuergeldern möglich: In den Jahren 2005 bis 2007 hat die EU für die ANAPEC sowie für die spanischen Unternehmerverbände 1,2 Millionen Euro für die Rekrutierung von Arbeitskräften lockergemacht.

Hier sieht man also, auf welche Art Marokko die Arbeitskraft der Frauen an die europäischen Sklavenhändler vermietet. Der größte Nutzen entsteht dabei für die multinationalen Konzerne und die Supermarktketten, die in letzter Instanz die Bedingungen der Produktion und des Verkaufs landwirtschaftlicher Produkte bestimmen. Marokko hingegen spezialisiert sich auf den „tonnenweisen“ Export von Arbeitskraft. Was die „Importländer“ dieser Arbeitskraft betrifft – in diesem Fall Spanien – so sind es nicht einmal Personen, die rekrutiert werden: Die Visas werden nicht für die einzelnen Arbeiterinnen ausgestellt, sondern für eine gesamte „Bestellung“.

Bereits jetzt heißt es: Für die nächste Saison werden 20.000 Arbeiterinnen aus Marokko gebraucht.

Lucile Dumas/ATTAC Marokko

1 Der Titel dieses Textes greift den Titel einer Broschüre auf, die die andalusische LandarbeiterInnen-gewerkschaft SOC-SAT veröffentlicht hat und die die miserablen Bedingungen schildert, unter denen Erdbeerpflückerinnen arbeiten.

■ Saftige Tomaten, aber nicht für alle... ■■

Agrar-industrielle Tomatenproduktion in Süditalien

In Apulien, in Süditalien, werden die Tomaten für die Agro-Lebensmittelindustrie – wie in den meisten landwirtschaftlichen Intensivregionen Europas – von migran-tischen SaisonarbeiterInnen geerntet. Die meisten von ihnen arbeiten ohne Vertrag und ohne Papiere. Diese ArbeiterInnen werden auf einem Arbeitsmarkt ausgebeutet, der durch die organisierte Kriminalität kontrolliert wird, unter Verletzung funda-mentaler Menschenrechte.

Die Region um Foggia im Süden Italiens ist eine weite, landwirtschaftlich genutzte Ebene. Es ist eine der wichtigsten agrarischen Zonen Italiens. Die Tomate ist eine ihrer Spezialitäten. Diese Kulturen bedecken 28.000 Hektar der Region, und ihre Produktion hat einen Anteil von 30-35% am nationalen Markt. Der Wirtschafts-bereich „Tomate“ ist bereits zu einer eigenen agro-industriellen Branche gewor-den. Ihre Produktion, ihre Bearbeitung und ihre Vermarktung benötigen enorm viele Arbeitskräfte, insbesondere während der Ernteperiode. Die Mehrheit dieser Arbeitskräfte sind MigrantInnen.

Ein eingefahrenes und tief verwurzeltes Ausbeutungssystem

Die Mehrheit der SaisonarbeiterInnen im Wirtschaftsbereich „Tomate“ wird auf informelle Weise rekrutiert und irregulär beschäftigt, auf einem Markt, der durch die organisierte Kriminalität kontrolliert wird. In dieser Region wie im gesamten Süden Italiens stellen die Schattenwirtschaft und die Ausbeutung der Arbeitskräfte schon seit langer Zeit eine tief verwurzelte Realität dar. Bevor MigrantInnen in großer Zahl gekommen sind, waren es vor allem die ohnehin Marginalisierten der italienischen Gesellschaft, welche diese Arbeit ausübten – insbesondere Frauen aus dem ländlichen Milieu.

Rekrutierung und Weitervermittlung der ArbeiterInnen wird von sogenannten „caporali“ durchgeführt. Der caporale (in den allermeisten Fällen handelt es sich dabei um Männer) kann definiert werden als ein Vermittler zwischen den ArbeiterInnen und den ArbeitgeberInnen. Er rekrutiert, organisiert und kontrolliert die Arbeits-kräfte und deren Arbeitsrhythmus. Er ist es, der die SaisonarbeiterInnen auswählt, die Löhne aushandelt und die Arbeitskräfte an ihre Arbeitsplätze transportiert. Er bezieht seine gesamte Macht aus diesen Aktivitäten. Macht, die er oft mittels Einschüchterung und allen Formen von Gewalt ausübt. Die MigrantInnen haben zunehmend die ItalienerInnen in dieser Rolle ersetzt. Heute rekrutieren und ver-

walten die caporali ArbeiterInnen, die aus ihrem eigenen Land oder aus derselben geographischen Zone kommen.

Dramatische Arbeits- und Lebensbedingungen¹

Die meisten der ausländischen SaisonarbeiterInnen, die von der Organisation „Ärzte ohne Grenzen“ im Norden Apuliens angetroffen wurden, haben erklärt, dass sie ohne Vertrag arbeiten (siehe auch Artikel „Eine Saison in der Hölle“). Eine große Mehrheit unter ihnen besitze keinen Aufenthaltstitel. Diese Daten, obwohl schwer überprüfbar, scheinen der Realität nahe zu kommen.

Diese ArbeiterInnen sind unterbezahlt (im Durchschnitt 2,50 Euro pro Stunde), werden zu einem erschöpfenden Arbeitsrhythmus gezwungen und sind Einschüchterungen von Seiten der caporali ausgesetzt. Manchmal werden sogar ihre Identitätspapiere konfisziert und es kommt vor, dass ArbeiterInnen an ihrem Arbeitsplatz eingesperrt werden. Im Allgemeinen wohnen sie in verlassenen Baracken mitten in der Landschaft, ohne Sanitäreinrichtungen, ohne Trinkwasser und Elektrizität, oft in einer erstickenden Enge.

Eine geduldete Situation

All dies passiert unter den Augen und mit dem Wissen der Bevölkerung, der Organisationen der Zivilgesellschaft, der Gewerkschaften sowie der lokalen Behörden. Die Vereinigungen beginnen nun, Kampagnen zu starten, um die MigrantInnen zu unterstützen. Aber in diesem Kontext der totalen Verweigerung von Rechten, an diesen Orten, die von der organisierten Kriminalität regiert werden, sind die Handlungsspielräume beschränkt – auf rechtlicher Ebene wie auch auf der Ebene des gewerkschaftlichen Kampfs. Die Organisationen agieren meist nur in Notfällen, was auf mittlere und längere Sicht nichts bewirkt.

In letzter Zeit wurden Maßnahmen auf institutioneller Ebene getroffen. Unter anderem hat die Regionalregierung eine neue Gesetzgebung in Kraft gesetzt, die anstrebt, die Schattenwirtschaft zu bekämpfen. Sie hat auch einige hundert Schlafplätze für die SaisonarbeiterInnen eingerichtet. Und dennoch – unterm Strich wird die aktuelle Situation mehr oder weniger offen toleriert. Denn eines ist unabweisbar: Für die Ökonomie der Region sind die MigrantInnen absolut erforderlich.

Eine einzige Regel: konkurrenzfähig bleiben!

Die Ausbeutung von flexiblen Arbeitskräften, unterdrückt und unterbezahlt, erlaubt den Unternehmen der Agro-Lebensmittelindustrie, die Kosten der Produktion erheblich zu reduzieren und auf dem internationalen Markt wettbewerbsfähig zu bleiben. Dies geht einher mit der Verweigerung von elementaren Rechten für tausende migrantische ArbeiterInnen. Eine italienische Journalistin schrieb dazu:

Diese Saisonarbeitskräfte seien die „Kollateralschäden“ eines Systems, in dem die Reduzierung der Kosten mit allen Mitteln durchgesetzt werde (Gatti, Fabrizio, „Io, schiavo in Puglia“ Ich war Sklave in Apulien, L'Espresso, 1. Sept. 2006)

Cristina Brovia/Volontärin des Austauschprogramms „echanges et partenariats“

- 1 Die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Mehrheit der SaisonarbeiterInnen in der Landwirtschaft Süditaliens sind derart dramatisch, dass man nicht „einfach“ von Verletzungen des Arbeitsrechts oder von Schattenwirtschaft reden kann. Einige dieser ArbeiterInnen können mit Opfern von Menschenhandel verglichen werden. In Italien sieht ein einschlägiger Gesetzesartikel eigentlich die Ausstellung eines Aufenthaltstitels zum „sozialen Schutz“ im Fall von Gewalt oder schwerwiegender Ausbeutung eines Migranten/einer Migrantin vor. Besagter Gesetzesartikel wird im Bereich des Kampfs gegen den Menschenhandel als einer der besten der Welt betrachtet, weil er den Status des Opfers anerkennt – ohne die Verpflichtung, den Ausbeuter zu denunzieren. Diese Vorschrift wurde häufig bei sexualisierter Ausbeutung angewandt, aber nicht bei Ausbeutung durch Arbeit. Eine breite Anwendung des Artikels 18 im Bereich der Arbeit könnte ein erster Schritt in Richtung der Anerkennung der Rechte von Hunderten ausgebeuteter ArbeiterInnen sein, und das nicht nur im Agrarsektor.

■ „Eine Saison in der Hölle“ ■■

Arbeitsbedingungen in der süditalienischen Landwirtschaft

Von Juni bis November 2007 ist eine mobile Klinik der Ärzte ohne Grenzen durch die Regionen Süditaliens gereist und hat, zusätzlich zur medizinischen Hilfestellung, eine Untersuchung zu Arbeits- und Lebensbedingungen und zum Gesundheitszustand der in der Landwirtschaft beschäftigten MigrantInnen durchgeführt. Auch wenn der ökonomische Nutzen illegalisierter Arbeitskraft klar benannt wird, hatten Ärzte ohne Grenzen mit dieser Untersuchung nicht die Absicht (wie sie selber hervorheben), eine allgemeine Analyse über das italienische Grenzregime zu erstellen. Es ging vielmehr darum, die konkrete Lebens-, Arbeits- und Gesundheitssituation migrantischer LandarbeiterInnen aufzuzeigen und die Ergebnisse mit Forderungen an die italienischen Behörden und den italienischen Staat zu verknüpfen. Im Folgenden eine kurze Zusammenfassung des Berichts.

Zahlen

Insgesamt wurden 600 Menschen befragt, sie repräsentieren mehrere Tausend in der Landwirtschaft beschäftigte MigrantInnen. Die befragten Personen waren zu 97% Männer, 84% zwischen 20 und 40 Jahre alt. Sie kamen überwiegend aus Ländern südlich der Sahara, dem Maghreb und dem ostasiatischen Raum (vor allem Indien). Lediglich 5% waren EU-BürgerInnen (ausschließlich BulgarInnen und rumänische Roma). Von ihnen hatten 72% keine gültige Aufenthaltsgenehmigung, 28% waren entweder im Besitz einer Aufenthaltsgenehmigung, eines Flüchtlingsstatus oder waren Asylsuchende.

Zu den Arbeitsbedingungen

„Die Lohnzahlung kommt immer zu spät, manchmal warte ich bis zu 40 Tagen. Wir werden schlecht behandelt, sie lassen uns die gefährlichsten und schmutzigsten Arbeiten ohne Schutzkleidung verrichten, sie bezahlen uns wenig und manche zahlen auch gar nicht. Nachdem wir ohne Papiere sind, können wir ohnehin nichts machen.“

M., Arbeiter aus Marokko

Auch von den LandarbeiterInnen, die im Besitz einer Aufenthaltsgenehmigung waren, müssen 68% ohne Arbeitsvertrag arbeiten, insgesamt haben 90% der Befragten keine offizielle Arbeitserlaubnis. Die Arbeit findet unter Bedingungen intensivster Ausbeutung statt. Die LandarbeiterInnen bekommen größtenteils

keine Schutzkleidung oder Handschuhe; Stiefel und Gesichtsschutz müssen sie sich selbst kaufen, meist arbeiten sie aufgrund fehlender finanzieller Mittel jedoch lediglich mit leichten Küchenhandschuhen, oft auch ohne Arbeitsstiefel. Ohne Arbeitsvertrag haben auch die mit Aufenthaltsgenehmigung ausgestatteten ArbeiterInnen keinerlei gewerkschaftlichen Schutz, und die Arbeit wird komplett außerhalb der gängigen Sicherheitsnormen und der hygienischen Normen verrichtet. Arbeitslosengeld, Krankenstand oder Bezahlungen bei Berufsunfall sind natürlich ein ferner Traum.

Ein Arbeitstag dauert 8 bis 10 Stunden, der Lohn beträgt durchschnittlich zwischen 24 und 30 Euro pro Tag. Oft gibt es nicht mehr als 4 Tage die Woche Arbeit. Ein Beispiel: Für das Ernten von 350 kg Tomaten werden in der Provinz Foggia rund 4 bis 6 Euro bezahlt. Die LandarbeiterInnen berichten, Gewaltakten und Schikanen von Seiten der Arbeitgeber ausgesetzt zu sein, 30% von ihnen bekommen keine regelmäßige Bezahlung, oft werden sie auch gar nicht bezahlt. Eine migrantischeR, in der Landwirtschaft tätigeR SaisonarbeiterIn verdient im Durchschnitt 240 Euro monatlich. Auch wenn die meisten der befragten MigrantInnen gekommen sind, um die Familien im Herkunftsland zu unterstützen, können 38% von ihnen kein Geld in die Heimat überweisen, das Leben in Italien wird für sie selbst zum Überlebenskampf.

Die in der Landwirtschaft in Süditalien tätigen MigrantInnen verrichten einen sehr großen Teil der Arbeiten in diesem Sektor und tragen entscheidend zum Funktionieren dieses Sektors bei. Sie selbst sind jedoch gezwungen, in extremer Armut zu leben.

Zu den Lebensverhältnissen

„Hier geht es uns wie man sieht sehr schlecht: es gibt kein Wasser und kein Licht, es gibt keine sanitären Einrichtungen, oft haben wir nichts zu essen und während des Winters drohen wir zu erfrieren. Ich kann mir keine Zukunft vorstellen, wenn ich in diesen Bedingungen lebe.“

A., 20 Jahre, aus Mali, lebt zur Zeit in Apulien

„In der Nacht kann ich nicht hinausgehen, weil draußen italienische Jugendliche sind, die uns beschimpfen und uns schlagen. Es gibt Freunde von mir, die mehrere Male von Italienern geschlagen worden sind und wir haben Angst ins Spital oder zur Polizei zu gehen. Auch ich bin zwei Mal geschlagen worden, einmal mit einem Schlagstock und das zweite Mal wurde ich von einer Flasche getroffen, mit der jemand aus einem Auto auf mich gezielt hat.“

H., aus Marokko, lebt zur Zeit in der Region Kampanien

Die hygienischen und sanitären Bedingungen sind dramatisch, die Landarbeit-

rInnen leben in extremer Armut und des sozialen Ausschlusses. Sie sind dadurch oft auch Akten der Gewalt und der Intoleranz ausgesetzt, ohne die Möglichkeit zu haben sich zu wehren. Der italienische Staat stellt laut Ärzte ohne Grenzen nicht einmal die grundlegendsten Einrichtungen zur Verfügung, die den ankommenden und asylsuchenden MigrantInnen einen minimalen Standard zum Überleben bieten würden.

65% der Befragten leben in verlassenen Häusern, Scheunen oder Hallen, 20% von ihnen in gemieteten Wohnungen, lediglich 10% von ihnen leben in Flüchtlingsunterkünften oder -zelten, welche von den Gemeinden bzw. vom italienischen Staat zur Verfügung gestellt werden. In einem süditalienischen Dorf (Alcamo) sind alle LandarbeiterInnen gezwungen, auf der Straße und auf öffentlichen Plätzen zu schlafen, da es keinerlei alternative Möglichkeiten gibt.

Ein Fünftel der Befragten müssen die eigene Matratze mit einer oder mehreren Personen teilen, die Mehrheit schläft auf der Erde, entweder auf einem Karton oder einer Matratze. Auch diejenigen, die ein Zimmer oder eine Wohnstruktur gemietet haben, müssen das eigene Zimmer mit drei oder mehr Personen teilen.

62% der befragten MigrantInnen verfügen an ihrem Wohnort über keinerlei sanitäre Einrichtungen, 64% von ihnen haben kein fließendes Wasser und müssen weite Distanzen zurücklegen, um zu (Trink-)Wasser zu gelangen. 69% haben keinerlei Elektrizität im Wohnbereich und 92% der bewohnten und gemieteten Strukturen haben keine Heizeinrichtungen. In den Herbst- und Wintermonaten sind die MigrantInnen der Nässe und der Kälte ausgesetzt.

Diese prekäre Lebenssituation betrifft auch die Ernährung: ein großer Teil der LandarbeiterInnen essen vor und während des Arbeitstages gar nichts.

Gesundheit

„Es ist mir in Italien einige Male passiert, dass ich in den mobilen Kliniken, die wir für irreguläre MigrantInnen eingerichtet haben, PatientInnen zu untersucht hatte, die an chronischen Krankheiten wie Diabetes oder Bluthochdruck litten. Sie hatten in Italien bis dato jedoch keine Untersuchungen oder Kontrollen gemacht und keine Medikamente gekauft, weil sie nicht wussten, an wen sie sich wenden sollten bzw. nicht genügend Geld hatten. Dies, obwohl diese Menschen schon lange in Italien leben.“

Francesca, Ärztin bei Ärzte ohne Grenzen.

Die gesundheitlichen Zustände der Befragten sind schlecht und dies, obwohl die überwiegende Mehrheit angab, gesund in Italien eingereist zu sein. Theoretisch haben laut aktueller AusländerInnengesetzgebung MigrantInnen ohne Papiere das Recht, einen Arzt oder ein Spital aufzusuchen (Art.34/35/36, T.U.286/1998, Legge Turco Napolitano). Die Mehrheit von ihnen hat trotz gesundheitlicher Beschwerden jedoch noch nie einen Arzt oder ein Krankenhaus aufgesucht: Viele sind über diese Möglichkeit nicht informiert, viele haben Angst, kontrolliert zu

werden und einen Abschiebebefehl zu bekommen. Oft ist in den ländlichen Gebieten auch kein Arzt oder Krankenhaus ohne Auto erreichbar.

Zum Schluss

„Eine Saison in der Hölle. Wir haben diesen Titel für diesen Bericht der Ärzte ohne Grenzen gewählt, weil er eine Idee darüber gibt, was Tausende MigrantInnen in Süditalien jedes Jahr erleben, wenn sie sich von Region zu Region bewegen, um in der Landwirtschaft als SaisonarbeiterInnen zu arbeiten.“

Einleitungssatz im Bericht der Medici Senza Frontiere, Italien

Auszüge aus einem Bericht von Ärzte ohne Grenzen, Italien

Zusammenfassung von Steffi Weiss

Vollständiger Bericht auf:

<http://www.medicisenzafrontiere.it/msfinforma/pubblicazioni.asp?id=1644>

■ 2. Teil: HINTERGRÜNDE VON MIGRATION ■■

Wenn sich die Blicke Richtung Senegal wenden/Spitou Mendy ★ „Wir haben Werte und wir haben Reichtümer“/Interview: Dieter Behr ★ Globale Landwirtschaft, Migration & Mega-Cities/Gregor Samsa ★ Wo das Meer die Söhne verschlingt/Haidy Damm ★ Peripherie als schwarzes Loch/Gregor Samsa ★

■ Wenn sich die Blicke Richtung Senegal wenden ■■

Weshalb junge SenegalesInnen immer wieder die Bootspassage über den Atlantik wagen

Der Autor Spitou Mendy war im Senegal Professor für Sprachen. Vor 7 Jahren ist er nach Spanien gekommen. Heute ist er als Gewerkschafter in der andalusischen LandarbeiterInnengewerkschaft SOC-SAT tätig.

Die Anzahl der Toten, die das Abenteuer der Migration fordert, ist unaufhörlich gestiegen. Die Opfer, oft junge Leute, die noch kaum ihre Kindheit hinter sich haben, gehen mit großer Hoffnung an Bord der kleinen Holzboote, um den Ozean zu überqueren. Sie haben den Traum, in einem Land anzukommen, in dem sie ihr eigenes Leben wie auch das Leben ihrer Familien radikal verändern können. Letztere haben sie in einem Land voller Elend zurückgelassen, in Afrika, im Senegal.

Und dennoch...

Migration ist kein neues Phänomen, es ist keine Realität, die ausschließlich Afrika, Lateinamerika bzw. die Länder der so genannten Dritten Welt betrifft. Es ist vielmehr ein globales Phänomen, das mit der Menschheitsgeschichte beginnt. Wenn wir davon ausgehen, dass Afrika die Wiege der Menschheit ist, dann verstehen wir auch, dass ohne Migrationsbewegungen Europa, Asien, Amerika und Ozeanien nicht bevölkert wären. Die Entwicklung der Zivilisationen verdankt dem Potential der verschiedenen Ethnien, ihre jeweiligen Fähigkeiten auszutauschen, sehr viel.

Ohne weit zurückblicken zu müssen, kann gesagt werden, dass es bereits in den 1960er Jahren eine große Einwanderungswelle in Richtung der Länder Zentralafrikas, vor allem nach Zaire, gab. Damals haben sich MigrantInnen mit Tollkühnheit und unter Lebensgefahr in den Diamantenhandel hineinbegeben und einige sind reich geworden und mit Ruhm zurückgekommen. In den 1970er Jahren hat sich dann die Migration Richtung Europa verlagert und seither nicht mehr aufgehört. Das Errichten wie das Überwinden von Grenzen war also immer eine Form der Konstruktion von verschiedenen Gesellschaften. In dieser Dynamik wurden die Grenzen abgesteckt und verändert – in Friedenszeiten geschah dies mittels Verträgen, nach Kriegen wurden den Besiegten Grenzen aufgezwungen, wie Madjiguene Cissé in ihrem Buch „Papiere für alle“ nachweist. Auf diese Weise haben lokale oder globale Kriege immer wichtige Bevölkerungsbewegungen verursacht – einfach aus der Notwendigkeit für die Betroffenen, vor Tod, Gewalt, Not und Armut zu fliehen. Das Europa des beginnenden 21. Jahrhunderts versucht jedoch, seine

Grenzen vor den Armen dieser Welt zu schließen. Hierbei übernimmt Frontex die Rolle, jeden Versuch der Grenzüberschreitung zu verhindern.

Der Fall Spanien schockiert...

Heute ist Spanien für eine Vielzahl von Immigrationsgesetzen bekannt. Es wird verkündet, dass diese Gesetze „zu Gunsten der ImmigrantInnen“ erlassen und geändert würden. Es ist aber vielmehr so, dass sich vieles zum Schlechten verändert. Die spanischen Botschaften in den Herkunftsländern haben daran einen wichtigen Anteil – sie sind eine wichtige Stütze für die Politik der Selektion und der Limitierung der Einreise von MigrantInnen.

Die MigrantInnen in Spanien wissen nicht mehr ein noch aus, da weder die Gesetze noch die Kollektivverträge (saisongebundene Arbeitsverträge für ausländische Arbeitskräfte – die Red.) ihnen gegenüber respektiert werden. Dies trifft besonders auf die Provinz Almería zu, die nach wie vor das Zentrum der Verweigerung der Rechte für MigrantInnen bleibt. Diese Region zeichnet sich durch den dort vorherrschenden Machiavellismus aus, durch Aggressionen, die ohne Konsequenzen bleiben, durch seine mafösen Strukturen und all das, was nach geschminkter Ausgrenzung riecht. Mit dem neuen System der Rekrutierung der Arbeitskräfte aus den Herkunftsländern – in diesem Fall aus dem Senegal – durch spanische Betriebe wird Beihilfe für die Rückkehr der Sklaverei betrieben, denn die Bedingungen der Unterbringung und der Arbeit sind mit letzterer vergleichbar.

...mit den mehr als waghalsigen jungen SenegalesInnen...

In Afrika hat der Senegal in den letzten Jahren traurige Berühmtheit erlangt – wegen der Findigkeit der jungen Leute, dem Land den Rücken zu kehren. Die Krise im Land hat ihnen Flügel, oder besser gesagt, Ruder gegeben. Die Leichen derjenigen, die nicht angekommen sind, liegen auf dem Grund der Ozeane. Sie haben Hunger: die Landwirtschaft ist zu Schleuderpreisen verkauft worden, sie sind krank, denn das Gesundheitssystem ist veraltet, sie haben nicht mehr die Möglichkeit zu studieren, das Bildungssystem entspricht nicht mehr ihren Ansprüchen. Sie gehen weg, und werden weiterhin weggehen, solange sie keinen Streifen Hoffnung am Horizont sehen und nicht die Überzeugung erlangen, dass ihr Herkunftsland nicht auch für sie Perspektiven bieten kann.

...und ihren Gründen wegzugehen

Im Senegal genießt einE MigrantIn, die es schafft, in den Westen zu kommen, ungeheures soziales Prestige. Bei der Auswanderung handelt es sich um den Versuch, das eigene Schicksal zu bezwingen, auf einem Kontinent, der von allen als unheilbar verloren wahrgenommen wird und der keinerlei Perspektiven bietet. Der/die

MigrantIn, das ist also eine Person, die es geschafft hat, rauszukommen aus einem mühsamen, ja unerträglichen Alltag und die zurückkommt am Steuer eines Autos mit vielen Zylindern und die sich eine riesige Villa hat bauen lassen, in einem Land, in dem Konsum und Überfluss selbstverständlich sind. Darüber hinaus verstehen die Jugendlichen ihre Odyssee als eine Art „ökonomischen Dihad“, und sie haben das Gefühl, dass sie sich für das Kollektiv bzw. die Familie opfern, um schließlich ihre Verwandten von der Armut zu befreien. Deshalb werden diejenigen, die im Zuge dieser Reise zu Tode kommen, als MärtyrerInnen gesehen, als heroische Kamikaze-KriegerInnen, die es vorgezogen haben, ihr Glück herauszufordern anstatt vor dem Schicksal zu resignieren.

Hinzu kommt eine katastrophenähnliche Sicht auf den afrikanischen Kontinent und eine soziale Hoffnungslosigkeit, sodass diese Verdammten der Erde, die nun Verdammte des Meeres geworden sind, davon überzeugt sind, dass die einzige Lösung ihrer Probleme im Westen zu finden ist – nichts klarer als das.

Es sollte genügen, dieses düstere Bild zu zeichnen, um das Ausmaß und den Ernst jenes komplexen Phänomens der Migration begreiflich zu machen – diese Bewegungen von Menschen, welche in einer totalen Verzweiflung leben und welche die einzige Alternative darin sehen, um jeden Preis wegzugehen.

Alles in allem ist es überhaupt nicht notwendig, auf die Zahlen zurückzugreifen, um sich von dieser Tatsache zu überzeugen. Die Situation ist mit Tausenden von Toten mehr als dramatisch. Es sind im Wesentlichen junge Leute, deren einziges Verschulden darin besteht, aus einem Land zu kommen, wo sie jede Hoffnung auf eine sozial-ökonomische Eingliederung, die ihrem Streben als moderne Menschen in einer globalisierten Welt gerecht werden könnte, verloren haben.

Was tun? Mit welchen Perspektiven?

Es ist klar, dass es in diesem Strudel der „modernen Zeit“ ebenso viele Antworten wie beteiligte AkteurInnen gibt. JedeR entsprechend der eigenen Interessen und der Situation, in der sie bzw. er sich im Moment der Antwort befindet. Zur Veranschaulichung: Während die Herren Zapatero und Wade in Dakar ein „Memorandum der Verständigung über die bilateralen Beziehungen“ zwischen Spanien und dem Senegal unterschrieben, in dem es um den Kampf gegen das organisierte Verbrechen wie um den Schutz der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge ging, die in Spanien ankommen, haben sich die AktivistInnen der SOC-SAT, SpanierInnen und MigrantInnen, um junge Leute aus Afrika gekümmert, die komplett desorientiert in Almería ankamen und zum Spielball der sie marginalisierenden Gesetze wurden. Die SOC-SAT hat sich dazu entschlossen, für die Respektierung der Menschenrechte und die Würde des einzelnen Menschen zu kämpfen. Diese Gewerkschaft verwendet ihre Energie darauf, sich der Orientierung, der Ausbildung und der Selbstermächtigung der MigrantInnen in der Region von Almería im Süd-Osten von Spanien zu widmen.

Überzeugt von der Richtigkeit ihrer gewerkschaftlichen Aktion für die Respektierung der Menschenrechte und der Rechte der MigrantInnen im speziellen, plant die SOC-SAT nun, eine internationale Kampagne zum Austausch und zum sozialen Dialog rund um das Thema Migration zu lancieren, sowohl in den Herkunftsländern (speziell im Senegal) wie auch in den Aufnahmeländern (Spanien, Frankreich, Schweiz, Italien etc.).

Spitou Mendy/SOC-SAT

■ „Wir haben Werte und wir haben Reichtümer“ ■■

Zur Ausplünderung des Kongo durch transnationale Konzerne, IWF & Co

Der folgende Text beruht auf einem Interview mit Victor Nzuzi aus der Demokratischen Republik Kongo, geführt von Dieter Behr/EBF während des Maghreb-Sozialforums in Bouznika/Marokko im Januar 2008¹. Anhand zahlreicher Beispiele wird gezeigt, wie die Zerstörung kleinbäuerlicher Existenzgrundlagen mit der Flucht in Megastädte wie Kinshasa einhergeht. Victor Nzuzi ist Bauer und Mitglied von Via Campesina sowie vom migrationsbezogenen Netzwerk „manifeste euro-africain“.

Wenn wir also am Beispiel der D.R. Kongo eine Verbindung herstellen zwischen den Themen Landwirtschaft und Migration, sehen wir, dass es sich tatsächlich um einen Zusammenhang handelt, der sehr bedeutend ist. Die Zerstörung der Landwirtschaft hat eine sehr starke Auswirkung auf die Migrationsbewegungen der Bevölkerung.

Da in der D.R. Kongo Krieg herrscht, sind die Bauern und Bäuerinnen in den Zonen des Kriegs die ersten Opfer, denn sie leben in ihren Dörfern ohne jeglichen Schutz. Und diese BäuerInnen ziehen weg, sie fliehen vor dem Krieg, sie verlieren ihr Saatgut, und wenn sie zurückkommen, fängt der Krieg von neuem an und sie müssen wieder fliehen. Schlussendlich verlieren sie also ihre Felder, die oft von Minen kontaminiert sind, wo Kämpfe stattfinden, oder die von Kämpfen zerstört wurden.

Der Kongo ist auch ein Land der Bodenschätze. Angesichts all der Verträge, die mit den multinationalen Konzernen abgeschlossen werden, wird die bäuerliche Bevölkerung oft ganz einfach verjagt. Auch in Waldgebieten! Denn fälschlicher Weise wird oft nicht anerkannt, dass der Wald von Bauern, Fischerinnen und Jägern genützt wird! Diese Leute verlieren dann auf der Stelle die Konzession, ihrer Arbeit nachgehen zu dürfen, da gesagt wird, „ab jetzt wird dieser Wald forstwirtschaftlich verwertet.“ Die Betroffenen gehen also in die Städte, und vor allem die Jungen trachten danach, etwas anderes zu finden.

Importflut

Es darf nicht vergessen werden, dass heute bei uns der Markt überschwemmt wird mit importierten Produkten aus Europa und Amerika. Es gibt sogar Erzeugnisse, die aus Brasilien kommen, z.B. Hühnerfleisch, oder aus Argentinien, wie z.B. bestimmte Maissorten. All das findet man auf den Märkten im Kongo. Die

erwähnten Produkte sind aufgrund der Exportsubventionen billiger als die lokalen Produkte. Die Leute im Kongo, die kein oder ein geringes Einkommen haben – man muss sich die Lebensumstände von KongolesInnen ohne Einkommen erst einmal vorstellen – haben keine Wahl! Sie kaufen also die billigeren Produkte aus Europa oder Amerika, anstatt den Mais oder den Maniok zu kaufen, der von den DorfbewohnerInnen erzeugt wird. Bei den importierten Produkten handelt es sich vor allem um Fleisch und um Getreide (Mais, Weizen etc.).

Wir haben es hier mit einer regelrechten Kampagne zu tun, die die Essgewohnheiten der Bevölkerung ändern soll. Es wird aus der Armut und der fehlenden Kaufkraft der KonsumentInnen Profit gezogen. Den Leuten wird eingebläut, dass man zum Frühstück Tee oder Kaffee mit Weißbrot essen soll. Wir aber haben zum Tee oder Kaffee immer Maniok, Banane, Süßkartoffel, Tarot oder Niam gegessen. Heute heißt es, man muss, anstatt diese lokalen Produkte zu kaufen, Weißbrot kaufen, das mit importiertem Weizen hergestellt wurde. Die Konsequenz ist, dass diejenigen, die die lokalen Produkte herstellen, kein Einkommen mehr haben. Kurz gesagt, die Bauern und Bäuerinnen verlieren ihre Arbeit. Wenn man nun ein Kind aus einer bäuerlichen Familie fragt, ob es Landwirtschaft betreiben will, wird es antworten: „Was werde ich damit gewinnen? Ich ziehe es allemal vor, in die Stadt zu gehen.“ In der Stadt aber gibt es auch wenig Arbeit oder nur schlecht bezahlte Arbeit. Natürlich versuchen die Jungen da, anderswo hinzugehen, dort wo sie sich ein Leben aufbauen können. Die Migration ist also eine direkte Konsequenz der Zerstörung der Landwirtschaft.

Modernisierung?

Es gibt Bestrebungen, im Kongo die Landwirtschaft zu modernisieren, mit dem Ziel, Investoren für die Produktion von Agrotreibstoffen auf der Basis von Palmöl zu gewinnen. Wir sagen an dieser Stelle: „Wenn das auf Kosten der Produktion von Lebensmitteln geschieht, die die Bevölkerung ernährt, dann gehen wir damit den falschen Weg!“ Und wir versuchen, eine große Mobilisierung zu diesem Thema zu erreichen. Denn diejenigen, die hinter diesen Projekten stehen, sind große Firmen, die mit großen Maschinen ankommen und der bäuerlichen Bevölkerung für eine kleine Entschädigung das Land abknöpfen. Letztere werden also wiederum gezwungen sein, in die Städte zu gehen, und dort werden sie in den meisten Fällen in den Slums landen. Die Regierung hat nun einen Vertrag mit China zur Pflanzung von Palmölkulturen über 600 Millionen Euro abgeschlossen.

Ich möchte auch ein anderes Investitionsvorhaben erwähnen, bei dem eine deutsche Firma mit dem Namen UNCEDEL im Spiel ist: Ca. 150 km von Kinshasa entfernt wird *Jatropha* angebaut. *Jatropha* ist eine kleine Pflanze, die gut hitzebeständig ist. Mit ihr werden auch Agrotreibstoffe erzeugt. Wir fragen uns: „Untersucht man hier wirklich ernsthaft die Konsequenzen, die all das auf unser tägliches Leben haben kann?“ Diese Kulturen werden auf enorm großen Flächen angebaut,

Flächen, auf denen bis heute Bauern und Bäuerinnen arbeiten! An dieser Stelle muss hinzugefügt werden: Wir verstehen darunter auch die Arbeit in Champignon-Kulturen, in Raupen-Kulturen, die Nutzung der Medizinalpflanzen oder die Jagd. Das wird oft nicht anerkannt. Einfach anzukommen und zu behaupten, es handle sich um ungenutzte Flächen, ist falsch! Es gibt praktisch keine ungenutzten Flächen, es sind Flächen, um beispielsweise Raupen zu sammeln oder auf die Jagd zu gehen! Wenn diese Flächen von Palmölkulturen besetzt werden, versteht es sich von selbst, dass diese Tiere nicht mehr in ihrem Milieu leben können. Daraus wird resultieren, dass sich die Ernährungslage der ländlichen Bevölkerung verschlechtern wird und dass große Teile in die Städte gehen werden.

Und es gibt noch ein Phänomen, von dem ich reden will: In Kinshasa wird viel Fischerei betrieben. Nun bauen die BewohnerInnen aufgrund der extremen Armut ihre Hütten dort, wo es eigentlich untersagt ist zu bauen. In Kinshasa also, einer riesigen Agglomeration von über 8 Millionen EinwohnerInnen, geht aller Sand, der aus der Erosion entsteht, in die kleinen Bäche und in die Flüsse, dorthin, wo die FischerInnen Fischfang betreiben. An ihren Wohn- und Arbeitsorten ist nun alles mit Sand aus der Erosion aufgeschüttet! Die FischerInnen verlieren also auch ihre Arbeit und sie finden sich oft in einem System wieder, in dem sie nun mit ihren kleinen Booten, anstatt Fischfang zu treiben, Güter und Menschen über den Fluss von Kinshasa nach Brazzaville schmuggeln. Das ist eine äußerst prekäre Arbeit, also eine extreme Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen.

Um ein anderes Beispiel zu nennen: Die Fischerei im Gebiet von Muanda, an der Atlantikküste, ist äußerst bedroht von der Erdölindustrie. Unlängst gab es eine französische Gesellschaft, PENECO, die ihr Öl genau in den Fischgründen abfließen ließ. Es gab keine Reparationszahlungen! Es wurde zwar eine Untersuchungskommission von der Regierung eingerichtet, aber wir wissen genau, es wird praktisch keine Entschädigungen geben.

Vor diesem Unglück hatte Angola einen Vertrag über die Fischerei mit China und einigen europäischen Ländern unterzeichnet. Das entsprechende Unternehmen hat sich in Angola niedergelassen und ist mit seinen Booten nach Norden, bis in das Gebiet des Kongo gekommen und hat dort alles leergefischt! Die von der Fischerei lebende Bevölkerung hat also ihre Arbeit verloren und was ist zu tun, wenn man die Arbeit verliert? Man muss wegziehen! Die Leute werden dir sagen: „Unsere Kinder können nicht mehr fischen, die importierten Fische überschwemmen den Markt, an der Küste errichtet man Fabriken, die das Meer verunreinigen... Die Jungen werden ihr Glück anderswo suchen!“.

Aufgezwungene Programme

Die Importindustrie hat an Bedeutung zugenommen seit der Krise im Kongo in den 1980er Jahren. Zur Zeit der Strukturanpassungsprogramme, als die Weltbank das Land dazu verpflichtete, seine Schulden zurückzuzahlen, wurden Staudäm-

me zur Elektrizitätserzeugung errichtet. Diese Staudämme haben allerdings nicht gebracht, was man erwartete. Bereits mit dem Beginn der Ölkrise im Jahr 1973 haben die Strukturanpassungsprogramme eingesetzt. Im Jahr 1976 gab es ein Programm, das vom Internationalen Währungsfonds verordnet wurde. Die Ausgaben des Staates mussten gesenkt werden, also hat man verschiedene öffentliche Leistungen, z.B. im Gesundheitswesen, privatisiert. Der Staat hatte kein Geld mehr und die Administration war gezwungen, Lebensmittel zu importieren, um Hungerrevolten gegen den Diktator zu vermeiden. Mit der Verschlimmerung dieser Krise und dem Einsetzen des Krieges (in den 1990er Jahren) wurde es auch immer schwieriger, die Bodenschätze, welche die Aufrechterhaltung der öffentlichen Dienstleistungen garantieren sollten, zu exportieren. Der Staat hatte also fast kein Geld und es waren die privaten Firmen, welche die landwirtschaftlichen Produkte ins Land importierten.

In dem Zeitraum, den ich eben schilderte, haben viele afrikanische Länder eine ähnliche Entwicklung mitgemacht. Es gab beispielsweise viele kleine Hühnerfarmen, die nicht weiter existieren konnten. Man hat uns eine Logik aufgezwungen, in der selbst das Viehfutter importiert war – von einem Konzern namens MIDE-MA. Dieser Konzern, der zu einem bestimmten Zeitpunkt in französische Hände gekommen ist, hat Weizen importiert, diesen in den Fabriken geschält und die Abfälle als Hühner- und Schweinefutter verkauft. Bevor dieser Konzern auftauchte, fütterten die BäuerInnen ihr Vieh mit lokalem Mais und Soja. Es war eine große Medienkampagne der multinationalen Konzerne, mittels der den Leuten einge-redet wurde: „Damit ein Huhn gut wächst, muss es mit Futter aus Europa oder Amerika gefüttert werden!“ Wie so oft war dieses Futter zu Beginn recht billig, um dann immer teurer zu werden – also mussten die kleinen Betriebe schließen.

Es ist auch wichtig zu erwähnen, welchen Effekt die Fleischimporte hatten. Denn, wie ich nicht müde werde zu wiederholen, sind unsere Ziegen, Schweine und Schafe das, was man eine Bank nennen kann. Wenn du also ein Problem hast, wenn dein Kind beispielsweise krank ist, oder aus der Schule fliegt, weil das Schulgeld nicht bezahlt wurde, nimmst du deine Ziege oder dein Schaf, verkaufst es auf dem Markt und wirst damit das Problem beheben können. Wenn du allerdings heute mit deinem Huhn oder deinem Schwein auf den Markt kommst, findest du die importierten Schweinekoteletts, die den Preis ruinieren – du wirst dein Kind also nicht zur Schule schicken können!

Und die Jungen sehen diese Misere; sie verlassen ihre Dörfer, selbst die Eltern gehen weg, weil sie nicht leben können. Das ist also auch ein Grund, warum Kinshasa heute 8 Millionen EinwohnerInnen hat. Alle großen Städte Afrikas sind heute im Begriff, enorm anzuwachsen. Und die Lebensbedingungen dort sind unvorstellbar. Man muss einmal in die Slums gehen und sich ansehen, wie sie größer werden. Die Leute haben kein Trinkwasser, keine Sanitäranlagen. Wenn sie also unter diesen Umständen leben und in den europäischen oder amerikanischen

Filmen die konstruierte Realität sehen – man zeigt ja in diesen Filmen keine Obdachlosen, sondern nur Leute mit großen Autos – werden sie sagen: „Warum soll ich hier im Dorf oder im Slum weiterleben, wo es unmöglich ist, gut zu leben?“

Mobilisierung

Wir verstehen es als unsere Arbeit, die Leute zu mobilisieren und zu sensibilisieren, um zu sagen: „Wir haben Werte und wir haben Reichtümer.“ Es ist Unsinn, immer hierher zu kommen und die Armut und das Elend hervorzukehren. Die junge Generation, die gerade dabei ist wegzugehen, das ist ein unglaublicher Reichtum und diese Leute haben Energie! Man hat uns Afrika immer als einen kleinen Kontinent präsentiert. Auf allen alten Karten war Afrika im Vergleich zu Europa relativ klein – heute sehen wir, dass dieser Kontinent in all seinen Dimensionen unglaublich groß ist! Das Problem ist, dass immer das Afrika der Kriege, der Korruption, des Aids, der Krankheiten, das Afrika des Hungers gezeigt wird. Aber man zeigt nicht die Reichtümer Afrikas, die wir uns wieder aneignen müssen! Das betrifft auch unsere Lebensmittel!

Die Raupen – das isst man in Europa nicht - oder die Pilze. Das sind Lebensmittel, die sehr viele Nährstoffe enthalten. Heute will man uns einreden, dass diese Lebensmittel keinen Sinn haben. In der Werbung wird die lokale Hühnerproduktion als etwas Unhygienisches denunziert.

Die Landwirtschaftspolitik in unseren verschiedenen Ländern hier ist eine Politik für die ausländischen Investoren. Es geht nicht um die Unterstützung der lokalen Produktion. Es gibt bei uns sogar ein Gesetz zur Investitionsförderung im landwirtschaftlichen Sektor – um die Investoren anzulocken! Bei einer bäuerlichen Bevölkerung von 80 Prozent müsste man hingegen die Bauern und Bäuerinnen unterstützen! Stattdessen importieren wir Lebensmittel. Wenn unsere Landwirtschaft funktionieren würde, hätten wir Lebensmittel im Überfluss. Was wir brauchen sind Straßen, um die Produkte zu den KonsumentInnen zu bringen, man müsste auch die Verarbeitung und Konservierung der Produkte erleichtern – das hat die Regierung aber nicht im Sinn, und ebenso wenig die Europäische Union und die internationalen Finanzinstitutionen. Diese sagen vielmehr: Modernisierung der Landwirtschaft! Aber wir wissen doch genau, dass diese Modernisierung in Europa zu einer fatalen Überproduktion von Lebensmitteln schlechter Qualität geführt hat, mit denen nun unser Kontinent überschwemmt wird. Es findet eine Zerstörung der afrikanischen Landwirtschaft statt, und das ist wirklich ein Drama.

Migration innerhalb Afrikas

Noch ein Wort zur Migration: Ein großer Teil dieser Migration findet innerhalb von Afrika statt. Nehmen wir das Beispiel des Bergbaus in Angola: Viele Leute aus dem Kongo sind dorthin gegangen, um im Diamantenabbau zu arbeiten. Das

waren Leute, die zuerst im Kongo Landwirtschaft betrieben und dort auch nach Diamanten gesucht hatten: Als sich bei ihnen zu Hause der Diamantenabbau von der Oberfläche in die Tiefe verlagerte und dadurch der Ackerbau unmöglich wurde, sind sie nach Angola gegangen. Was ist nun passiert: Letztes Jahr, 2007, hat Angola 200.000 kongolesische ArbeitsmigrantInnen ausgewiesen und all ihr Hab und Gut konfisziert! Die Leute kehren ohne einen Pfennig in der Tasche zurück, und zu Hause ist der landwirtschaftliche Boden bereits zerstört!

Die Machthaber in Afrika lernen also davon, wie das in Europa gemacht wird! Es wird zur gängigen Praxis, MigrantInnen auszuweisen!

Im Kongo gibt es Flüchtlinge aus Angola, die seit langer Zeit hier leben. Als ich klein war, hatte ich eine Reihe von angolanischen Onkeln. Heute setzt ein Diskurs ein, bei dem gesagt wird: „Dieser da ist Angolaner.“ Ok, wir wussten immer, dass das so ist, aber es gab keine ethnische Barriere. Das war so bis in den Norden, bis nach Gabun. Heute besteht die Gefahr, dass man die Leute aus Angola, die sich hier niedergelassen haben und wie die anderen leben und arbeiten – im Kleinhandel, sogar in Fabriken – ausweist. Denn Kongo will es Mosambique, Angola oder Libyen gleichtun. Es wird gesagt: „Wenn MigrantInnen bei euch sind, gibt es diese und jene Normen, die ihr befolgen müsst, wie in Europa. Wenn sie irregulär hier sind, müsst ihr sie ausweisen.“ Es gibt also nun auch bei uns Schikanen, die dazu führen, dass sich die MigrantInnen in einer sehr schlechten Lage wieder finden. Letzten Oktober oder November gab es in Kinshasa einen Streik der NigerianerInnen. Sie haben protestiert, denn die Polizei hatte etwa zehn MigrantInnen aus Nigeria verhaftet. Man muss mit dieser Politik aufhören, denn sie beginnt sehr negative Auswirkungen in Afrika zu haben. Der europäische rassistische Diskurs wird hier in Afrika kopiert!

Und um es noch einmal zu unterstreichen: Diese Politik hat einen direkten Bezug zur ökonomischen Ausbeutung der Menschen. Denn das Land wird zu einem kommerziellen, zu einem finanziellen Wert gemacht. Dem Land wird der kulturelle Wert, den es hatte, entzogen. Für uns ist das Land das Land des Fischfangs, der Landwirtschaft, der Jagd. Heute ist dieses Land da, um nach Bodenschätzen zu suchen, oder um Kaffee oder Palmöl zu produzieren. Wer reißt sich das Land unter den Nagel? Die multinationalen Konzerne beziehungsweise ihre Strohmänner. Hier am Sozialforum haben wir bereits gehört, wie es in Marokko funktioniert: Es gibt marokkanische Immobilienspekulanten, aber wenn man genau hinsieht, sind es französische oder spanische Firmen. In der Konsequenz zahlen sie nicht die vollen Steuern und der Staat hat kein Geld, um die sozialen Ausgaben zu bestreiten. Auch in diesem Fall versuchen die Leute, das Land zu verlassen.

Interview: Dieter Behr/Europäisches BürgerInnenforum

- 1 Zu diesem ersten Maghreb-Sozialforum reisten statt der erwarteten 700 über 1400 TeilnehmerInnen nach Bouznika an der Atlantikküste zwischen Rabat und Casablanca. Darunter waren sehr viele junge Leute aus Marokko, u.a. vom Netzwerk RESAQ aus Casablanca, aber auch Subsahara-MigrantInnen, die in Marokko leben, und über 100 AktivistInnen aus anderen Maghreb-Ländern, Subsahara-Afrika und Europa. Letztere vor allem auf Einladung des Migrationsnetzwerks Manifeste Euro-Africain, das seit der NGO-Konferenz „Migrationen, Grundrechte und Bewegungsfreiheit“ Ende Juni 2006 in Rabat besteht (siehe auch www.fluechtlingsrat-hamburg.de unter EU-Migrationspolitik). Das Thema Migration wurde aufgrund des Engagements dieses transnationalen Netzwerks und des großen Interesses vor allem der marokkanischen Jugendlichen zu einem Schwerpunkt des Forums.

■ Globale Landwirtschaft, Migration & Mega-Cities ■■

8 Thesen zur Geschichte eines komplexen Verhältnisses

These 1

Spätestens seit dem 19. Jahrhundert sind die beiden Bereiche Landwirtschaft und Migration auf vielfältige Weise verzahnt. Sie stehen überdies – bis auf den heutigen Tag – in enger Tuchfühlung mit den Prozessen kapitalistischer Industrialisierung und Urbanisierung, also auch jener Dynamik, welche immer wieder von neuem die hierarchischen Beziehungen zwischen Peripherie und Zentrum hervorbringt. Politisch hat all das in den vergangenen anderthalb Jahrzehnten keine nennenswerte Rolle gespielt – jedenfalls hierzulande. Hintergrund dürfte vor allem der Kollaps internationalistischer Politik nach 1989 gewesen sein. Denn hierdurch ist es zu einer weitreichenden, mitunter grotesk anmutenden Weltvergessenheit nahezu der gesamten Linken gekommen. Selbst in antirassistischen Zusammenhängen wurde die Situation in den Herkunftsländern von Flüchtlingen und MigrantInnen bestenfalls punktuell, meist jedoch holzschnittartig zur Sprache gebracht. Erst im Zuge globalisierungskritischer Proteste sind weltweite Macht-, Abhängigkeits- und Ausbeutungsverhältnisse wieder verstärkt auf die (bewegungs-)politische Tagesordnung gerückt. Insofern war es geradezu folgerichtig, dass Globale Landwirtschaft zu einem von drei thematischen Aktionstagen während der Gipfelproteste in Heiligendamm im Juni 2007 avanciert ist – neben Migration einerseits sowie Krieg und Folter andererseits. Und doch: Die Debatte über Zusammenhänge zwischen globaler Landwirtschaft und Migration steckt noch in den Kinderschuhen – genauso wie viele der verwandten Fragestellungen. Als Darstellungsform empfiehlt sich deshalb – im Sinne einer ersten Selbstverständigung – die Formulierung vorläufiger Thesen.

These 2

Aus landwirtschaftlicher Perspektive waren es mindestens vier Entwicklungen, welche die kapitalistische Industrialisierung in Europa und den USA ermöglicht haben: Erstens die Privatisierung der Bodennutzung. Zweitens die drastische Ausweitung der landwirtschaftlichen Nutzfläche – allein zwischen 1840 und 1880 ist es zu einem weltweiten Wachstum von 50 Prozent gekommen. Drittens die systematische Zurichtung der Kolonien im Süden zu agrarischen Rohstofflieferanten, d.h. zu so genannten Extraktionsökonomien. Und viertens die rasanten Produktivitäts- bzw. Ertragssteigerungen in der landwirtschaftlichen Produktion und somit die massenhafte Freisetzung landwirtschaftlicher Arbeitskräfte in Europa. Dies

hatte einerseits mit einer effektiveren Bodennutzung, nicht zuletzt auf Grundlage einer neu entwickelten ‚Landbauwissenschaft‘ zu tun, andererseits mit der systematischen Industrialisierung der (west-)europäischen und nordamerikanischen Landwirtschaft. Zu nennen ist vor allem der stetig wachsende Maschineneinsatz, die umfassende Verwendung chemischer Produkte (Industriedünger, Pestizide, Herbizide etc.) sowie die Einführung moderner Transport- und Kommunikationssysteme, um auf diese Weise einen direkten Zugang zu den überregionalen bzw. weltweiten Märkten zu gewährleisten.

Hinsichtlich Landflucht und Migration ist zweierlei anzumerken:

a) So sehr die aus dem Boden schießende Industrie sowie die boomenden Städte auf Arbeitskräfte vom Land angewiesen waren, es ist keinesfalls so gewesen, dass sämtliche Landflüchtlinge unmittelbar einen Arbeitsplatz gefunden hätten. Starker Abwanderungsdruck hat nämlich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts nicht nur ob der Veränderungen innerhalb der Landwirtschaft bestanden, sondern auch aufgrund des rasanten Bevölkerungswachstums auf dem Land. Mit anderen Worten: Hätte es nicht die seitens der beteiligten Staaten aktiv geförderte Auswanderung in die neue Welt (Nordamerika, Australien, Neuseeland etc.) gegeben, wäre es in Europa zu ähnlich dramatischen Verwerfungen gekommen, wie sie heute allenthalben im globalen Süden anzutreffen sind.

b) Abwanderungsdruck war nur die eine Seite der Medaille – einschließlich dramatischer Geschehnisse wie z.B. in Irland im Zuge der großen Hungersnot 1845–1849. Denn das Auswanderungsgeschehen hat umgekehrt auch die Phantasie der MigrantInnen enorm beflügelt. Eric Hobsbawm spricht etwa von einer Welt, „die im günstigsten Fall voll unendlicher Hoffnung war und in der angeblich das Geld auf der Straße lag.“¹ Ähnlich gelagerte Überlegungen sind hier zu Lande anlässlich der Debatte um die so genannte Autonomie der Migration formuliert worden.

These 3

Die Industrialisierung der Landwirtschaft ist indessen auf leisen Sohlen dahergekommen – ein Umstand, der leicht in Vergessenheit gerät: Noch am Vorabend des Zweiten Weltkriegs waren Großbritannien und Belgien die einzigen beiden Industrieländer, in denen weniger als 20 Prozent der EinwohnerInnen mit Landwirtschaft bzw. Fischerei zu tun hatten. Demgegenüber waren in den USA noch 25, in Frankreich 40 und in Bulgarien 80 Prozent der Bevölkerung landwirtschaftlich aktiv. Rapide geändert hat sich dies erst ab ca. 1950: Ob in Japan, Algerien oder Brasilien, überall ist es zu massiven Schrumpfungsprozessen gekommen. In der BRD waren z.B. im Jahre 1950 5,35 Millionen Erwerbspersonen auf dem Lande tätig, 1960 waren es noch 3,6 Millionen und zu Beginn der 1990er Jahre sind es gerade einmal 230.000 gewesen. Das ist ein Sturz von ca. einem Viertel der Erwerbspersonen auf weniger als 1 Prozent. Einmal mehr ist es Eric Hobsbawm

gewesen, der diesen Vorgang – jedenfalls aus nördlicher Perspektive – trefflich auf den Punkt gebracht hat: „Der dramatischste und weitestreichende soziale Wandel in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts, der uns für immer von der Welt der Vergangenheit getrennt hat, war der Untergang des Bauerntums.“²

These 4

So beeindruckend diese Zahlen sein mögen, sie sollten nicht darüber hinwegtäuschen, dass immer noch knapp die Hälfte der erwerbsfähigen Bevölkerung weltweit (je nach Zählung zwischen 1,3 und 1,7 Milliarden Menschen) ganz oder teilweise von der Landwirtschaft lebt – die große Mehrheit davon im subsaharischen Afrika, auf dem indischen Subkontinent, in Südostasien (Indonesien etc.) und in Ostasien (China etc.). Entscheidender Haken: Jahr für Jahr werden kleinbäuerliche Existenzgrundlagen millionenfach zerschlagen – und das mit katastrophalen, ja unerträglichen Konsequenzen. Erwähnt sei nur, dass rund 80 Prozent der jährlich 30 Millionen Hungertoten Kleinbauern und -bäuerinnen, FischerInnen und Landlose sind. Verantwortlich hierfür ist ein Bündel ganz unterschiedlicher Ursachen³:

1. Seit den frühen 1980er Jahren hat der IWF im Rahmen seiner Strukturanpassungsprogramme zahlreiche Länder des globalen Südens zur Reduzierung von Lebensmittelsubventionen, zur weitgehenden Aufgabe staatlicher Infrastrukturleistungen im landwirtschaftlichen Sektor (z.B. staatliche Vertriebsstrukturen, von denen vor allem Kleinbauern und -bäuerinnen profitiert haben), zur umfassenden Öffnung ihrer Agrarmärkte und zur Ausrichtung landwirtschaftlicher Produktion auf cash-crop-Exportprodukte wie z.B. Kakao, Zuckerrohr oder Baumwolle gezwungen (hinter Letzterem stand das Interesse, dass die betroffenen Länder die für ihre Schuldentilgung erforderlichen Devisen verdienen mögen). Im Gegenzug haben die EU und die USA das genutzt, ihre systematisch erzeugten Agrar-Überschüsse loszuschlagen: Mittels Exportsubventionen wurden die Märkte der betreffenden Länder mit Getreide, Milchprodukten, Zucker, Fleisch etc. zu Dumpingpreisen überschwemmt. Folge war, dass viele Kleinbauern und -bäuerinnen (auch aus anderen Ländern des globalen Südens) ihre Produkte nicht mehr absetzen konnten und Pleite machten.
2. Das im Rahmen der WTO 1995 abgeschlossene Agrarabkommen hat die durch den IWF hervorgebrachten Verhältnisse einerseits im globalen Maßstab verankert, andererseits vertieft und unumkehrbar gemacht. Ein einfaches Beispiel möge dieses Zusammenspiel illustrieren: Zwischen 1990 und 2000 wurden die Zölle auf landwirtschaftliche Produkte in den Ländern des globalen Südens von 30 Prozent auf 18 Prozent gesenkt: Diese Reduzierungen waren zu 65 Prozent IWF-Vorgaben, zu 25 Prozent dem WTO-Agrarabkommen und zu 10 Prozent anderen Freihandelsabkommen geschuldet.
3. Sämtliche Phasen der Agrar-Wertschöpfungskette sind von jeweils wenigen transnationalen Konzernen bestimmt – mit katastrophalen Auswirkungen für

25 Prozent dem WTO-Agrarabkommen und zu 10 Prozent anderen Freihandelsabkommen geschuldet.

3. Sämtliche Phasen der Agrar-Wertschöpfungskette sind von jeweils wenigen transnationalen Konzernen bestimmt – mit katastrophalen Auswirkungen für die kleinbäuerlichen ProduzentInnen: Die Saatgutkonzerne nutzen ihre Marktmacht, um immer höhere Preise für Saatgut durchzusetzen, so wie es das ebenfalls im WTO-Rahmen abgeschlossene TRIPS-Abkommen den Saatgut-Konzernen zusätzlich ermöglicht, qua Patentrecht die Saatgut-Abhängigkeit der ProduzentInnen permanent zu vergrößern – einschließlich Biopiraterie und weiteren, meist gentechnologisch fundierten Schikanen. Die großen Zwischenhändler kaufen aus Kosten- und anderen Gründen (Verpackungsstandards etc.) ihre Produkte überwiegend bei GroßproduzentInnen; Kleinbauern und -bäuerinnen haben demgegenüber immer weniger Möglichkeiten, ihre Produkte überhaupt zu vermarkten. Am Ende der Wertschöpfungskette sitzen die Supermarktketten, sie zahlen den Zwischenhändlern immer weniger, was diese wiederum den ProduzentInnen vom Preis abziehen. Konsequenz hiervon ist, dass es zu einer immer stärkeren Umverteilung zwischen ProduzentInnen und den nachgelagerten Instanzen in der Agrar-Wertschöpfungskette kommt: So hat sich zwar der Kaffee-Umsatz im weltweiten Einzelhandel zwischen 1990 und 2003 verdoppelt, die Einnahmen der kaffeeproduzierenden Länder hingegen halbiert.

4. Durch gezielte Ausweitung der auf Großplantagen betriebenen Exportproduktion (s.o.), Übertage-Goldabbau, Ölpipelines, Großstaudämme etc. – alles Maßnahmen, die nicht selten im Namen von IWF und Weltbank erfolgen – werden Kleinbauern und -bäuerinnen systematisch von ihrem Land vertrieben. Ohnehin bestehende Verteilungsungerechtigkeiten in Sachen Land werden dadurch verschärft, zumal IWF und Weltbank nichts unversucht lassen, umfassende Landreformen aus prinzipiellen (d.h. politischen) Gründen zu verhindern⁴.

5. Schließlich sind es ähnlich gelagerte Prozesse wie beim Land, welche den freien Zugang zu (unbelastetem) Wasser zunehmend erschweren, mitunter verunmöglichen.

These 5

Es ist bereits angeklingen: Den freigesetzten Kleinbauern und -bäuerinnen im globalen Süden steht gemeinhin weder die städtische Fabrik noch die offiziell protegierte, d.h. legale Exit-Option ‚Auswanderung‘ zur Verfügung. Erforderlich sind vielmehr völlig eigene Überlebensstrategien⁵:

1. Immer mehr Familien im globalen Süden bestreiten ihr Einkommen aus einem Mix kleinbäuerlicher (Subsistenz-)Produktion einerseits sowie selbstständiger bzw. lohnabhängiger Beschäftigung im nicht-agrarischen Bereich andererseits. Die übliche Rede von „Kleinbauern und -bäuerinnen“ ist mit anderen Worten reichlich irreführend. Präziser (wenn auch unschöner) wäre es, von „Semiproletarisierung“

zu sprechen – ohne dass darunter proletarische Beschäftigungsverhältnisse nördlichen Zuschnitts verstanden werden sollten. Die Diversifizierung der Einkommensquellen findet vielmehr im ausschließlich nicht-formellen Sektor statt, häufig als Land-Stadt-Spagat. Angemerkt sei außerdem, dass die Strukturanpassungsprogramme des IWF nicht nur katastrophale Konsequenzen für die landwirtschaftliche Produktion nach sich gezogen, sondern vielerorts auch die Verdienstmöglichkeiten im nicht-agrarischen Bereich empfindlich geschmälert haben. Den schon lange auf hohem Level ausgefochtenen Kämpfen um Land liegen demnach ganz unterschiedliche Zugänge zugrunde. Unter anderem das Bemühen, wieder stärker in kleinbäuerlicher (Subsistenz-)Produktion Fuß zu fassen, nachdem ja zunächst ein mehr oder weniger unfreiwilliger (Teil-)Rückzug aus der Landwirtschaft erfolgt ist. In der englischsprachigen Literatur ist diesbezüglich von „Re-Peasantization“ die Rede.

2. Gelingt es nicht, durch Einkommensdiversifizierung oder „Re-Peasantization“ die Existenz zu sichern, greift als weitere Überlebensstrategie die Migration einzelner Familienmitglieder – sei es als regionale Wandermigration, Pendelmigration zwischen Stadt und Land oder transnationale Migration. Zweierlei ist in diesem Zusammenhang festzuhalten:

a) Bezeichnenderweise sind es häufig agrarindustriell ausgerichtete Plantagen bzw. Großbetriebe, wo MigrantInnen ein Auskommen als LandarbeiterInnen finden – im Süden genauso wie im Norden des Globus. Wie viele dieser LandarbeiterInnen in ihrem ‚vorherigen‘ Leben tatsächlich Kleinbauern und -bäuerinnen gewesen sind, lässt sich indessen nicht pauschal beantworten.

b) So elementar die Rücküberweisungen von MigrantInnen auf der individuellen Ebene sind, ihr prinzipieller Nutzen ist aus vielfältigen Gründen äußerst umstritten. Nicht zuletzt deshalb, weil es den Empfängerfamilien nur in Ausnahmefällen gelingt (anders als häufig kolportiert), mittels Rücküberweisungen Investitionen zu tätigen und auf diese Weise die eigene Position grundlegend zu stabilisieren bzw. zu verbessern⁶.

3. Kann keines der Familienmitglieder als MigrantIn ‚entsandt‘ oder ‚entbeht‘ werden – aus welchen Gründen auch immer, bleibt meist nichts anders als die (gemeinsame) Flucht bzw. Abwanderung in die gewaltigen, jeder Beschreibung spottenden Mega- bzw. Slum-Cities, also jenen Elendsvierteln, in welchen mittlerweile knapp eine Milliarde Menschen leben. Darauf hat in jüngerer Zeit insbesondere Mike Davis hingewiesen: „Da ländliche Gebiete ihre ‚Speicherkapazität‘ verlieren (...), nehmen Slums ihren Platz als Sammelbecken für überschüssige Arbeitskräfte ein, die nur mit dem Überleben Schritt halten können, indem sie immer heroischere Meisterleistungen der Selbstausbeutung vollbringen und bereits dicht belegte Überlebensnischen in Konkurrenz zueinander weiter aufteilen.“⁷

These 6

So dramatisch – zumindest aus nördlicher Perspektive – die Verhältnisse in vielen der so genannten Slum-Cities sein mögen, ihre Dämonisierung, ja Horrifizierung ist schlichtweg irreführend. Denn Slums sind keineswegs bloße Orte des Überlebens. Im Gegenteil: Sie sind immer auch (kulturelle) Laboratorien des Wandels – und als solche dynamische Kristallisations- bzw. Anziehungspunkte! Darauf hat in jüngerer Zeit insbesondere die afrikanische Stadtforschung hingewiesen – ohne hierbei allerdings das alte Vorurteil des tumben bzw. rückschrittlichen Landes zu bedienen⁸.

These 7

Landflucht in bzw. aus der Peripherie hat also schon lange nichts mehr mit gesamtgesellschaftlicher Entwicklung, ja Industrialisierung zu tun (unbeschadet tendenzieller Ausnahmen wie z.B. China). In diesem Sinne ist es schlicht zynisch, die Verteidigung kleinbäuerlicher Landwirtschaft als Nostalgie oder Romantizismus zu denunzieren – so wie das in Teilen der (bewegungspolitischen) Linken immer noch üblich ist. Denn die von Kleinbauern und -bäuerinnen weltweit erhobene Forderung nach ungehindertem Zugang zu Land, Wasser und Saatgut – gebündelt im Slogan der „Ernährungssouveränität“ – ist in erster Linie die politische Re-Aktion auf eine hochgradig prekäre, immer wieder tödliche Krisensituation! Ob und welche ‚Entwicklungen‘ in den überwiegend agrarisch geprägten Gesellschaften des globalen Südens auf den Weg zu bringen sind, wird hingegen durch jene Forderung nicht aufgeworfen.

These 8

Und doch: Das Problem der Entwicklung stellt sich durchaus, ganz gleich wie ideologisch kontaminiert der Begriff sein mag. Denn dass es zahlreiche Gemeinschaften gibt, die an ihren traditionellen, klein(st)bäuerlich fundierten Lebensstilen festhalten wollen (und darin jedwede Unterstützung verdienen), ändert nichts an dem Umstand, dass Landflucht genauso wie Slums-Cities Antworten auf die Frage verlangen, welche emanzipatorisch ausgerichteten Wege überhaupt aus den kolossalen Elendsdynamiken im globalen Süden führen könnten. Hierbei sollte es sich von selbst verstehen, dass die Rede notwendiger ‚Entwicklung‘ nicht nur auf die Peripherie, sondern auch die Industrieländer gemünzt ist – wie am Beispiel der landwirtschaftlichen Produktion gezeigt werden kann: So begrüßenswert etwa die Mechanisierung landwirtschaftlicher Arbeitsabläufe durch Traktoren, Melkmaschinen und der gleichen mehr ist (wäre doch ansonsten die zur Hälfte urbanisierte Weltbevölkerung gar nicht ernährbar), so wenig sollte irgendein Zweifel daran bestehen, dass Pestizide, Kunstdünger, Hybridsaatgut, Monokulturen, Massentier-

haltung etc. Böden, Wasser und Klima auf dramatische Weise unterminieren, mithin zerstören. Insofern wäre es sicherlich falsch, technologische Errungenschaften im landwirtschaftlichen Sektor grundsätzlich zu verdammen. Ihre herrschende Form indes, d.h. die kapitalistische Industrialisierung der Landwirtschaft (nebst Biotechnologie etc.), taugt als globales Entwicklungsmodell nicht!

Gregor Samsa/NoLager Bremen

- 1 Vgl. Blütezeit des Kapitals, Kapitel 10-12
- 2 Vgl. Das Zeitalter der Extreme, Kapitel 8, 10 und 12
- 3 Der folgende Abschnitt ist einem bereits veröffentlichten Artikel entnommen: Gregor Samsa, Über die Notwendigkeit einer Wiederentdeckung. Globale Landwirtschaft und die Macht kapitalistischer Agrarindustrie, ursprünglich erschienen in: ak – zeitung für linke debatte und praxis / Nr. 502 / 20.01.2006
- 4 Angemerkt sei noch, dass von der derlei 'Mechanismen' nördliche genauso wie südliche Eliten bzw. Konzerne profitieren – ein Umstand, der im Rahmen globalisierungskritischer Argumentationen immer wieder ins Hintertreffen zu geraten droht.
- 5 Vgl. zu folgendem: Bryceson, Deborah et.al. (Hg.), Disappearing Peasantries? Rural Labour in Africa, Asia and Latin America, Warwickshire 2000; Moyo, Sam/Yeros, Paris (Hg.), Reclaiming the Land. Resurgences of Rural Movements in Africa, Asia and Latin America, London 2005; Azzellini, Dario/Kanzleiter, Boris (Hg.), Nach Norden. Mexikanische ArbeitsmigrantInnen zwischen neoliberaler Umstrukturierung, Militarisierung der US-Grenze und amerikanischem Traum. FFM, Berlin 1999.
- 6 Vgl. Rupp, Helen, Migration als Wirtschaftsmodell: Die remittances in El Salvador, in: Prokla 140 (2005); Hamann, Volker, Migration und wirtschaftliche Entwicklung: Die Investitionen der MigrantInnen von Zacatecas, Mexiko, in: Peripherie 97/98 (2005).
- 7 Planet der Slums, 2004. Vgl. www.materialien.org/planet/Planetofslums.pdf
- 8 Vgl. hierzu AbdouMaliq Simone/Abdelghani Abouhane (Hrsg), Urban Africa, Changing Contours of Survival in the City, London 2005; Bill Freund, The African City, A History, Cambridge 2007; Deborah Fahy Bryceson/Deborah Potts, African Urban Economies. Viability, Vitality or Vitiating, New York 2006

■ Wo das Meer die Söhne verschlingt ■■

Selbsthilfe ist für viele Frauen im Senegal das Gebot der Stunde

Thiaroye-sur-mer. Der Name steht für eine Tragödie. Kein anderer Ort im Senegal hat so viele Menschen auf dem Weg nach Europa verloren: Zwei Boote mit rund 170 überwiegend jungen Männern aus dem früheren Fischerdorf sind nie an ihrem Ziel angekommen. Ihre Pirogen sind irgendwo in der stürmischen See gekentert.

Einer der Verschollenen ist der Sohn von Aram Laye. Wenn sie an die Kanaren denkt, muss sie weinen. Die Inseln im Atlantik waren das Traumziel ihres Kindes. An diesen Stränden wollte er ankommen und aufbrechen in ein neues Leben. Es war vor etwas mehr als einem Jahr, als der 19-jährige an der westafrikanischen Küste aufbrach. Im Morgengrauen stieg er in eine der bunt bemalten Pirogen und fuhr los. Seitdem gilt das Holzboot mit rund achtzig jungen Männern an Bord als verschollen.

Anfangs ging Aram Laye jeden Morgen ans Meer. Starrte dorthin, wo das Wasser ihren Sohn genommen hatte. „Ich dachte, ich werde verrückt“, sagt die 36-Jährige. Jetzt widersteht sie diesem inneren Zwang und trifft sich mit anderen Frauen im „Collectif des Femmes contre l’immigration clandestine“, einem Verband gegen die illegalisierte Migration. Dort haben alle die gleichen Nöte. Sie alle haben einen Sohn oder den Ehemann verloren.

Der Verlust bedeutet für die Familien auch ökonomisch eine Katastrophe. Um die Reise zu finanzieren, hatten sie ihr Land, ihr Werkzeug und ihren Schmuck verkauft. Plötzlich stehen sie vor dem Nichts. Doch das Leben muss weitergehen, und deshalb gibt es das Kollektiv. Die Kehrtwende verdanken die Frauen der Gründerin des Verbands, Yaye Bayam Diouf. Die energische Frau hat beinahe jede von ihnen persönlich aus dem Zustand ohnmächtiger Trauer herausgeholt.

Selbstorganisation im Kollektiv und Unterstützung durch einen Top-Ringer

Alle vertrauen Diouf, denn auch sie hat einen Sohn, ihren einzigen, bei einer der Überfahrten verloren. Zunächst ging die 48-Jährige ganz pragmatisch an die Sache heran. Die Frauen brauchten Geld für ihren Lebensunterhalt. Selbsthilfe war das Gebot der Stunde. Deshalb verkaufen sie jetzt Couscous und Saft aus Hibiskusblüten in den Straßen. Die Zutaten wie Hirse und Früchte kaufen sie gemeinsam, jede von ihnen legt monatlich 1250 cFA, das sind knapp zwei Euro, in den gemeinsamen Topf. Abends wird der Lohn ausgezahlt: 1000 cFA bar auf die Hand. Der Rest des Gewinns wird angespart für Notfälle und Kleinkredite. Außerdem plant

der Verband, weitere Arbeitsplätze zu schaffen.

Auch Aram Laye wurde finanziell unterstützt. Sie arbeitet nachmittags im Kollektiv und freut sich, die anderen Frauen zu treffen. Morgens verkauft sie Bagnets, kleine Hefebällchen, die sie spät abends noch vorbereiten muss. „Das ist viel Arbeit, aber ich habe das Gefühl, mein Leben wieder in der Hand zu haben.“ Wenn sie die Trauer überfällt, gibt es immer eine, die zuhört, die versteht.

Wenn die Frauen ihre Körbe voller Essen auf dem Kopf durch die Straßen tragen, nutzen sie viele kleine Gelegenheiten, über ihr politisches Anliegen zu sprechen. Sie wollen andere Männer von der Reise mit den kleinen Pirogen abhalten. „Wir haben ja selbst unseren Söhnen die Tickets nach Europa gekauft“, sagt Aby Samb traurig: „Einige sind ja auch dort angekommen, aber die meisten sind auf der Reise gestorben. Als wir das begriffen, haben wir versucht, den anderen Frauen zu sagen, wir müssen diese Situation ändern, wir können unsere Söhne nicht weiter auf dem Meer sterben lassen.“

Innerhalb eines Jahres hat sich die Mitgliederzahl des Frauenkollektivs auf 550 verdreifacht. Alle in dieser Stadt sind betroffen. Die Mütter hatten sie schnell auf ihrer Seite. Was aber tun, um ihre Söhne zu behalten? Aby Samb, Generalsekretärin des Verbands, lacht: „Es ist bei uns ja wie überall auf der Welt, Kinder gehen ihre eigenen Wege und hören irgendwann nicht mehr auf die Alten. Also versuchen wir, die Menschen auf unsere Seite zu ziehen, auf die sie hören.“ Während des Ramadan organisierte das Kollektiv ein Treffen zwischen Imamen und Jugendlichen, denn fast alle haben einen Marabout, einen islamischen Heiler, dem sie Vertrauen schenken. Bevor sich einer auf die Reise macht, fragt er ihn um Rat. Nach Ansicht der Frauen kann der Rat nur lauten: Steig nicht in das Boot.

Für ihre Sache überzeugen konnten sie auch Baye Mandione Fall. „Kennen sie ihn nicht?“, fragt Aby Samb. „Er ist ein berühmter Ringer. Wir organisieren Wettkämpfe und versuchen durch Stars wie ihn, den Jugendlichen zu erklären, dass man auch hier im Senegal eine Arbeit finden kann.“ Ringkampf ist neben Fußball eine der ganz großen Sportarten im Senegal. Am Rande der Kämpfe diskutiert Baye Mandione mit seinen Fans. „Selbst wenn einer keine großen Chancen hat, ist das kein Grund, sein Leben zu riskieren“, erklärt ihnen der 120-Kilo-Mann. Einige kann er überzeugen, wie den 20-jährigen Fischer Gorgui: „Ich hatte mein Gepäck bereits vorbereitet. Aber nach der Diskussion habe ich mich entschieden zu bleiben. Vielleicht habe ich ja auch hier eine Chance.“

Ohne Arbeit keine Perspektive

Aber die meisten jungen Männer, die am Strand für einen Job anstehen, warten weiter auf einen Platz in einem der Boote. Die Mütter können zwar moralischen Druck aufbauen, aber die finanzielle Situation ihrer erwachsenen Söhne und Töchter können sie kaum verändern. Denn die bekommen keine regelmäßige Arbeit und sie wollen ihren Familien nicht auf der Tasche liegen. Die Arbeitslosenquote

liegt bei 48 Prozent. In Thiaroye-sur-Mer haben viele Fabriken geschlossen, der Küstenboden gibt für Landwirte kaum etwas her und das Meer, jahrhundertealte Haupteinnahmequelle, ist von europäischen und japanischen Fangflotten leer gefischt.

Um Arbeit zu finden, wollen die jungen Männer bis nach Europa. Wie Mamadou Tall. Der 22-jährige Fischer hatte die Chance ergriffen, als ihm ein freier Platz als Fahrer auf einem Boot angeboten wurde. Noch vor Marokko entdeckte sie ein Hubschrauber des Grenzschutzes. Kurz darauf wurden sie von der bewaffneten Küstenwache aufgegriffen und zurückgeschickt. Mit einem Boot würde er nicht nochmal fahren, auch weil seine Mutter ihm ins Gewissen geredet hat. Jetzt hofft Mamadou Tall auf ein Flugticket nach Europa. „Warum dürfen unsere Jungs nicht legal einreisen? Warum können sie nicht dort Geld verdienen, wo sie wollen? Ihr kommt doch auch hierher und fischt unsere Meere leer“, ruft eine Händlerin, die am Strand Fische verkauft.

Es ist der Strand, den Aram Laye meidet. Könnte ihr zweiter Sohn sicher nach Europa fliegen, wie die Urlauber zu den Kanaren, wäre sie beruhigt. Stattdessen versucht sie ihn von seiner geplanten Reise abzuhalten: „Geh nicht“, habe ich ihm gesagt. „Ich überlebe das nicht, wenn du auch stirbst.“

Haidy Damm/Medienkombinat Berlin

■ Peripherie als schwarzes Loch ■■

Gesellschaftliche Entwicklungen in Mittelosteuropa seit 1989

Ein erheblicher Teil der SaisonarbeiterInnen in der west- bzw. europäischen Landwirtschaft kommt aus Mittelosteuropa. Dieser Umstand ist allenthalben bekannt. Weniger bekannt ist jedoch, was dies mit der in den 1990er Jahren schocktherapeutisch erfolgten Peripherisierung Mittelosteuropas zu tun hat. Wir dokumentieren deshalb an dieser Stelle Auszüge aus einem Artikel, welcher anlässlich eines NoBorder-Camps vergangenen August in der Ukraine erschienen ist. In Gänze kann der Artikel auf www.pawschino.antira.info nachgelesen bzw. heruntergeladen werden.

Mittelosteuropa ist alles andere als homogen – so viel steht fest. Vor allem die Unterschiede zwischen den EU-Beitrittsländern und den übrigen Staaten wie der Ukraine oder Russland sollten nicht aus dem Blick geraten. Dennoch lohnt es, die gemeinsamen Grundzüge dessen herauszuarbeiten, was unter dem leicht verschraubt anmutenden Begriff der Peripherisierung firmiert, vor allem im Hinblick darauf, wie jener Prozess mit der neoliberalen, mithin imperialen Restrukturierung des globalen Kapitalismus verknüpft ist¹.

Konkret: Meist ist es das Epochenjahr 1989, welches als Beginn des Übergangs von der Plan- zur Marktwirtschaft in Mittelosteuropa gilt. Das ist nicht falsch, gleichwohl droht eine allzu scharfe Zäsur den Umstand zu vernebeln, dass die realsozialistischen, im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) zusammengeschlossenen Staaten immer auch – zumindest mit einem Bein – Teil des kapitalistischen Weltmarktes geblieben sind: Einerseits über den Warenhandel sowie gemeinsame Produktionsketten (eine Tochter des schweizerischen Unterwäscheherstellers Triumph hat etwa seit 1972 in Ungarn produzieren lassen), andererseits über die internationalen Kreditmärkte. Just auf diesen sind jedoch zahlreiche RWG-Länder Anfang der 1980er Jahre in die Schuldenfalle getappt – genauso wie große Teile insbesondere Lateinamerikas. Exemplarisch angeführt sei Rumänien: Die Rücksichtslosigkeit, mit der die dortige Bevölkerung ausgepresst wurde, hatte nämlich nicht nur mit der irrwitzigen und viel zitierten Politik des Potentaten-Pärchen Ceausescu zu tun, sondern auch mit dem Erfordernis, unter rigoröser Aufsicht des IWF Auslandsschulden in Höhe von 10 Milliarden Dollar abzutragen (eine Aufgabe, die bezeichnenderweise 1989 zum Abschluss gekommen ist). Solche und ähnliche Verwicklungen sind indessen mehr als bloße Anekdoten. Sie erklären vielmehr, weshalb überall im Ostblock bereits im Laufe der 1980er Jahre

marktwirtschaftliche Konzepte auf dem Vormarsch waren. Hierzu gehörte auch die Entstehung einer schmalen Schicht junger, überwiegend neoliberal ausgerichteter WirtschaftstechnokratInnen. Als zwischen 1989 und 1991 die realsozialistischen Machtapparate in rasendem Tempo kollabierten, sind es nicht zuletzt jene Nachwuchskader gewesen, welche als so genannte „Reformer“ in zentrale Positionen des Staates gelangten. Mit Unterstützung internationaler Kreditgeber sowie einer überwiegend pro-westlich gestimmten Bevölkerung sorgten sie dafür, dass der Übergang zu kapitalistischen Verhältnissen (mit wenigen Ausnahmen wie z.B. Slowenien) nicht abgefedert, sondern schocktherapeutisch vollzogen wurde – eine Entwicklung, an deren Ende die soziale und ökonomische Peripherisierung Mitteleuropas stand:

a) Marktpreise & Enteignung von Sparguthaben: Die Subventionierung von (Grund-)Nahrungsmitteln, Heizkosten oder öffentlichem Verkehr ist aus neoliberaler Sicht Teufelszeug. Preise müssten sich vielmehr – so das Credo – frei am Markt bilden können. Konsequenterweise wurden nach 1989 Subventionen allenthalben gestrichen. Effekt sind aberwitzige Preisexplosionen gewesen: Polen etwa hat 1989/90 eine Hyperinflation von 600 Prozent erlebt, in der Ukraine sind die Preise 1992 sogar um 1200 Prozent gestiegen – freilich ohne Lohnanpassung. Nebenbei hat sich hierdurch das Vermögen der kleinen SparerInnen gänzlich in Luft aufgelöst. Und das war durchaus gewollt, lag doch in den riesigen – zu Zeiten realsozialistischer Güterknappheit entstandenen – Sparvermögen ein erhebliches Inflationspotential².

b) Restriktive Haushaltspolitik: Ein neoliberal getrimmtes Staatswesen spart, wo es nur kann – vor allem wenn es eine (künstlich ausgelöste) Hyperinflation wieder einzufangen gilt. Im ohnehin ärmlichen Bulgarien ist beispielsweise die Zahl der Krankenhausbetten zwischen 1989 und 2005 um 38 Prozent zurückgegangen – wer behandelt werden möchte, muss für Essen, Medikamente und Pflegekosten selber aufkommen. Dass dies bei einem monatlichen Durchschnittseinkommen von gerade mal 163 Euro kaum zu bewerkstelligen ist, dürfte sich von selbst verstehen.

c) Produktionseinbrüche, Arbeitslosigkeit & Verarmung: Im Zuge rascher und kompromissloser Marktoffenungen – und somit ungebremsster Konkurrenz durch die Weltmärkte – ist Mitteleuropa von einer massiven Pleitewelle heimgesucht worden. Insgesamt schrumpfte die industrielle Produktion in den Ex-RGW-Staaten zwischen 1990 und 1993 um 40-70 Prozent. Dies wiederum hat die Arbeitslosigkeit von 0 Prozent auf rund 20 Prozent, teilweise 40 Prozent hochschnellen lassen, besonders betroffen waren bzw. sind Frauen. In Tschechien ist die Zahl der beschäftigten Personen zwischen 1990 und 2000 um 39 Prozent zurückgegangen. In Polen betrug die Arbeitslosenquote 2007 immer noch 15 Prozent, wobei Arbeitslosenunterstützung lediglich in den ersten Monaten gewährt wird. Unterm

Strich muss also von einem massiven Schub der Verarmung gesprochen werden: In Russland lebten 1989 2 Millionen Menschen in Armut, Mitte der 1990er Jahre war diese Zahl auf 74 Millionen angewachsen. Besonders dramatisch ist das so genannte Phänomen des Transformationstodes: Nach einer UNICEF-Studie sind im Jahr 1993 in Mittelosteuropa – inklusive Russland und der Ukraine – 1,4 Millionen Menschen mehr gestorben als 1989. Zurückgeführt wurde das vor allem auf den rasanten Anstieg von Herz-Kreislauferkrankungen und Krebs. Es überrascht also nicht, dass Migration bis heute einer der wenigen Hoffnungsanker geblieben ist. Zum Beispiel sollen seit 1994 ca. 12-14 Prozent der UkrainerInnen das Land verlassen haben, in Rumänien und Bulgarien sind es etwa 10-12 Prozent gewesen.

d) Privatisierung & westliche Konzerne: Kernstück des Transformationsprozesses war die Privatisierung staatseigener Betriebe. Diese hat sich fast flächendeckend als gigantische und äußerst korrupte, ja räuberische Umverteilungsmaschine von unten nach oben erwiesen. Mit dem Ergebnis, dass überall in Mittelosteuropa eine neue, mitunter grotesk reiche Elite entstanden ist – darunter etliche Kader und Günstlinge des untergegangenen Regimes. Dramatisch war nicht zuletzt der Umstand, dass das kollektive bzw. öffentliche Vermögen gleichsam zu Schleuderpreisen verschenkt wurde: In Russland etwa hat der mittlerweile in Ungnade gefallene (Ex-)Oligarch Michail Chodorkowski den Öl-Giganten Yukos für schlappe 309 Millionen Dollar ersteigert, bereits einige Jahre später betrug der jährliche Gewinn seines Unternehmens 3 Milliarden Dollar. Und doch: Als wahre Gewinner müssen die westlichen, mithin europäischen Konzerne gelten. Sie haben Mittelosteuropa weitgehend unter sich aufgeteilt – zuweilen erst in der zweiten Runde des Aus- bzw. Weiterverkaufs. Neben industrieller Fertigung standen insbesondere infrastrukturelle Sektoren wie Energie, Telekommunikation oder das Bankenwesen hoch im Kurs. Das Ausmaß der Eigentumsübertragung ist unter anderem an den Anteilen erkennbar, welche ausländische Unternehmen an den Gesamtexporten eines Landes halten: Jener Anteil beträgt in Polen 60 Prozent, in Tschechien 70 Prozent und in Ungarn 80 Prozent!

e) Mittelosteuropa als verlängerte Werkbank: Durch Deindustrialisierung (s.o.) und Besitzerwechsel hat sich in Mittelosteuropa nicht nur die Zusammensetzung der Produktion, sondern auch deren räumliche Verflechtung grundlegend geändert. Noch 1990 hat zum Beispiel Ungarn 60 Prozent seiner Exporte mit den damaligen RGW-Staaten abgewickelt – davon entfielen jeweils ein Viertel auf Maschinen & Transportausrüstungen, Nahrungsmittel & lebende Tiere, chemische Produkte sowie sonstige Industriegüter. Demgegenüber gingen 2000 – also 4 Jahre vor Erweiterung der EU – 75 Prozent der ungarischen Exporte in EU-Länder, wobei die Automobilindustrie mit über 60 Prozent den Löwenanteil ausmachte. Hintergrund ist, dass transnationale Konzerne die arbeits- bzw. lohnintensiven Schritte ihrer Produktion seit den frühen 1990er Jahren immer stärker in den Ex-RGW-Raum ausgelagert haben. Profitabel war bzw. ist das vor allem ob des

herrschenden Lohngefälles in Europa: 2004 musste zum Beispiel in Deutschland durchschnittlich 27,60 Euro pro Arbeitsstunde aufgewendet werden (inklusive der so genannten Lohnnebenkosten), in Spanien 16,60 Euro, in Ungarn 4,55 Euro und in der Slowakei 3,30 Euro. Und doch: Seit die Löhne selbst in Mitteleuropa leicht anziehen – zumindest in den städtischen Boomregionen – hat das westliche Kapital begonnen, seine Fühler gen Osten auszustrecken, etwa in die Ukraine. Dass dort mit den ArbeiterInnen alles andere als zimperlich verfahren wird, räumt ein Sprecher des ukrainischen Ablegers von Phillips unumwunden ein: „Da darf man sich keine sehr flexible Arbeit erwarten. In dem Unternehmen geht es sehr militärisch zu. Aber die Qualität ist gut, und lohnintensive Tätigkeit lassen wir jetzt dort machen.“

So krass die sozialen Verwerfungen in Mitteleuropa sein mögen, der kapitalistische Transformationsprozess hat sich stets veritabler Unterstützung aus der Bevölkerung erfreut – und zwar nicht nur seitens der Eliten bzw. der neokapitalistischen GewinnlerInnen. Dennoch ist es aus mindestens 4 Gründen äußerst unwahrscheinlich, dass Mitteleuropa in absehbarer Zeit seinen peripheren Status überwinden kann – jene Position der bloß selektiven Anbindung an die Investitions-, Absatz- und Produktionsbedürfnisse des kapitalistischen Zentrums: Erstens gehen die Investitionen westlicher Konzerne in Mitteleuropa – entgegen anders lautender Behauptungen – nur in homöopathischen Dosen mit regionalen Entwicklungsschüben einher, den so genannten Trickle-down-Effekten. Stattdessen werden sowohl die Produktionsanlagen als auch die hochwertigen Einzelkomponenten – etwa in der Automobilindustrie – komplett importiert, d.h. in Mitteleuropa wird vor allem ‚zusammengeschaubt‘, sonst nichts. Zweitens: Indem die transnationalen Konzerne ihre Gewinne rückübertragen und obendrein kaum Steuern zahlen (letzteres wird in der Regel als Investitionsanreiz gewährt), gehen den mitteleuropäischen Staaten sowohl Devisen als auch Steuereinnahmen in beträchtlichem Umfang durch die Lappen – beides ist jedoch eine wichtige Voraussetzung für Industrie- und Infrastrukturpolitik. Drittens: Seit 1989 ist in Mitteleuropa jedwede Form von Handels- und Investitionshemmnissen beseitigt worden. Neu gegründete Unternehmen sind folglich immer schon mit der ungleich produktiveren Konkurrenz aus den dominanten Industrieländern konfrontiert, ein Problem, das auch Lateinamerika und Afrika schmerzlich bekannt ist. Hinzu kommt viertens ein gigantischer, in der Transformationsepoche auf 365 Milliarden Euro angewachsener Schuldenberg (der EU-Beitrittsländer) – was im übrigen der Grund ist, weshalb der IWF seit 1989 durchgängig seine Finger mit im Spiel hat. Der Zwang zu Zins- und Tilgungszahlungen sorgt indes für einen ständigen Abfluss finanzieller Ressourcen Richtung Westen – auch das ein Garant für die dauerhafte Peripherisierung Mitteleuropas. Bei aller Kritik, es wäre ein fundamentaler, gleichsam linkskeynesianisch motivierter

Irrtum, würde die Peripherisierung Mitteleuropas zu einer Art Betriebsunfall kleingerechnet werden. Wer so argumentiert, verkennt die geoökonomische Dimension des Transformationsprozesses völlig: Denn der Kollaps des Ostblocks ist aus Sicht westlicher Konzerne vor allem deshalb ein Glücksfall gewesen, weil er die Möglichkeit eröffnet hat, jener Überakkumulations- bzw. Profitkrise etwas entgegenzusetzen, von welcher die Weltmärkte seit Anfang der 1970er Jahre heimgesucht waren. Konkret: Im Osten konnte erstens überschüssiges Kapital angelegt, zweitens eine neue Absatzwelt erschlossen und drittens konkurrenzlos billig produziert werden. Dies wäre jedoch unmöglich gewesen, hätten die EU (im Rahmen der EU-Osterweiterung) sowie der IWF (im Rahmen des Schuldenmanagements) nicht knallharten Druck ausgeübt – beispielsweise indem sie die mitteleuropäischen Länder zur weitgehenden Öffnung ihrer Agrar- und Lebensmittelmärkte gezwungen haben, während umgekehrt der Westen abgeschottet blieb. Das aber verweist darauf, dass die militärische Intervention – wie etwa im Irak – im Zeitalter der Globalisierung nur die Spitze des imperialistischen Eisbergs darstellt. Wesentlicher dürfte hingegen das Bestreben einer dauerhaften Peripherisierung ganzer Weltregionen sein³. Denn erst die Existenz ungleicher sozio-ökonomischer „Entwicklungs“-Level oder eines nicht-kapitalistischen Außen erlaubt die Etablierung grenzüberschreitender Wertschöpfungsketten und somit eine stabile, d.h. profitträchtige Kapitalakkumulation.

Gregor Samsa/NoLager Bremen

- 1 Vgl. zu Folgendem insbesondere: Hannes Hofbauer, EU-Osterweiterung, Wien 2007, PROKLA 128, Peripherer Kapitalismus in Europa (September 2002), Naomi Klein, Die Schockstrategie, Frankfurt 2007 und Joseph Stieglitz, Die Schatten der Globalisierung, München 2004
- 2 Ist im Kapitalismus Geld ‚locker‘ verfügbar, steigen die Preise gleichsam automatisch.
- 3 Vgl. vor allem: David Harvey, Der neue Imperialismus, Hamburg 2005

■ Fotoessay: Senegal ■■

Haidy Damm









■ Fotoessay: Burkina Faso ■ ■

Leona Goldstein, www.zapanka.net
(Rechte bei der Fotografin)



Demonstration in Ouagadougou gegen die durch Preiserhöhungen und Sparpolitik erschwerten Lebensbedingungen



Im Polizeipräsidium an der Grenze zwischen der Elfenbeinküste und Burkina Faso werden "VerbrecherInnenkarteien" ausgestellt



Kinder im Flüchtlingslager "Hongkong" an der Grenze von Burkina Faso und der Elfenbeinküste



Rückkehrflüchtlinge aus der Elfenbeinküste im Flüchtlingslager "Hongkong"



In Ouagadougou



Demonstration zum 7.Todestag des ermordeten Journalisten Norbert Zongo

■ Fotoessay: Andalusien ■■

Lisa Bolyos



San Isidro de Níjar in der südspanischen Provinz Andalusien: hier eröffnete die SOC 2007 ein Gewerkschaftslokal



Junge Männer kommen zum Eröffnungsfest des SOC-Lokals



Zwei Männer stehen vor den Cortijos, alten landwirtschaftlichen Gebäuden inmitten der Treibhäuser, in denen sie ihre Unterkunft haben



Im hinteren Teil der Cortijos haben junge Marokkaner sich einen Gebetsraum eingerichtet



Neue Treibhäuser in San Isidro de Nijar: das Plastik muss alle paar Jahre erneuert werden



Leerstehende Häuser in der Umgebung von Nijar



Treibhäuser am Fuß der Alpujarras in der Region Almería/Andalusien



Vor der Eröffnung des SOC-Lokals in San Isidro de Níjar

■ 3. Teil: STRATEGIEN DES WIDERSTANDS ■■

¡Tierra y Libertad!/Lisa Bolyos, Dieter Behr ★ „Revolución“ im Treibhaus/Greenpeace Deutschland ★ Nervosität bei der Plastiklobby/Nicholas Bell ★ Arbeitskämpfe im Gerichtssaal/Nicholas Bell ★ Contratos en origen/Nicholas Bell ★ „Das war ein Schwein...“/Interview: Cristina Brovia ★ Höfesterben und moderne Sklaverei – Was tun?/Nicolas Duntze ★ Supermärkte und Globalisierung/ NoLager Bremen

■ ¡Tierra y Libertad! ■■

Landbesetzungen und migrantische Selbstorganisation

Die SOC-SAT kann auf eine über 30 jährige Geschichte des Kampfes für die Rechte der andalusischen LandarbeiterInnen zurückblicken. Die gewerkschaftliche Aktion in den Gebieten Andalusiens, in denen die Gewerkschaft traditionell verankert ist, unterscheidet sich allerdings beträchtlich von derjenigen im Plastikmeer von Almería. Für die Solidaritätskampagne des EBF ist es besonders wichtig, diese speziellen Bedingungen zu berücksichtigen.

Die LandarbeiterInnengewerkschaft SOC ist eine rein andalusische Gewerkschaft, die für die Rechte der TagelöhnerInnen („Jornaleros/as“) in der Landwirtschaft eintritt. Die SOC ging aus den „Comisiones Jornaleras“ (TagelöhnerInnenkommissionen) hervor, die in den 1960er und 1970er Jahren entstanden und am Ende der Franco- Zeit mit ersten illegalen Aktionen in Erscheinung traten. Offiziell zugelassen wurde die SOC im August 1976, acht Monate nach Francos Tod. Das Programm der SOC lässt sich mit der einfachen Forderung „Land und Freiheit – Tierra y Libertad“ zusammenfassen. Traditionell verankert ist die Gewerkschaft in jenen Teilen Andalusiens, in denen der Großgrundbesitz vorherrscht und wo in ausgedehnten Olivenhainen und Obstplantagen zahlreiche Arbeitskräfte benötigt werden.

Einige der Gründer der SOC waren Arbeiterpriester, die in christlichen Basisgemeinden arbeiteten und der lateinamerikanischen Befreiungstheologie nahe standen. Daneben versammelten sich Mitglieder der maoistischen Partido del Trabajo (Arbeitspartei) und Anarcho-SyndikalistInnen in den Reihen der Gewerkschaft. Bekannt wurde die SOC in den späten 1970er Jahren durch Aktionen wie Landbesetzungen, „Hungerstreiks gegen den Hunger“ (an denen manchmal bis zu tausend Leute teilnahmen), Sternmärsche, Streiks und Straßensperren, die alle darauf ausgerichtet waren, der Forderung nach einer umfassenden Bodenreform Nachdruck zu verleihen. Auf einigen in den 1970er und 1980er Jahren besetzten Latifundien sind mittlerweile Kooperativen der LandarbeiterInnen entstanden.

Die SOC ist Gründungsmitglied der weltweiten KleinbäuerInnen- und Landlosenbewegung „Via Campesina“. Transnationale Solidarität war für die SOC seit je her ein wichtiger Teil des gewerkschaftlichen Selbstverständnisses.

Im September 2007 schloss sich die SOC gemeinsam mit der der Gewerkschaft „Autonomia Obrera“, die hauptsächlich in Cadix im Südwesten Andalusiens aktiv ist, zum Verband „SAT – Sindicato Andaluz de Trabajador@s“ zusammen. Zusammen zählt der Gewerkschaftsverband ca. 25.000 Mitglieder.

In der Gewächshausregion von Almeria hat die SOC-SAT erst im Jahr 2000 – nach den rassistischen Ausschreitungen in El Ejido – seine Aktivitäten aufgenommen. Sie richtete zunächst ein Gewerkschaftsbüro in Almeria ein, das zu Beginn von einem marokkanischen und einem senegalesischen Einwanderer betreut wurde. Heute setzt sich die lokale Gewerkschaftsgruppe in Almeria aus 5 AktivistInnen zusammen. Entsprechend ihrer Herkunftsländer können sie mit ArbeiterInnen auf spanisch, französisch und arabisch, außerdem in verschiedenen afrikanischen Sprachen und auf englisch kommunizieren. Verglichen mit den Gebieten Andalusien, in denen Großgrundbesitz vorherrscht und in denen die SOC-SAT traditionell verankert ist, trifft die Gewerkschaft in Almeria auf gänzlich andere Bedingungen: Viele ArbeiterInnen sind auf der Durchreise und wollen sich verständlicher Weise nicht für ein längerfristiges gewerkschaftliches Engagement entschließen. An Landbesetzungen oder den Aufbau von selbstverwalteten Kooperativen ist in dieser Situation kaum zu denken. Viel wichtiger ist es, Bedingungen zu schaffen, in denen sich die MigrantInnen organisieren können, um ihre unmittelbaren Arbeits- und Lebensbedingungen im Plastikmeer zu verbessern.

Seit dem Jahr 2004 ist der Aufbau sozialer Zentren deshalb ein Arbeitsschwerpunkt der SOC-SAT Almería. Diese Lokale sollen den MigrantInnen als Infrastruktur, Beratungsstelle, Treffpunkte und Versammlungsorte dienen. Angesichts der mehr als 90.000 ArbeiterInnen im „mar del plastico“, in dem 24.000 Betriebe wirtschaften, eine gewaltige Herausforderung, die Schritt für Schritt in Angriff genommen wird. Das Europäische BürgerInnenforum lancierte in mehreren europäischen Ländern eine Solidaritätskampagne, um die Einrichtung zweier Zentren zu ermöglichen.

Im Jahr 2005 gelang es, ein erstes Lokal in El Ejido zu eröffnen, im Frühjahr 2007 konnte ein weiteres soziales Zentrum in San Isidro im Campo de Níjar seinen Betrieb aufnehmen. Zu beiden Anlässen fanden mehrtägige Konferenzen statt, die die Ausbeutung der ArbeiterInnen sowie die Umweltzerstörung durch die industrielle Landwirtschaft und mögliche Alternativen dazu zum Thema hatten. Die Fotografin Lisa Bolyos dokumentierte beide Lokaleröffnungen in der Fotoausstellung „Plastik/Meer“. Auszüge daraus sind auch in dieser Broschüre zu sehen.

Die sozialen Zentren tragen sich mittlerweile durch die Gewerkschaftsbeiträge weitgehend selbst.

Neben der Unterstützung für den Aufbau von Gewerkschaftslokalen ist ein weiteres wichtiges Ziel der europäischen Solidaritätskampagne des EBF, eine breite gesellschaftliche Debatte über die Zusammenhänge von Migration, intensivem Gemüse- und Obstbau und Rassismus bzw. Ausbeutung loszutreten. Die Auseinandersetzung mit diesem Themenkomplex soll zu weiteren Schritten der Solidarität mit ArbeitsmigrantInnen und zur Kritik an den herrschenden Verhältnissen führen.

Besonders wichtig für die Kampagne des EBF war, dass die Realität der industriellen Landwirtschaft in breit rezipierten Dokumentarfilmen wie „We feed the world“, „Unser täglich Brot“ oder „Almería: Eldorado de plastique“ behandelt wurde.

Ein Teil der KonsumentInnen ist heute darauf sensibilisiert, Lebensmittel zu kaufen, die ökologisch produziert wurden. Die sozialen Aspekte der Herstellung bleiben dabei aber oft unberücksichtigt. Die Zusammenarbeit mit Bio-Verbänden und KonsumentInnen-Organisationen sind deshalb ein weiterer wichtiger Baustein in der Solidaritätsarbeit des EBF.

Lisa Bolyos, Dieter Behr/Europäisches BürgerInnenforum

■ „Revolución“ im Treibhaus ■■

Pestizid-Kampagne von Greenpeace zeigt erste Wirkungen

Jahrzehntelang wurde auf spanischen Obst- und Gemüseplantagen hemmungslos die Giftspritze eingesetzt. Auf Druck von Umweltverbänden, VerbraucherInnen und HändlerInnen beginnt nun ein Umdenken.

Eigentlich sollte es eine Selbstverständlichkeit sein, aber für Juan Luis Soler ist es eine kleine Revolution: Wir müssen gesunde Produkte erzeugen, sagt der Mitarbeiter der Erdbeerplantage Goldfinger in Villanueva de los Castillejos. Auf zwei von 27 Hektar bekämpft Soler das Ungeziefer neuerdings mit deren natürlichen Feinden, setzt Insekten, Bakterien und Pilze aus. Wir haben die Zahl der Spritzungen um mehr als die Hälfte reduziert, sagt er. Das Ergebnis: Erdbeeren mit weniger Rückständen.

Die Goldfinger-Farm liegt in Huelva, neben der Provinz Almería das wichtigste Obst- und Gemüse-Anbaugebiet Spaniens. Bislang war die Region bekannt für Pestizidskandale, exzessiven Düngemitelesatz und Wasserverschwendung, unter Verbraucherorganisationen galt sie als Synonym für rücksichtslose Landwirtschaft. Doch auf Druck deutscher Lebensmittelhändler, den größten Abnehmern von spanischem Obst und Gemüse, stellen immer mehr Bauern und Bäuerinnen auf umweltfreundlicheren Anbau um. Zwar ergibt eine biologische Kontrolle von Ungeziefer noch lange keine Bio-Produkte, auch weiterhin kommt beispielsweise gegen Pilzbefall die Giftspritze zum Einsatz – aber ein Anfang ist gemacht. In Huelva hat sich die biologisch kontrollierte Anbaufläche in nur einem Jahr verfünffacht, in Almería werden schon 2.000 Hektar mit Nützlingen geschützt (von 35.000 ha). „Bei Paprika rechnen wir damit, dass kommendes Jahr fast die Hälfte der Anbaufläche biologisch kontrolliert wird“, sagt Uwe Schwießelmann von Coexphal, der Vereinigung der Hersteller und Exporteure in Almería. Das entspreche etwa 14 Prozent der Paprika-Anbaufläche.

Die Blütezeit der Region begann in den 80er Jahren, als großzügige Subventionen den Aufbau einer Agrarindustrie in der einstigen Einöde ermöglichten. Nirgendwo sonst in Europa scheint die Sonne so häufig wie hier, beste Voraussetzungen für Tomaten, Paprika oder Tafeltrauben – bei künstlicher Bewässerung. Heute erwirtschaften etwa 24.000 Farmen in Almería rund 1,7 Milliarden Euro Jahresumsatz. Die Frischeregale fast aller europäischen Supermärkte werden von hier aus gefüllt. Die Kehrseite ist el mar del plástico, das Plastikmeer. Auf einer Fläche so groß wie München erstrecken sich weiße Gewächshäuser und Folientunnel, schäbigweiß so weit das Auge reicht. Doch die Monokulturen unter Plastik sind besonders

anfällig für Schädlinge. Deutsche Lebensmittelkontrollen belegen regelmäßig den freigiebigen Einsatz von Chemie: Im Jahr 2004 waren 58 Prozent aller überprüften spanischen Paprika mit Pestiziden belastet, bei Tomaten sogar 76 Prozent. Greenpeace ließ im Herbst vergangenen Jahres Obst und Gemüse testen – bei 93 Prozent fanden sich Pestizidrückstände, bei fast einem Drittel wurden die Grenzwerte erreicht oder gar überschritten. Am schlechtesten schnitten dabei die Ketten Lidl und Real ab. Nach Veröffentlichung der Ergebnisse brachen die Umsätze ein. „Das tat uns weh“, sagte Lidl-Chef Klaus Gehrige dem Magazin Focus. Wochenlang waren Tafeltrauben – bis auf Bio-Ware – ausgelistet, die Regale leer. Wegen anhaltender Pestizidprobleme bekommt Lidl einfach kaum saubere Ware, erklärt Manfred Krautter, Chemieexperte bei Greenpeace.

Zurzeit reisen Supermarkt-VertreterInnen durch Almería und fordern von ihren LieferantInnen eine kräftige Reduzierung der Giftduschen. Edeka zum Beispiel verlangt nun für seine Hausmarke Rio Grande, dass die gesetzlichen Grenzwerte höchstens zur Hälfte erreicht werden – wegen der besonderen Sensibilität der deutschen VerbraucherInnen, wie es in einem internen Schreiben heißt. Das Fruchthandelsmagazin schrieb kürzlich: Der Lebensmitteleinzelhandel liest den LieferantInnen gerade die Leviten. Doch haben Aldi, Lidl & Co. das Problem mit verschuldet, weil sie jahrelang nur nach Preis, nicht aber nach Qualität eingekauft haben. Die Bauern und Bäuerinnen reagieren auf den Druck von VerbraucherInnen und Handelsketten. Die Provinzregierungen fördern die Umstellung der Produktion, aber einfach und billig ist sie nicht. Manche Gewächshäuser sind mehr als 20 Jahre alt und müssen grundsaniert werden, bei vielen sind aufwendige Abdichtungen nötig, damit die fliegenden Feinde des Ungeziefers nicht entkommen. Mehr noch als den VerbraucherInnen nützt den PlantagenarbeiterInnen die Umstellung der Produktion im Treibhaus – zumindest in gesundheitlicher Hinsicht. Bislang arbeiten sie meist ohne Schutzkleidung und atmen die Pflanzenschutzmittel hoch konzentriert ein, sagt Shelina Islam von Amnesty International. Hautausschläge, Kopfschmerzen und Übelkeit sind die Folgen. Mehr als 80.000 SaisonarbeiterInnen schufteten in den Treibhäusern, meist sind es MigrantInnen aus den Ländern des Maghreb, aus Subsahara-Afrika oder Osteuropa. Einheitliche Standards für die Arbeitsbedingungen gibt es bisher aber nicht. Und Druck in dieser Frage machen derzeit weniger deutsche Supermarktketten, sondern Coop und Migros aus der Schweiz – dies jedoch auch nur aufgrund vermehrter Interventionen kritischer KonsumentInnen.

Der Artikel stammt von der Greenpeace-Webseite (vgl. www.greenpeace.de) und wurde für die hiesige Veröffentlichung leicht bearbeitet (Rechte bei Greenpeace)

■ Nervosität bei der Plastiklobby ■■

Spanische Agrarunternehmen machen LandarbeiterInnengewerkschaft für Greenpeace-Kampagne verantwortlich

Greenpeace hat zwar mit seiner Kampagne gegen pestizidbelastetes Supermarkt-Gemüse einiges in Bewegung gebracht (vgl. vorstehender Artikel), gleichzeitig ist jedoch auch der Druck auf die andalusische LandarbeiterInnengewerkschaft SOC-SAT enorm gewachsen. Dies zeigt, dass soziale Rechte und Umwelt- bzw. Gesundheitsstandards auf keinen Fall losgelöst voneinander behandelt werden dürfen.

Die Wirtschaft der Region Almería dreht sich ausschließlich um die „wundersame“ Produktion von Gemüse in einer Wüste und die Bereiche, die damit zusammenhängen: Plastik, Konditionierung, Transporte. Jede Kritik wird als Angriff einer konkurrierenden Lobby aufgefasst, zum Beispiel der marokkanischen oder holländischen, die das spanische Modell zerstören will. Das Europäische BürgerInnenforum wurde bereits des „kommerziellen Terrorismus“ beschuldigt, als es seinen Bericht über die Unruhen in El Ejido im Jahr 2000 veröffentlichte. Der Schriftsteller Juan Goytisolo wurde von der Gemeinde 1998 zur persona non grata erklärt. Jetzt ist die Reihe an Jawad Rhaleb, Regisseur des Dokumentarfilms „El Ejido, das Gesetz des Profits“ (2006), der dieses Jahr unter anderem von ARTE ausgestrahlt wurde. Er berichtete uns im Juli 2007: „Aus der spanischen Presse habe ich soeben erfahren, dass ich persona non grata bin. Ich habe ebenfalls per Telefon Drohungen erhalten. Ich wage nicht, mir auszumalen, was meine Darsteller an Ort und Stelle riskieren. Im Film gab es keine versteckte Kamera, es ist eine Dokumentation aus meiner Sicht. Die LandwirtInnen standen vor der Kamera und wussten, worauf sie sich einließen“. Die Lokalpresse fiel regelrecht über den Film her. Die Gemeinde El Ejido „schließt es nicht aus, gerichtliche Schritte gegen den Regisseur zu unternehmen“, die Bauerngewerkschaft COAG fordert vom Präfekten von Almería, die Landwirtschaft der Provinz zu verteidigen und die Jungbauernvereinigung Asaja schlägt vor, dass der Regisseur des belgischen Dokumentarfilms zur persona non grata erklärt werde. Der COAG zufolge ist dieser Film „Teil einer europäischen Kampagne, um dem guten Ruf von Obst und Gemüse aus dieser Provinz zu schaden“.

Schon im Frühjahr beklagte Jorge Viseras, Vizebürgermeister von El Ejido und Verantwortlicher für Landwirtschaft und Umwelt die „neue Hetzkampagne in Deutschland“ von Greenpeace, das über Internet eine Reportage über Almería und

die deutschen Supermärkte verbreitet hatte. Viseras zufolge wolle dieser Bericht „um jeden Preis das Image von Almería als Produktionsstätte von Qualitätsgemüse beschmutzen“, er stütze sich „wahrscheinlich auf Informationen vom SOC“. Sicher ist, dass die Gewerkschaft SOC-SAT weiterhin einer der ganz wenigen lokalen Organisationen ist, die die Situation im Plastikmeer denunzieren und sich für eine sozial und ökologisch nachhaltige Landwirtschaft einsetzen.

Nicholas Bell/Europäisches BürgerInnenforum

■ Arbeitskämpfe im Gerichtssaal ■■

LandarbeiterInnen in Südfrankreich klagen gegen OMI-Verträge¹

Die Klagen marokkanischer und tunesischer SaisonarbeiterInnen in der Landwirtschaft haben eine regelrechte Kraftprobe zwischen den RichterInnen und dem französischen Staat ausgelöst. Die letzte Runde wurde am 26. März ausgetragen, als das Verwaltungsgericht in Marseille den Präfekten des Departments Bouches-du-Rhône dazu anwies, 23 Saisonarbeitern vorübergehende Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigungen zu erteilen sowie jeweils 1000 Euro auszus zahlen.

Es hat sich bereits herumgesprochen: der Produktionssektor des Intensivanbaus von Obst und Gemüse beruht in ganz Europa auf einer extremen Ausbeutung der Arbeitskräfte, die zum Grossteil MigrantInnen sind. Dieses System moderner Sklaverei nimmt je nach Land oder Region unterschiedliche Formen an. Teilweise werden dabei rechtliche Bestimmungen juristisch ausgeschlachtet, häufiger jedoch wird auf völlig ungeregelte Weise mit den ArbeiterInnen umgegangen, die gezwungen sind, ohne Papiere oder Verträge zu arbeiten. In den meisten Ländern lässt sich eine Mischung aus beiden Formen finden.

In jedem Fall gibt es Gemeinsamkeiten zwischen ihnen. Das wichtigste Element besteht darin, den Arbeiter oder die Arbeiterin in einer Situation völliger Abhängigkeit von seinem Vorgesetzten zu halten. Dies macht es ihm/ihr beinahe unmöglich, Einspruch gegen schlechte Arbeitsbedingungen oder eine ungenügende Unterkunft zu erheben. Der Ausbeutungscharakter dieser Arbeitsverhältnisse liegt auf der Hand, wenn es sich dabei um Sans Papiers (Papierlose) handelt, die permanent in der Gefahr leben, denunziert zu werden. Er ist weniger offensichtlich, wenn sich die Beschäftigung im Rahmen offizieller arbeitsrechtlicher Bestimmungen abspielt.

Die meisten der ausländischen ArbeiterInnen, die in der französischen Landwirtschaft tätig sind, verfügen über den Rechtsstatus „Saisonarbeitskraft“, bekannt als OMI, den der Staat seit etwa 30 Jahren vergibt. Diese Arbeits- und Aufenthaltsverträge sind offiziell auf sechs Monate befristet, mit der Möglichkeit, sie „in Ausnahmefällen“ auf acht Monate zu erweitern². Sie geben den vielen Vorteilen, die die Anstellung von MigrantInnen ohne Papiere für die Arbeitgeber mit sich bringt, einen legalen Rahmen.

Innerhalb dieses Rahmens wird in vielerlei Hinsicht Missbrauch begangen: Beispielshaft sei hier die fehlende Entlohnung von Überstunden, die schlechten

Arbeitsbedingungen und der oft miserable Zustand der Unterkünfte genannt; vor allem aber herrscht eine regelrechte Diskriminierung der Saisonniers, was den Sozialversicherungsschutz angeht. Sie erhalten kein Arbeitslosengeld für die Monate, in denen sie ohne Beschäftigung sind, obwohl sie die gleichen Sozialversicherungsbeiträge entrichten wie andere ArbeiterInnen auch. Die Zeit, die ein ausländischer Saisonnier in Frankreich verbringt, wird nicht in seine Gesamtaufenthaltsdauer im Land miteinberechnet. Das bedeutet, dass einE ArbeiterIn während 35 Jahren jedes Jahr acht Monate in Frankreich arbeiten kann, ohne dadurch das Recht auf einen Aufenthaltstitel oder auf Familiennachzug zu erwerben.

Die starke Abhängigkeitsbeziehung zwischen dem/der SaisonarbeiterIn und dem Patron beruht darauf, dass es diesem obliegt, jedes Jahr von Neuem die Wiederbeschäftigung seiner OMI-ArbeiterInnen einzureichen. Ist der Chef – aus welchem Grund auch immer – mit einem seiner Beschäftigten nicht zufrieden, braucht er den Vertrag für das folgende Jahr einfach nicht zu verlängern. Darüber hinaus besteht eine Art „schwarze Liste“, die sicherstellt, dass ArbeiterInnen, die Forderungen stellen, in der Region keine Saisonbeschäftigung mehr erhalten werden.

Diese Situation war der Öffentlichkeit kaum bekannt, bis 2001 das Collectif de défense des travailleurs étrangers dans l'agriculture (Kollektiv zur Verteidigung ausländischer ArbeiterInnen in der Landwirtschaft, CODETRAS) gegründet wurde. Es entstand aus dem Zusammentreffen einiger Personen, die sich aus unterschiedlichen Hintergründen für die Unterstützung ausländischer LandarbeiterInnen einsetzten. Mit dabei waren ausserdem einige LandarbeiterInnen selbst, die beschlossen hatten, das Gesetz des Schweigens zu brechen und die Ausbeutung anzuprangern, unter der sie litten. Heute ist dieses Kollektiv eine in Europa zweifellos einzigartige Struktur. Es vereint GewerkschafterInnen, SozialarbeiterInnen im ländlichen Raum, MenschenrechtsaktivistInnen, VerteidigerInnen der bäuerlichen Kultur, AkteurInnen der sozialen Bewegung in Europa, WissenschaftlerInnen....

Das CODETRAS publizierte ein „Schwarzbuch“, das die verschiedenen Formen von Missbräuchen, denen die ArbeiterInnen unter OMI-Vertrag ausgesetzt sind, anhand von konkreten Beispielen beschreibt. Das Kollektiv erstellte außerdem ein Netzwerk von AnwältInnen, die sich vor Gericht um die Akten von über zweihundert Saisonniers kümmern. Es handelt sich natürlich einerseits um Wiedergutmachung von Unrecht, aber es geht auch um grundsätzliche Fragestellungen.

Hier stellt sich beispielsweise die Frage: Was ist überhaupt eine Saisonarbeitskraft? Der OMI-Vertrag hat mit Saisonarbeit nichts zu tun. In Wirklichkeit wird den bäuerlichen Unternehmern im französischen Departement Bouches-du-Rhône (BdR) die Möglichkeit, in „Ausnahmefällen“ den Vertrag um zwei Monate zu

verlängern, systematisch bewilligt. Die gesetzlich zugelassene wöchentliche Arbeitszeit wird regelmäßig überschritten. So leistet einE ArbeiterIn monatlich bis zu dreihundert Arbeitsstunden. Überstunden werden weder erfasst noch angemessen entlohnt.

Das CODETRAS kämpft seit 2006 auf juristischer Ebene. Balua ait Balua, ein Marokkaner, der seit 23 Jahren im gleichen Betrieb arbeitete, verlor seine Stelle, weil das Unternehmen verkauft wurde. Er war der erste, der vor Gericht zu beweisen versuchte, dass dieser „Saison“-vertrag in Wirklichkeit einer Vollstelle entsprach, mit allen dazugehörigen Rechten. Die unbezahlten Arbeitsstunden werden auf über 6.000 geschätzt und die Summe, die der Arbeitgeber ihm schuldet, auf fast 200.000€. Er verlangte vom Präfekt eine provisorische Aufenthaltsbewilligung, um die Prozesse auf Schadenersatz vor dem Strafgericht und dem Arbeitsgericht führen zu können. Der Präfekt lehnte dies ab.

Am 13. September 2006 verordnete das Verwaltungsgericht (TA) von Marseille, dass der Präfekt Balua eine Niederlassungserlaubnis für zehn Jahre ausstellen muss, was auch einer Arbeitsgenehmigung gleichkommt. Der Richter begründete seinen Entscheid damit, dass Balua „in Wirklichkeit ein Festangestellter war“ und dass sein Status eines Saisonarbeiters eigentlich nur „eine juristische Scheinform war, die sein Arbeitgeber und die Verwaltung seiner Stelle und seinem Aufenthalt in Frankreich geben wollten“.

In einem ähnlichen Urteil vom 12. Juli 2007 wies das gleiche Verwaltungsgericht den Präfekt an, Achmed Habib Chorfa eine einjährige Aufenthaltsbewilligung zu erteilen. Er arbeitete während zwölf Jahren mit einem OMI-Vertrag, der jedes Jahr auf acht Monate verlängert wurde.

Diese Urteile berufen sich auf einen Bericht der Generalinspektion der Ministerien für Landwirtschaft und für Soziales aus dem Jahr 2001: die Verfehlungen der Präfektur auf Druck der ArbeitgeberInnen wurden streng kritisiert³. Sie beruft sich dabei auf die von Frankreich unterzeichneten Abkommen mit der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), die gleiche Behandlung von französischen und ausländischen Arbeitern garantieren.

Im Sommer 2007 startete das CODETRAS die Operation „Régulomi“. Denn die beiden Urteile eröffneten die Perspektive für zahlreiche SaisonarbeiterInnen, die seit Jahren mit OMI-Verträgen mehr als sechs Monate auf französischem Boden arbeiten, eine Aufenthaltsbewilligung als Angestellte zu erlangen. Das Kollektiv schätzt, dass fast tausend „OMIstInnen“ davon profitieren könnten. Eine ganze Reihe von Empfangsstrukturen wurden organisiert: sechs Sozialstellen für Immi-

grantInnen im Departement beteiligten sich. Außerdem wurde eine Anlaufstelle am Mas de Granier, Hof von Longo Mai in St. Martin de Crau und Büro des Europäischen BürgerInnenforums, eingerichtet. Mitglieder des Kollektivs halfen unentgeltlich mit.

Zunächst hatte jeder Saisonnier, der die erforderlichen Bedingungen erfüllte, beim Präfekt schriftlich die Erneuerung seiner Arbeitsgenehmigung und die Erteilung einer dauerhaften, erneuerbaren Aufenthaltsgenehmigung eingefordert. Wie zu erwarten war, liess sich die Präfektur nicht herab, auf diese Briefe zu antworten (Im Februar 2008 schätzte CODETRAS die Anzahl der bei der Präfektur eingegangenen Briefe auf 300), was formell gleichbedeutend mit einem negativen Bescheid ist. Also mussten nun Akten angelegt werden, die ihnen erlaubten, in einen Rechtsstreit vor dem Verwaltungsgericht einzutreten.

Mehrere hundert marokkanische und tunesische ArbeiterInnen wurden zu diesem Zweck empfangen, davon 230 am Mas de Granier. Dieser Prozess beinhaltete viele Stunden der Erfassung von Daten, Lohnzetteln etc. Das Ergebnis: 290 Fälle wurden eröffnet, 170 wurden ausgewählt, um vor Gericht Einspruch einzulegen, davon wiederum wurden 60 bereits dem Anwaltskollektiv übermittelt.

Dass es ein langer und harter Kampf werden würde, wurde am 14. Januar anhand von zwei Entscheidungen des Verwaltungsgerichtshofes in Marseille deutlich. Der Gerichtshof gab dem Präfekt recht, der Berufung gegen die Entscheidung des Verwaltungsgerichts in den Fällen Balua und Chorfa eingelegt hatte. Wie CODETRAS in einer Verlautbarung hervorhebt, ist „eine derartige Verzerrung eines Rechtsprinzips katastrophal, da sie die Nicht-Einhaltung der Reglementierung als strafflos durchgehen lässt, wenn sie zum Nachteil der ausländischen ArbeiterInnen, aber zum Vorteil einer Agrarlobby ist...“

Am 19. Februar 2008 reichten die Anwälte von CODETRAS in der Operation „Régulomi“ kollektiv in den ersten 23 Fällen Revision ein. In einem Schreiben vom 26. März erkannte das TA (tribunal administratif – Verwaltungsgericht) die Richtigkeit der Argumente der ArbeiterInnen an. Laut der Vizepräsidentin des Verwaltungsgerichts, Catherine Dol, stellt die Verweigerung eines Aufenthaltstitels und einer Arbeitsgenehmigung für diese Personen, „die den Grossteil des Jahres in Frankreich gearbeitet haben, eine Diskriminierung dar und befördert sie in eine Situation extremer Prekarität“, was die Anordnung von Eilmaßnahmen rechtfertige. In Folge wurden die 23 Ablehnungen des Präfekts aufgehoben und das Verwaltungsgericht beschloss, ihnen eine provisorische Aufenthaltsbewilligung zu erteilen. Die Entscheidung des TA wurde an die Haute autorité de lutte contre les discriminations (Oberste Behörde zur Bekämpfung der Diskriminierungen, HALDE)

weitergeleitet, die auf Aufforderung des Kollektivs eine Stellungnahme zu dieser Frage vorbereitet.

Die Präfektur hat darauf hingewiesen, dass es „sehr wahrscheinlich ist, dass sie dem Ministerium vorschlagen wird, Berufung einzulegen, insofern in vergleichbaren Umständen das Berufungsgericht im Januar 2008 ein gegenläufiges Urteil gefällt hatte“.

Der Fall schlägt immer höhere Wellen. Am 2. April 2008 veröffentlichte die Zeitung „Le Monde“ einen langen Artikel mit der Überschrift: „Ausländische Saisonarbeiter des Bouches du Rhône werden als Vollbeschäftigte anerkannt“. Die Zeitung zitiert einen der 23 Arbeiter, Messaud Buzelmat, ein 44-jähriger Marokkaner, der 27 Jahre für den gleichen Unternehmer arbeitete. „Als Saisonarbeiter ist man machtlos. Jeder weiß, dass der Chef nicht verpflichtet ist, den Arbeitsvertrag für das nächste Jahr zu erneuern. Ich kenne viele, die jahrelang hier geschuftet haben und heute in ihrem Kaff in Marokko leben. Man nutzt sich hier ab, und von einem Tag zum andern sagt man uns, ihr könnt gehen.“

Die nächste Etappe der Auseinandersetzung: am 8. April legten die Anwälte von Neuem in zwanzig Fällen Berufung ein...

Gleichzeitig organisiert sich aber auch die Lobby der Unternehmer. In Folge der Gesetzesänderung, in der die Dauer eines Saisonarbeitsvertrags auf sechs Monate beschränkt wurde, erhielt die FDSEA (Verband der Agrarunternehmen) das Zugeständnis, dass die verschiedenen Saisonverträge, die also sechs Monate dauern, sich überschneiden können. Ein weiterer Beweis dafür, dass das Bedürfnis nach Arbeitskräften in diesem Sektor keineswegs nur saisonal ist. „Ich treffe Anfang Februar ein. Zuerst arbeite ich in den Salatkulturen, anschliessend kümmerge ich mich um die Tomaten und schlussendlich bis Ende September um den Lauch“, erklärt Achmida Zaaraui der «Le Monde». Corinne Demichelis, seine Chefin, gibt zu, dass die SaisonarbeiterInnen „wesentlicher Bestandteil des Personals sind, die den Betrieb aufrechterhalten“.

Der Präsident der FDSEA, Claude Rossignol, warnt jedoch: „Wenn diese Immigranten Vollzeit Arbeitskräfte werden, wandern sie schlussendlich in andere Arbeitssektoren ab“. Er hätte sich nicht klarer ausdrücken können: keinE ArbeiterIn wäre bereit unter den gleichen Bedingungen wie die NordafrikanerInnen zu schuften, angekettet an einen Vertrag, der sie jeglichen Rechts beraubt.

Nicholas Bell/Europäisches BürgerInnenforum

- 1 Benannt nach der quasi-staatlichen Organisation Office des Migrations Internationales (Amt für Internationale Migration, OMI), die mit der Vergabe und Verwaltung dieser Verträge beauftragt ist. Heute hängen diese Verträge von der 2005 gegründeten Agence Nationale de l'Accueil des Etrangers et des Migrations (Nationale Agentur für die Aufnahme von AusländerInnen und MigrantInnen, ANAEM) ab. 2007 vergab Frankreich Saisonverträge an 19064 ausländische Arbeitskräfte, von denen 18333 in der Landwirtschaft tätig waren, von denen wiederum etwa 3500 im Department Bouches-du-Rhône arbeiteten (zu über 90 % MarokkanerInnen).
- 2 In ihrem Immigrationsgesetz vom Juli 2006 hat die Regierung dieser Möglichkeit ein Ende gesetzt. In Wirklichkeit hat die Verwaltung 2007 auch weiterhin Verträge auf acht Monate verlängert, diese Praxis 2008 jedoch eingestellt.
- 3 Le Monde Diplomatique, Juin 2005, „Trafics de main-d'œuvre couverts par l'Etat“ von Patrick Hermann.

■ Contratos en origen ■■

Gewerkschaftliche Aktion in Südsanien gegen Saisonier-Verträge

In Spanien ist seit 2001 zu beobachten, dass immer mehr „contratos en origen“ abgeschlossen werden. Dies ist eine Art von Saisonvertrag, welcher grosse Ähnlichkeit mit dem OMI-Vertragssystem in Frankreich hat.

In der Gegend um Huelva im Südwesten Andalusiens, die bekannt ist für ihre industrielle Erdbeerproduktion, sind während der Saison tausende von ArbeiterInnen (hauptsächlich Frauen) beschäftigt. Noch vor einigen Jahren waren es hauptsächlich Polinnen und Rumäninnen, heute immer mehr Marokkanerinnen, die in ihren Heimatländern nach ganz präzisen Kriterien ausgewählt werden. Man sucht junge Frauen, die an körperliche Arbeit gewöhnt sind (oft werden die Hände „geprüft“), mit kleinen Kindern, was die Wahrscheinlichkeit erhöht, dass sie nach Ablauf des Arbeitsvertrags wieder in ihre Länder zurückkehren.

Erst seit neuestem haben auch die Arbeitgeber im Plastikmeer von Almeria begonnen, ihre ArbeiterInnen direkt in ihren Heimatländern zu rekrutieren und diese Art von Verträgen abzuschließen. Seither haben wir die Möglichkeit, abzuschätzen, welche Missbrauchsmöglichkeiten diesem Vertragssystem anhaften.

Nehmen wir das Beispiel von 75 Senegalesen, die im September 2007 angekommen sind, rekrutiert von „Hortalizas del Almanzora“ in Pulpi. Sie hatten einen Arbeitsvertrag für neun Monate. Vier Monate später waren vierzehn Arbeiter bereits entlassen. Dies geschah auf illegale Art und Weise, wie selbst ihre Chefs zugeben mussten. Die Letzteren beschuldigten die Senegalesen eines „Mangels an Respekt gegenüber ihren Vorgesetzten, sowie geringer Produktivität und mangelndem Interesse an der Arbeit“. Sie kündigten an, ihnen Flugtickets zu beschaffen, damit sie in ihr Land zurückgingen.

Die ersten fünf unterschrieben in Unkenntnis ihrer Rechte und der spanischen Sprache die Entlassungsurkunde, merkten aber an, dass sie diese nicht lesen konnten. Die zweite Gruppe entschied, sich dieser Behandlung zu widersetzen. Sie nahmen Kontakt mit der SOC-SAT auf. Diese half ihnen, eine Klage gegen das entsprechende Unternehmen und gegen Coexphal¹ einzureichen.

In ihrer Klage deckten sie ständige Verletzungen des Gesamtarbeitsvertrages auf. Der Vertrag schreibt z.B. einen Lohn von 43,12€ pro Tag vor, die Arbeiter erhiel-

ten jedoch niemals mehr als 30€. Der Arbeitsrhythmus war völlig unregelmäßig. Im Dezember wurden lediglich neun Tage gearbeitet, wofür jeweils 157€ ausgezahlt wurden. In anderen Phasen war das Arbeitspensum höllisch, die neun Arbeiter sprachen außerdem von „Schikanen während der Arbeit. Sie schrien uns an.“² Bei Arbeitsfehlern – beispielsweise, wenn ein Salat nicht so wie vorgeschrieben in eine Kiste gepackt wurde – drohte als Strafe, während drei Tagen am Verlassen des „Cortijo“³ gehindert zu werden und selbstverständlich während dieser Zeit auch nichts zu verdienen.

Die Unterbringung war inakzeptabel. „Sie leben zusammengepfercht in einem Cortijo, ohne Heizung und 100 km vom Arbeitsort entfernt.“⁴ Dies obwohl im Vertrag stand, dass die Arbeiter in einer Stadt untergebracht werden. Sie mussten um fünf Uhr morgens aufstehen um rechtzeitig zur Arbeit zu kommen. Spät abends im Cortijo musste dann erst für das Essen gesorgt werden. Für Spitou Mendy von der SOC-SAT ist diese Isolierung kein Zufall. „Wenn man sie isoliert, lässt man sie im Ungewissen darüber, was los ist. Wenn MigrantInnen einander treffen, findet ein Gespräch statt, egal woher die Leute kommen. Sie tauschen sich darüber aus, wie sie behandelt werden. Wenn das nicht der Norm entspricht, geht das herum wie ein Lauffeuer. Die Arbeitgeber haben kein Interesse daran, ein Bewusstsein für einen Arbeitskampf entstehen zu lassen.“⁵

Hinzu kommt, dass bei einigen Unternehmen den ArbeiterInnen bei der Ankunft in Almería die Pässe weggenommen wurden. Erst nach einem Streik, bei dem sie zeigen konnten, dass sie keine Angst haben, bekamen sie die Pässe zurück. „Es muss den Leuten jegliche Lust genommen werden, abzuhausen. Deshalb werden die Pässe einbehalten. So ist es denn auch passiert. Sobald sie die Pässe wieder hatten, sind neun von ihnen weggegangen. Sie sagen, sie ziehen die Freiheit und die Illegalität diesen Arbeitsbedingungen vor.“⁶

Ein weiterer Kritikpunkt war, dass den Arbeitern, die bei „Hortalizas del Almanzora“ beschäftigt waren, 400€ ihres ersten Lohnes nicht ausgezahlt, sondern für das Flugticket beiseite gelegt wurden. Dies, obwohl laut Vertrag der Arbeitgeber für das Flugticket aufkommen muss.

Auf einer Pressekonferenz am 8. Februar bedauerte die SOC-SAT, „dass die Vertragsabschlüsse im Heimatland, welche von der Staatssekretärin für Migration Consuela Rumi als Lösung dafür präsentiert wurden, der illegalen Einwanderung und Marginalisierung ein Ende zu bereiten, ein Reinfall sind.“⁷ Selbst die größte Gewerkschaft der Region, die CC.OO, welche auf der Einführung dieses Vertragssystems bestanden hat, sieht sich gezwungen Missbräuche anzuprangern.

Laut Spitou Mendy sind dies „mit dem Senegal die ersten Versuche. Dieses System

ist für uns erniedrigend, denn es degradiert die ArbeiterInnen zu SklavInnen. ArbeiterInnen, die trotz solcher Bedingungen kommen, sind von der Angst besessen, das nächste Mal nicht mehr eingeladen zu werden. Diese Verträge verbessern in keiner Weise die Umstände für diese Leute.“⁸

Der Fall der Senegalesen war der erste von ArbeiterInnen mit „contratos en origen“, mit dem sich die SOC befasst hat. Es wird sicherlich nicht der letzte sein... Die Gewerkschaft ist bereits von einer Gruppe von ca. dreissig MarokkanerInnen kontaktiert worden, die sich über schlechte Unterbringungen beschwerten, gleich gefolgt von einer Gruppe von zehn ArbeiterInnen, untergebracht in einer kleinen Garage, in der Betten, eine Dusche sowie die Küche auf kleinstem Raum ineinander gestapelt sind...

Nicholas Bell/Europäisches BürgerInnenforum

1 „Cosecheros-Exportadores de Productores Hortifrutícolas“. Unternehmervereinigung, welche die Rekrutierung ermöglichte.

2 Interview in „Teleprensa“, 9. Februar 2008

3 Altes verlassenes Gehöft, in dem ArbeiterInnen oft untergebracht sind.

4 Interview in „Teleprensa“, 9. Februar 2008

5 Auszug aus einem Interview mit dem südfranzösischen Radio Zinzine im März 2008

6 ebenda

7 vgl. „Europapress“, 9. Februar 2008

8 Auszug aus einem Interview mit dem südfranzösischen Radio Zinzine im März 2008

■ „Das war ein Schwein...” ■■

Von der Erntearbeit zur Gewerkschaft: Magda erzählt ihre Geschichte

Magda ist Polin. Sie war 21, als sie in Foggia in Süditalien ankam – das war im Jahr 2001, vor dem Eintritt Polens in die EU. Sie kam für die Dauer der Tomaten-Saison zum Arbeiten nach Italien. Für sie war es die Möglichkeit, ein Abenteuer zu erleben und etwas Geld zu verdienen. Aber die Dinge nahmen einen anderen Lauf, als sie gedacht hatte...

Ich bin mit meiner Schwester nach Foggia gefahren, um für eine Saison zu arbeiten. Ein Freund aus Polen hat uns diese Arbeit vermittelt. Wir haben uns nicht im geringsten ausgemalt, was wir dann erlebt haben. Wir sind am Bahnhof angekommen, mit dem Bus einer polnischen Reisefirma. Unser Freund hätte dort auf uns warten sollen, aber er war nicht dort, als wir ankamen. Etwas später kam dann ein anderer polnischer Typ, der uns angesprochen hat. Er kannte unsere Vornamen. Er fuhr uns dann zu unserem Arbeitsplatz. Es war schon Nacht, man konnte nichts sehen, aber die erste Sache, die mir aufgefallen ist, war, dass es rundherum rein gar nichts gab. Nur Felder. Der Typ brachte uns in eine Baracke mit einem Zimmer, darin drei Betten, eine Küchenecke, aber weder Toilette noch Badezimmer. Wir waren dort zu viert: Der Typ vom Bahnhof, ein anderer Pole, meine Schwester und ich. Am nächsten Morgen haben wir mit der Arbeit begonnen. Ich dachte, wir wären gekommen, um Tomaten zu ernten, aber diese Arbeit war bereits getan. Wir mussten die Felder säubern und danach die Artischocken und die Weinstöcke mit Pestiziden behandeln. Der Eigentümer des Betriebes arbeitete mit uns, ebenso dessen Sohn.

Sie fuhren alle 15 Tage für uns einkaufen. Wir bekamen Nudeln, Kartoffeln, Brot, manchmal Wurst oder Käse. Nach drei Wochen hatte ich bereits stark abgenommen. Ein einziges Mal wurden wir ins Dorf mitgenommen. Ich hätte nicht sagen können, an welchem Ort wir waren. Ich würde dorthin auch nicht zurückfinden. Nach dem ersten Arbeitsmonat haben wir nach unserem Lohn gefragt, aber der Besitzer sagte uns, dass er uns erst am Ende der drei Monate, die wir bleiben sollten, bezahlen werde. Der polnische Typ vom Bahnhof meinte dann, das sei durchaus normal. Ich vertraute ihm. Damals verstand ich noch kein Italienisch. Und dann hat der Sohn des Unternehmers begonnen, gegenüber meiner Schwester übergriffig zu werden. Das war ein Schwein... Wir waren bereits zwei Monate da, da nahm er uns beide zum Strand mit, um den Netten zu spielen. Das nächste Mal wollte er nur meine Schwester mitnehmen. Ich wollte nicht, dass sie mit ihm mitfährt. Er hat sich richtig aufgeregt. Einer der polnischen Typen aus der Baracke

hat uns dann verteidigt. Es gab eine Schlägerei und daraufhin sind wir alle drei rausgefliegen, ohne bezahlt worden zu sein.

Sieben Jahre sind vergangen. Dieses „Abenteuer“, das einen so schlechten Lauf genommen hat, ist schließlich gut ausgegangen. Magda lebt heute in Foggia, ist verheiratet, hat zwei kleine Kinder und arbeitet bei der Gewerkschaft Confederazione Generale Italiana del Lavoro (CGIL), in einer Stelle zur Beratung von MigrantInnen. Ihre Zukunft sieht sie in Italien. Manchmal erinnert sie sich zurück an das, was sie erlebt hat:

Heute habe ich hier eine Familie. Meine Schwester ist auch mit einem Italiener verheiratet. Sie haben zwei Kinder, ein drittes ist auf dem Weg. Meine Mutter und eine jüngere Schwester sind auch nach Foggia gezogen. Unsere ganze Familie findet sich nun hier in Italien. Ich dachte niemals, dass ich hier bleiben würde, als ich im Jahr 2001 zum ersten Mal nach Italien kam. Ich dachte, ich würde nur kommen, um auf Abenteuerausuche zu gehen. Wenn ich heute darüber nachdenke, frage ich mich, wie naiv ich damals war. Manchmal erinnere ich mich mit meiner Schwester an diese Zeit und wir fragen uns, was wir wohl damals im Kopf gehabt haben. Wir dachten nicht, dass uns etwas hätte passieren können. Heute wissen wir, dass wir auch Glück gehabt haben. Wenn man daran denkt, was anderen widerfahren ist, wenn man an all die Leute denkt, die verschwunden sind...

Interview: Cristina Brovia/Volontärin des Austauschprogramms „echanges et partenariats“

■ Höfesterben und moderne Sklaverei – Was tun? ■■

Anmerkungen anlässlich einer Delegationsreise

Die aktuelle europäische Agrarpolitik hat verheerende Auswirkungen für die Zukunft des ländlichen Raums:

- Alle fünf Minuten verschwindet ein kleiner Bauernhof. Auf die kommenden Jahre hochgerechnet, bedeutet das den vorprogrammierten Verlust von Millionen kleinbäuerlicher Betriebe in Europa.
- Das Heer der rechtlosen ArbeitsmigrantInnen in der Landwirtschaft wächst. In manchen Produktionsregionen sind zu Spitzenzeiten Zehntausende unter prekärsten Bedingungen beschäftigt und die Fälle von Missachtung der fundamentalsten Rechte der Saisonniers nehmen besorgniserregend zu. Gleichzeitig regt sich vermehrt Widerstand der Betroffenen in Form von Anzeigen gegen Übergriffe, arbeitsrechtlichen Klagen, Protesten, Streiks etc.

Angesichts dieser Situation drängt sich die Notwendigkeit einer europaweit koordinierten gewerkschaftlichen Aktion auf. In diesem Sinn haben die andalusische LandarbeiterInnengewerkschaft SOC (Sindicato de Obrer@s del Campo), der französische Verband für kleinbäuerliche Landwirtschaft, Confédération Paysanne, und die Vereinigung "Amorce" (Impuls) – im Rahmen des Netzwerks "Solidarisches Europa" – ein gemeinsames Programm für Informationsaustausch, Begegnung und Ausbildung ins Leben gerufen. Das Programm setzt sich zum Ziel, landwirtschaftliche SaisonarbeiterInnen, kleinbäuerliche Organisationen, Gewerkschaften und NGOs zu vernetzen, die sich für die Grundrechte der einen wie der anderen einsetzen.

Ende Februar 2008 bereiste eine Delegation Rumänien, an der VertreterInnen des SOC und der Confédération Paysanne teilnahmen. In Rumänien gibt es bis heute rund fünf Millionen kleinbäuerliche Betriebe, die nur ein sehr kleines Einkommen abwerfen. Um ihren Lebensunterhalt zu sichern, verdingen sich viele Bäuerinnen und Bauern in den industriellen landwirtschaftlichen Produktionsgebieten als Saisonniers. So arbeiten beispielsweise jeden Winter an die 30.000 rumänische Frauen in der Erdbeerernte der andalusischen Provinz Huelva.

Vor diesem Hintergrund stellte sich die Delegation zwei Aufgaben: Einerseits, die Auswirkungen der "Gemeinsamen Agrarpolitik" (GAP) der Europäischen Union auf die ländlichen Regionen und die bäuerliche Landwirtschaft Rumäniens zu untersuchen und andererseits die ArbeitsmigrantInnen – vor Ort, also direkt im

Herkunftsland – über die Bedingungen, die sie in der Saisonarbeit erwartet, aufzuklären. Die Delegation besuchte mehrere Dörfer in der Region südlich von Bukarest und in Moldawien. Dadurch bot sich den Mitgliedern Gelegenheit, zahlreiche DorfbewohnerInnen und BäuerInnen zu treffen und mit ihnen ins Gespräch zu kommen. Vorbereitet wurde die Reise in Zusammenarbeit mit drei Freiwilligen (Ana Florinca, Cristina Brovia und Emanuelle Hellio), die im Vorfeld – unter der Ägide der Vereinigung “Echanges et Partenariats” (Austausch und Partnerschaft) – vier Monate lang in drei verschiedenen Produktionsregionen bzw. Herkunftsländern recherchiert hatten: Huelva (Andalusien, Südspanien), Apulien (Süditalien) und Rumänien.

Aus dem einwöchigen Rumänienbesuch ergeben sich mindestens drei Hauptthesen für zukünftige Aktionen. Oberste Priorität haben:

- Die Durchführung von Informations- und Aufklärungskampagnen über Arbeitsbedingungen und Rechte der Saisonniers in der Intensivlandwirtschaft.
- Der Aufbau von Kontaktnetzen zwischen ArbeitsmigrantInnen und GewerkschaftsvertreterInnen vor Ort als Voraussetzung für die Organisation des Widerstandes.
- Die grundlegende und aktive Kritik an der europäischen Agrarpolitik, die aus den ländlichen Gebieten Versuchslabors macht, in denen die Rechte der Bäuerinnen und Bauern ebenso mit Füßen getreten werden wie die der LandarbeiterInnen.

Für die Confédération Paysanne steht fest, dass der Kampf für ein gesichertes Einkommen der LandwirtInnen und der für die Rechte der ArbeitsmigrantInnen nur Hand in Hand gehen kann und im Interesse aller Beteiligten ist: Bäuerinnen und Bauern, Saisonarbeitskräfte und KonsumentInnen. Wir lehnen mit aller Entschiedenheit ab, korrekte Preise für landwirtschaftliche Produkte auf Kosten der Lohnabhängigen zu erzielen, das heißt, Lohndumping, die Aushöhlung des Arbeitsrechts sowie gravierende Verschlechterungen der Arbeits- und Lebensbedingungen in Kauf zu nehmen. Um der globalisierten neoliberalen Dampfwalze Einhalt zu gebieten, gilt es die Kräfte, Synergien und Erfahrungen aus den verschiedenen Kämpfen zu bündeln und die Solidarität zu globalisieren. Nur so kann es gelingen, auch für die Zukunft eine überlebensfähige, sozial und ökologisch nachhaltige Landwirtschaft zu erhalten.

Auszüge aus einem Artikel von Nicolas Duntze vom französischen KleinbäuerInnenverband „Confederation Paysanne“ anlässlich einer Delegationsreise nach Rumänien im Februar 2008
(Rechte beim Autor)

Zusammengestellt von Kathi Hahn/Europäisches BürgerInnenforum

■ Supermärkte und Globalisierung ■■

Vom Ausverkauf sozialer Rechte durch EU, Lidl & Co.

NoLager Bremen plant zusammen mit mehreren Gruppen und Einzelpersonen aus dem antirassistischen, landwirtschaftlichen und klimapolitischen Spektrum eine Kampagne rund um das Thema „Supermärkte und globale soziale Rechte“. Die Auftaktveranstaltung findet am 14.05.2008 in Bremen statt – als Gäste sind Spitou Mendy (Senegal – SOC-SAT/südspanische LandarbeiterInnengewerkschaft), Agnes Schreieder (ver.di/Hamburg – Lidl-Kampagne) und Werner Rätz (attac/AG „Genug für alle“) eingeladen. Die Flyer zu dieser Veranstaltung umreißt, worum es in der Kampagne gehen soll – auch in Hinblick auf Landwirtschaft und Migration.

Rund um den Globus befinden sich Supermärkte auf dem Vormarsch. Bei Lebensmitteln sind es weltweit nur noch dreißig Supermarkt-Ketten, welche ein Drittel des gesamten Handels abwickeln! Garant des Erfolgs sind in erster Linie Dauertiefstpreise – durchgesetzt von global operierenden Konzernen á la Wal-Mart, Tesco oder Metro. Einziger Haken: Die viel gepriesene Billigware gibt es nicht zum Nulltarif. Vielmehr wäre sie ohne systematische Verletzung sozialer Rechte und ohne Zerstörung ökologischer Ressourcen überhaupt nicht möglich. Hier zu Lande sind es vor allem die schikanösen Arbeitsbedingungen bei Lidl, welche in den letzten Jahren für Schlagzeilen gesorgt haben. Auch die regelrechte Hyperausbeutung papierloser ArbeitsmigrantInnen in der südspanischen Gemüseproduktion war immer wieder Thema. Noch zugespitzter ist die Situation in Ländern des globalen Südens: Durch expandierende Supermarkt-Ketten werden dort KleinhändlerInnen genauso wie Kleinbauern und -bäuerinnen millionenfach in den Ruin getrieben. In der Veranstaltung soll einerseits der Frage nachgegangen werden, ob und wie Proteste zusammengebracht werden können – etwa die Lidl-Kampagne von ver.di mit dem Kampf papierloser LandarbeiterInnen in Südspanien. Andererseits soll zur Sprache kommen, was wir überhaupt konsumieren und produzieren möchten – und zu welchen Bedingungen. Dies wird nicht möglich sein, ohne der Tatsache ins Auge zu sehen, dass viele Menschen finanziell gar keine andere Möglichkeit haben, als in Supermärkten einzukaufen.

Supermarkt-ABC...

Stichwort Expansion: Seit den späten 1980er Jahren sind Supermarkt-Ketten Schritt für Schritt in die Riege der mächtigsten Akteure im globalen Lebensmittelgeschäft aufgerückt. Hintergrund ist die Liberalisierung der weltweiten

Dienstleistungsmärkte – insbesondere durch das WTO-Dienstleistungsabkommen GATS und die EU-Osterweiterung. Erst hierdurch ist eine bis heute anhaltende Expansionswelle im Einzelhandel ausgelöst worden. Der derzeit zweitgrößte Supermarktkonzern – das französische Unternehmen Carrefour – ist etwa mit 12.000 Geschäften in 29 Ländern vertreten, sein im Ausland erzielter Umsatz beträgt 53%. Am rasantesten ist das Supermarktwachstum bis heute in Osteuropa und Lateinamerika, und auch Asien kann sich dem Sog bereits seit Jahren nicht mehr entziehen. Lediglich in Afrika spielen Supermärkte eine überwiegend marginale Rolle – dennoch sollten erste Expansionsbestrebungen durch Supermarkt-Ketten aus Südafrika und Kenia nicht unterschätzt werden.

Stichwort Verdrängung: Kehrseite der Expansion sind massive Verdrängungsprozesse: Für einen Arbeitsplatz bei Lidl fallen beispielsweise 3 Arbeitsplätze im übrigen Einzelhandel weg, in Vietnam ersetzt eine Arbeitskraft im Supermarkt 4 bis 5 StraßenhändlerInnen. Das stiftet nicht nur krasse Verarmungsdynamiken, vielmehr kommt es auch zur Verödung ganzer Stadtteile oder Dörfer und somit zur Zerstörung von Nachbarschaftsnetzwerken – einschließlich des Wegfalls wohnortnaher Versorgungsmöglichkeiten.

Stichwort Preisdiktate: Mittels Marktmacht setzen Supermärkte ihre Zulieferer massiv unter Druck: Im Zuge eines zwischen mehreren englischen Supermärkten ausgefochtenen Preiskrieges um Bananen sind zum Beispiel in Costa Rica die Tagelöhne für ArbeiterInnen auf Bananenplantagen von 12-15 Pfund im Jahr 2000 auf 7-8 Pfund drei Jahre später gefallen. Ähnlich dramatisch ist die Situation in Spanien, woher ein Großteil des in deutschen Supermärkten verkauften Gemüses stammt: Papierlose ArbeitsmigrantInnen erhalten dort für einen zehnstündigen Arbeitstag gerade mal 20-30 Euro, ihre Behausungen ohne Wasser und Strom spotten jeder Beschreibung.

Stichworte Qualitätsstandards: Insbesondere im Süden des Globus sind Kleinbauern und -bäuerinnen nicht in der Lage, die von lokalen und nördlichen Supermärkten vorgegebenen „Qualitäts“standards zu erfüllen – was z.B. Farbe und Form des Gemüses oder Verpackungsrichtlinien betrifft. Sie werden folglich immer stärker durch große Plantagenbetriebe verdrängt.

Stichwort Umweltzerstörung: Je größer und somit industrialisierter landwirtschaftliche Betriebe sind, desto beträchtlicher sind die Schäden an Wasser, Böden und Wäldern – inklusive klimaschädlicher Konsequenzen. Der in der Öffentlichkeit viel diskutierte Einsatz von Pestiziden ist also nur die Spitze des (ökologischen) Eisbergs.

Stichwort Arbeitsbedingungen: Auch die sozialen Rechte von Supermarkt-Angestellten werden massiv torpediert – ganz gleich, ob es um Entlohnung, Mitbestimmungsrechte, Arbeitstempo oder Ladenöffnungszeiten geht. Das hat nicht zuletzt die Lidl-Kampagne von ver.di unmissverständlich deutlich gemacht.

Alte Widersprüche – neue Bündnisse...

Die kritische Auseinandersetzung mit Supermärkten ruft unweigerlich altbekannte Fragestellungen auf den Plan – etwa Debatten um Bedürfnisse, um Chancen und Begrenzungen von „Fair Trade“ oder um die Frage, wer es sich überhaupt leisten kann, derlei Gedanken zu machen (geschweige denn „fair“ und biologisch einzukaufen). In unseren Augen sind diese Fragestellungen allesamt notwendig und legitim, sie sollten allerdings nicht gegensätzlich diskutiert werden. Vielmehr begreifen wir Supermärkte als einen Kristallisationspunkt (selbstredend nicht den einzigen), an dem Gewerkschaften, soziale Bewegungen, NGOs etc. von unterschiedlichen Blickwinkeln aus aktiv werden können.

NoLager Bremen

Zum Weiterlesen: vgl. Hinweise am Ende des Readers

■ ANHANG ■■

Zum Weiterlesen

Auswahl von Webseiten mit landwirtschaftspolitischem Fokus

<http://www.forumcivique.org>; Europäisches BürgerInnenforum (EBF). *Deutsch, Französisch*

<http://www.soc-andalucia.com/>; Andalusische LandarbeiterInnengewerkschaft. *Spanisch*

<http://www.mujeresprogresistas-a.org>; Frauenorganisation (u.a. Unterstützung von MigrantInnen). *Spanisch*

<http://www.g8-landwirtschaft.net>; G8 & globale Landwirtschaft. *Deutsch*

<http://www.confederationpaysanne.fr>; Französische Kleinbauern und -bäuerinnen. *Französisch*

<http://viacampesina.org>; Weltweiter Zusammenschluss von Kleinbauern- und bäuerinnen sowie Landlosen. *Englisch, Französisch, Spanisch*

<http://www.raslafraise.ch>; Gegen Ausbeutung in der Erdbeerproduktion. *Deutsch, Französisch*

http://www.umbruch-bildarchiv.de/bildarchiv/ereignis/plastikmeer_almeria.html; Fotogalerie mit Texten zu den Lebens- und Arbeitsbedingungen von MigrantInnen im industriellen Gemüseanbau in der Region Almeria/Südspanien. *Deutsch*

<http://www.labournet.de/internationales/es/elejido>; Artikelsammlung zu Gemüseanbau und Widerstand in Almeria. *Deutsch*

<http://www.abl-ev.de>; Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V. (AbL). Mit wichtigen Links! *Deutsch*

<http://www.attac.de/agrarnetz/cms/>; Attac-Agrarnetz. Mit vielen Links! *Deutsch, Englisch*

<http://www.gendreck-weg.de>; Aktionsseite zu Feldbefreiungen. *Deutsch*

<http://www.greenpeace.de>; Mit interessanten Studien zu landwirtschaftspolitischen Themenstellungen. *Deutsch*

Auswahl von Webseiten mit antirassistischem Fokus

Eine aktuelle Zusammenstellung zahlreicher antirassistischer Webseiten findet sich in der Broschüre „G8, Flucht und Migration“. Sie kann unter <http://nolager.de/blog/taxonomy/term/128> heruntergeladen werden.

Auswahl von Webseiten und Texten zu Fragestellungen rund um Supermärkte

<http://lidl.verdi.de/>

Initiative der deutschen Dienstleistungsgewerkschaft ver.di gegen die ausbeuterischen Arbeitsverhältnisse bei der Discounter- Kette Lidl. *Deutsch*

www.attac.de/lidl-kampagne

Bericht über die bereits abgeschlossene Lidl- Kampagne von ATTAC. *Deutsch*

INKOTA-Brief 143 (März 2008) mit Schwerpunkt zu: „Supermärkte und Discounter weltweit: Die hohen Kosten der niedrigen Preise“. Bestellung und teilweiser free download unter: www.inkota.de (unter Medien)

Supermärkte auf dem Vormarsch im Süden – Bedrohung für Kleinbauern. Marita Wiggerthale, 2007. Bestellung oder oder free download unter: www.eed.de (unter Mediathek/ Neuerscheinungen)

Grenzenlos billig? Globalisierung und Discountierung im Einzelhandel. Sarah Bormann, Christina Deckwirth, Saskia Teepe, 2005. Free download unter: www.weed-online.org (unter Themen/Konzernkritik)

Endstation Ladentheke. Einzelhandel – Macht – Einkauf: Unter welchen Bedingungen Ananas und Bananen produziert werden, die in Deutschland über die Ladentheke gehen. Marita Wiggerthale, 2008. Free download unter: www.oxfam.de

Auswahl von Büchern und Zeitschriften rund um Landwirtschaft und Migration

Bittere Ernte – Die moderne Sklaverei in der industriellen Landwirtschaft Europas. Hg.: Europäisches BürgerInnenforum, 2004.

Das Buch informiert über die Lebens- und Arbeitsbedingungen von Saisoniers und ErntehelferInnen in Spanien, Frankreich, der Schweiz, den Niederlanden, Österreich, Deutschland und Polen. Weitere Artikel setzen sich mit den Auswirkun-

gen der EU-Agrar- und Migrationspolitik auf die Situation der LandarbeiterInnen auseinander. Außerdem wird die Rolle der Großverteiler kritisch beleuchtet.

Anatomie eines Pogroms - z.B. El Ejido. Hg.:Europäisches BürgerInnenforum, 2000. Bericht einer Delegation des Europäischen BürgerInnenforums über die rassistischen Ausschreitungen vom Februar 2000 in Andalusien.

Archipel – Zeitung des Europäischen BürgerInnenforums. Jahresabonnement 11 Nummern 32 Euro. Bestellungen unter eurocoop@swissonline.ch

Widerstand ist fruchtbar – Analysen und Perspektiven für eine nicht-kapitalistische Landwirtschaft. Reader des Aktionsbündnisses Globale Landwirtschaft zum g8-Gipfel 2007.

Texte zu Flucht und Migration – Dokumentation und Diskussion zu den Aktionstagen gegen den g8- Gipfel im Juni 2007. Hg.: G8- Büro im Hessischen Flüchtlingsrat, 2007. Free Download: www.nolager.de

La fresa amarga – La Situacion de l*s temporer*s de la fresa en Huelva. Hg.innen: CGT Andalucia, ACSUR, Atrapasuenos Editorial, SU, SOC. Sevilla, 2003.

Who reaps the fruit? Critical Issues in the Fresh Fruit & Vegetable Chain
Myriam Vander Stichele, Sanne van der Wal & Joris Oldenziel
Hg.: Centre for Research on Multinational Corporations. Stichting Onderzoek Multinationale Ondernemingen. (SOMO, Amsterdam), 2006.

★ Feedback zur Broschüre, weitere Hinweise zu den Links sowie Buchbestellungen, Unterstützungserklärungen, Infos zur Verwendung von Solidaritätsbeiträgen für die SOC-SAT bzw. Ideen zu gemeinsamen Veranstaltungen und Aktionen zum Thema sind jederzeit willkommen und können an folgende Adresse gerichtet werden: plastik.meer@reflex.at